DANZIGER
Volksstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus 6. Fernsprechanschluß der Geschäftsleitung 287 08. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 8,— G, wöchentl. 0,75 G; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 8,— G,— monatl.; für Pommerellen 5,— Zloty. Anzeigen: 1 mm 0,16 G; Reklamen: 1 mm 0,80 G; in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs

27. Jahrgang — Dienstag, den 2. Juni 1936 — Nr. 126

Der Polizeipräsident

Tgb.-Nr. III A[1] 313/36/Presse

Danzig, den 1. Juni 1936.

Gegen Behändigungsschein!

An die

Geschäftsstelle der „Danziger Volksstimme",
z. H. des Chefredakteurs Herrn Franz Adomat,

hier,

Am Spendhaus 6

Die „Danziger Volksstimme" befaßt sich in ihren Nummern 124 und 125 vom 29. und 30. 5. 1936 in den Artikeln „Präsident Greiser über Danzig" und „Politische Pfingsten in Danzig" mit einer Rede des Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, die dieser in seiner Eigenschaft als stellvertretender Gauleiter der NSDAP. am Donnerstag, den 28. 5. 1936, in einer nationalsozialistischen Versammlung in Schidlitz gehalten hat. Sie gibt dabei in sinnentstellender Weise Aeußerungen über das Verhältnis Danzigs zum Reich und den Zehnjahresvertrag zwischen Deutschland und Polen wieder und legt dem Präsidenten des Senats Formulierungen in den Mund, die er nicht gebraucht hat. Die Verbreitung dieser entstellten Redewendungen ist geeignet, die guten und freundschaftlichen Beziehungen der Freien Stadt Danzig zu der Republik Polen zu gefährden und somit wesentliche Interessen des Staates zu beeinträchtigen. Das Verhalten der „Danziger Volksstimme" hat auch bereits dazu geführt, daß der Diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig bei dem Senat Vorstellungen erhoben hat.

Die „Danziger Volksstimme" ist wegen ihrer falschen und tendenziösen Berichterstattung schon wiederholt beschlagnahmt worden, ohne daß eine Aenderung in ihrer Haltung eingetreten wäre. Ich sehe mich daher veranlaßt, nunmehr in Form eines Verbots gegen sie einzuschreiten.

Ich verbiete daher auf Grund des § 4 Artikel II, Abschnitt I der Rechtsverordnung betreffend Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 30. 6. 1933 in der Fassung der Rechtsverordnung vom 20. 2. 1936 — Gesetzblatt Seite 101 — die Herstellung und Verbreitung der „Danziger Volksstimme" mit sofortiger Wirkung für die Dauer von 2 Monaten.

Gegen diese Maßnahme ist binnen einer Frist von einer Woche die Beschwerde an das Pressegericht gegeben, die bei mir anzubringen ist und keine aufschiebende Wirkung hat.

Stempel:
Polizei-Präsidium
Danzig.

I. V.: gez. Grötzner.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Adomat; für Inserate: Anton Fonken, beide in Danzig. Druck und Verlag: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A. Fonken, Danzig, Am Spendhaus 6.

Danzig-Erörterungen in Genf

Vor einer Stellungnahme des Rates

Präsident Greiser nach Genf eingeladen

Die Situation in Danzig

DANZIGER Volksstimme

Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus 6. Fernsprechanschluß der Geschäftsleitung 287 03. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3,— G, wöchentl. 0,75 G; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3,— G,— monatl.; für Pommerellen 6,— Zloty. Anzeigen: 1 mm 0,16 G; Reklamen: 1 mm 0,80 G; in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs

27. Jahrgang — Donnerstag, den 2. Juli 1936 — Nr. 128

Vor einer Stellungnahme des Rates — Präsident Greiser nach Genf eingeladen

Danzig-Erörterungen in Genf

M. B. Genf, 2. Juli 1936.

(Telegraphischer Bericht unseres ständigen Korrespondenten)

Der Hohe Kommissar des Völkerbundes, Lester, ist in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag in Genf eingetroffen, wohin das Völkerbundssekretariat nach Fühlungnahme mit dem englischen Außenminister Eden, der Ratspräsident und Berichterstatter für die Danziger Fragen ist, ihn berufen hatte. Herr Lester hat heute mittag mit Eden und dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Besprechung, nach deren Ausgang es sich entscheiden wird, ob die Danziger Frage offiziell auf die Tagesordnung des Rates gesetzt werden soll. In diesem Falle, der als wahrscheinlich gilt, wird die Lage in Danzig am Samstag im Völkerbundsrat erörtert werden. Präsident Greiser würde noch heute nachmittag die Einladung erhalten, sich unverzüglich nach Genf zu begeben.

Dem Völkerbundssekretariat und Außenminister Eden liegt ein Bericht des Hohen Kommissars vor, der die Grundlage der Ratsverhandlungen werden wird. In diesem Bericht behandelt der Hohe Kommissar die Zuspitzung der Lage in der Freien Stadt, die seit dem Besuche des Kriegsschiffes „Leipzig" und den bekannten Erklärungen des nationalsozialistischen Gauleiters, Forster, entstanden sei.

Es handelt sich, wie man uns erklärt, für den Völkerbund darum, einer eventuellen Gefährdung der vertragsrechtlichen Völkerbundsgarantie entgegenzutreten, die in dem Wunsche zum Ausdruck kommen würde, innerpolitische Veränderungen durch Ausschaltung des Völkerbundskommissars herbeizuführen. Man verweist an zuständiger Genfer Stelle darauf, daß die Danziger Regierung ausdrücklich die Völkerbundsgarantie anerkannt und sich bereit erklärt, auf dieser Grundlage zu regieren, und daß der Rat mit besonderer Betonung die Autorität Lesters stärkte, um die ständigen Erörterungen Danziger Fragen in Genf zu vermeiden und an Ort und Stelle regeln zu lassen. Eine gegen den Völkerbundskommissar und die Einrichtung des Völkerbundssekretariats überhaupt gerichtete Agitation erfordere eine sofortige Desavouierung durch die Danziger Regierung und Garantien für eine geregelte Zusammenarbeit.

Präsident Greiser bereits unterwegs

Das „Berliner Tageblatt" meldet in seiner heutigen Morgenausgabe, daß der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, Greiser, sich bereits auf dem Wege nach Genf befindet.

Was will Herr Forster?

Die Auswirkungen seines Artikels — Die Situation in Danzig

Die erste nach dem Ein-Monats-Verbot gestern vormittag erschienene Ausgabe der „Danziger Volksstimme" ist kurze Zeit nach dem Beginn des Straßenverkaufs von der politischen Polizei beschlagnahmt worden. Zwar ist eine stattliche Auflage, viele tausend Exemplare, der Danziger Bevölkerung zugänglich gemacht worden, jedoch konnte ein Teil unserer Abonnenten und Straßenkäufer nur noch mit einer Ausgabe beliefert werden, in der vier Artikel, darunter der Leitartikel, fehlten. Unter den Ueberschriften der von der politischen Polizei beanstandeten Artikel befanden sich statt des Textes große weiße Stellen. Aber auch diese sonderbare Ausgabe der „Danziger Volksstimme" fand beim Publikum reißenden Absatz, so daß trotz allen polizeilichen Maßnahmen die sonst übliche Gesamtauflage der „Danziger Volksstime" gestern um ein Vielfaches überschritten wurde — bis die Polizei in verschiedenen Teilen der Stadt auch die zweite „gereinigte" Ausgabe der „Danziger Volksstimme" beschlagnahmte. Sie bediente sich dabei der Begründung, daß auch der Abdruck der Ueberschriften der von ihr beanstandeten Artikel nicht statthaft gewesen sei, obwohl es in der ersten uns zugestellten Beschlagnahme-Verfügung des Polizeipräsidenten ausdrücklich heißt, daß der Inhalt der mit den betreffenden Ueberschriften gekennzeichneten Artikel eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstelle.

Von so großer politischer und rechtlicher Bedeutung nun auch die beiden von der Polizei gestern gegen die „Danziger Volksstimme" erneut getroffenen Maßnahmen sind — Redaktion und Verlag haben selbstverständlich Beschwerde beim Pressegericht erhoben —, es geht im Augenblick um größere Dinge, es geht um Danzig und seine von der verfassungstreuen Bevölkerung seit drei Jahren in opferreichem Kampf verteidigte Verfassung, die durch den Artikel des nationalsozialistischen Gauleiters Forster erneut zur Diskussion gestellt worden ist und die auch aus dem neuen Streit siegreich hervorgehen muß.

Der Vorstoß des Herrn Forster

Der Gauleiter der NSDAP. in Danzig, Herr Forster, hatte sich für die Veröffentlichung seines hinreichend bekannten und von uns bereits gestern eingehend behandelten und zurückgewiesenen Artikels über die Stellung des Hohen Kommissars in Danzig einen sehr auffallenden Zeitpunkt gewählt. Sein Artikel erschien in der Danziger nationalsozialistischen Presse zwei Tage nach dem gegen alle Regeln abgesagten Besuch des deutschen Kreuzerkommandanten beim Hohen Kommissar. Er war vorher bereits von reichsdeutschen Blättern gedruckt worden. Der Artikel erschien in Danzig in einem Zeitpunkt, in dem die allgemeine Erregung in Danzig, die den rohen und beschämenden Gewalttaten der letzten Wochen gefolgt war, bereits einem Zustand beginnender Beruhigung gewichen war. Er erschien in einem Zeitpunkt, in dem sich aber die Stimmung der Danziger Bevölkerung gerade infolge jener traurigen Vorkommnisse, infolge des Anblicks des St.-Josephshauses und bei der Erinnerung an die gräßliche Saalschlacht, die sich dort abgespielt hatte, bereits ganz allgemein gegen die NSDAP. gerichtet hatte. Als Ausgangspunkt für seinen Artikel hatte Herr Forster den abgesagten Besuch des Kreuzerkommandanten beim Hohen Kommissar gewählt und erklärt, daß er diesen Vorgang begründen und erläutern wolle. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß der Anlaß zu seinem „Vorstoß gegen Lester", wie die nationalsozialistische Presse seinen Artikel nannte, vor allem in der Erkenntnis der in immer stärkerem Anwachsen begriffenen Antipathien der Danziger Bevölkerung gegen die NSDAP. zu suchen ist.

Was will Herr Forster erreichen?

Was bezweckt Herr Forster mit seinem Artikel, und was kann und wird er erreichen? — Die erste offensichtliche Folge der Veröffentlichung ist die allgemeine Ablehnung der Tendenz des Artikels und die erneute Erörterung der heutigen Danziger Verhältnisse in der gesamten internationalen Oeffentlichkeit. Ob Herr Forster sich danach gesehnt hat? Er konnte sich nur danach sehnen, wenn er, wie so oft, die Realitäten verkannte.

Ganz gewiß hat er sich von seinem Artikel eine Wirkung auf die reichsdeutsche und auf die Danziger Oeffentlichkeit versprochen. Sein Artikel ist zuerst in der reichsdeutschen Presse erschienen und dort aus naheliegenden Gründen zustimmend kommentiert worden. Anscheinend wollte er seinen Parteigenossen im Reich durch den Hinweis auf die Stellung des Hohen Kommissars, also durch den Hinweis auf die in Danzig bestehende Rechtsordnung gewissermaßen eine Erklärung dafür geben, daß es der Nationalsozialistischen Partei trotz dreijähriger Herrschaft noch immer nicht gelungen ist, die deutschen verfassungstreuen Parteien der Opposition zu beseitigen. „Es gäbe in Danzig längst keine Parteien mehr", so schreibt er in seinem Artikel, „wenn der Völkerbund nicht wäre." Und den Hohen Kommissar des Völkerbundes beschuldigt er, daß er die deutschen Parteien der Opposition „in seinen Schutz nehme".

Es mag sein, daß es im Reich Menschen gibt, die das lesen, ohne weiter darüber nachzudenken. Allzu viele werden es nicht sein. In Danzig jedoch kann Herr Forster nicht erwarten, daß seine Behauptung hingenommen wird, ohne daß man ihren Wert auf das rechte Maß zurückführt. Forsters Betrachtungsweise ist ganz falsch. Es gibt in Danzig die Parteien der verfassungstreuen deutschen Opposition, weil die Bevölkerung, die den Zielen und Grundsätzen dieser Parteien treu ist, und sie auf keinen Fall einer allgemeinen nationalsozialistischen Gleichschaltung opfern will, in einem jahrelangen, schweren aber erfolgreichen Kampf eine Abänderung der Danziger Verfassung, eine Beseitigung des bestehenden Rechtes verhindert hat, weil die Danziger Bevölkerung nach einem beispiellos harten Wahlkampf am 7. April 1935 allen nationalsozialistischen Plänen auf Abänderung der Danziger Verfassung eine eindeutige Absage erteilt hat. Es gibt also in Danzig deutsche nichtnationalsozialistische Parteien, es gibt eine Verfassung und ein demokratisches Recht, weil das der tausendfältig erprobte Wille der Danziger Bevölkerung ist.

Die Existenz der Parteien

Was will Herr Forster, der diese Tatsache in seinem Artikel verschweigt, mit der Behauptung sagen, daß es ohne den Völkerbund in Danzig keine Parteien mehr gäbe? Will er damit sagen, daß er, falls der Völkerbund die Verfassung nicht garantiert, versuchen würde, sich über den Willen der Danziger Bevölkerung hinwegzusetzen? — Herr Forster behauptet, daß die verfassungstreuen Parteien „versuchen, unter dem Schutze des Völkerbundsvertreters aus Danzig eine Stadt der Unruhe, der Unordnung und des Bolschewismus zu machen". Abgesehen von der unglaublichen Beschuldigung, die diese Worte gegen den Hohen Kommissar als der nach dem Statut der Freien Stadt für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mitverantwortlichen Instanz enthalten, muß man fragen: Glaubt Herr Forster im Ernst, daß die Mehrheit der Danziger Bevölkerung für Unruhe, Unordnung und einen in den Vorstellungen des Herrn Forster spukenden Bolschewismus drei Jahre lang in schwerem Ringen die Danziger Verfassung verteidigt hat?

Glaubt Herr Forster im Ernst, daß sein Artikel in der Danziger Bevölkerung den Eindruck hervorrufen kann, den er sich wünscht? Glaubt er, daß im Reich wirklich der Wille der Danziger Bevölkerung unbekannt ist? Auch die reichsdeutschen Zeitungen haben das Wahlresultat vom 7. April 1935 veröffentlicht.

Der Wille der Danziger Bevölkerung

Wenn Herr Forster sich gegen die Institution des Hohen Kommissars in Danzig wendet — und er sagt in seinem Artikel, daß „seine Existenz im großen und ganzen überflüssig geworden ist" —, dann stellt er nicht nur das bestehende Recht zur Diskussion, dann wendet er sich auch gegen den Willen der Danziger Bevölkerung, die dieses bestehende Recht verteidigt und freiwillig niemals aufgeben wird. Sie wird es weiter verteidigen mit ihrer ganzen Kraft, und Herr Forster kann gewiß sein, daß seine neueröffnete Offensive die Scharen der Kämpfer für die Verfassung nur um so entschlossener machen und die Reihen der Kämpfer immer mehr auffüllen wird. Die NSDAP. hat in den letzten Wochen den letzten Rest ihrer Sympathien in den bisher noch unentschlossenen Teilen der Danziger Bevölkerung eingebüßt, sie wird sie durch das jüngste Unternehmen des Herrn Forster, dessen wahrlich nicht verlockende Ziele so leicht zu durchschauen sind, gewiß nicht zurückerobern.

Die letzten Tage lassen auch keinen Schluß darauf zu, daß Herrn Forsters Weizen auf größerem politischen Feld als es Danzig ist, gedeihen wird. Die Erklärungen, die der Senat bisher zu den gleichen wie den von dem Gauleiter der NSDAP. aufgeworfenen Fragen abgegeben hat, sind den Forsterschen Tendenzen direkt entgegen gerichtet. Immer wieder hat der Senat, gerade in letzter Zeit, beteuert, daß er das Statut, daß er die Verfassung der Freien Stadt Danzig achten und einhalten wird. Zu dem „Vorstoß" des Herrn Forster hat der Präsident des Senats, Greiser, in seiner Tiegenhofer Rede am letzten Sonntag ganz ausdrücklich die absolute Zurückhaltung des Senats betont. Wir haben schon gestern betont, daß wir dieses Verhalten für klug halten, daß wir es allerdings für klüger ansehen würden, wenn der Senat den Tendenzen, die Herr Forster in seinem Artikel verfolgt, in einer öffentlichen Erklärung entgegentreten würde.

Die Rede des Ministers Roman

Herrn Forster scheint das Verhalten des Senats, das er hätte voraussehen müssen, nicht zu stören. Ob es ihn wohl störte, als die „Gazeta Polska", das Organ der polnischen Regierung, sehr nachdrücklich betonte, daß für sie der Artikel des Herrn Forster keine Bedeutung habe, und daß man sich an die amtlichen Danziger Stellen halten müsse, die ihren Willen zur Aufrechterhaltung des Statuts der Freien Stadt stets betont hätten?

Inzwischen aber hat sich die polnische Regierung selbst geäußert. Mit nicht zu verkennender Deutlichkeit hat der polnische Minister Roman am Dienstag in einer offiziellen Rede auf eine Ansprache des Präsidenten Greiser in Danzig im Zusammenhang mit der Erwähnung der direkten Danzig-polnischen Zusammenarbeit erklärt:

> „Gleichzeitig kann ich nicht die Rolle unterschätzen, die den auf Grund des Statuts der Freien Stadt Danzig bestehenden Instanzen zuerkannt ist."

Wir nehmen an, daß Herr Forster diese vom „Vorposten" zwar nicht besonders hervorgehobene Antwort auf seinen „Vorstoß" verstanden hat.

Vor allem kann Herr Forster den Anlaß und Sinn der plötzlichen Reise des Hohen Kommissars des Völkerbundes, Sean Lester, nach Genf nicht mehr verkennen. Nach übereinstimmenden Meldungen amtlicher Nachrichtenagenturen hat der Hohe Kommissar einen Bericht über die Situation in Danzig an das Generalsekretariat nach Genf gesandt, auf Grund

dessen seine sofortige Berufung zur Teilnahme an den Besprechungen in Genf erfolgt ist.

Vertrauen zum Völkerbund

Aber sollte Herr Forster noch immer glauben, daß der ganze Völkerbund nebst dem Hohen Kommissar keine anderen Sorgen hat, als die, die „Hetzer, Unruhestifter und Bolschewisten", wie er die verfassungstreuen Parteien der deutschen Opposition in Danzig bezeichnet, zu schützen, „der Regierung in den Arm zu fallen" und ihr „das Leben sauer zu machen"? — Herr Forster hätte sich durch einen ganz unverdächtigen Zeugen, den Präsidenten des Senats, darüber belehren lassen sollen, daß der Völkerbund in Erfüllung seiner Pflicht, die Danziger Verfassung zu garantieren, streng nach der bestehenden Rechtsordnung handelt, daß er sich von Sympathien und Antipathien nicht leiten läßt. In seiner letzten Regierungserklärung anläßlich des Erlasses des allgemeinen Versammlungs- und Aufmarschverbotes hat Präsident Greiser erklärt:

„Dank der klugen Diplomatie der Danziger Regierung wird die Wahrheitsliebe der Opposition bei den Genfer Instanzen sehr stark unter die Lupe genommen."

Es kann also gar keine Rede davon sein, daß der Hohe Kommissar des Völkerbundes oder irgendeine andere Völkerbundsinstanz ohne berechtigten Grund die Danziger verfassungstreuen oppositionellen Parteien „in Schutz nimmt".

Herr Forster ist in seinem „Vorstoß" also selbst nach prominenten nationalsozialistischen Aussagen von ganz falschen Voraussetzungen ausgegangen. Er hat seine Anklage gegen Falsche gerichtet, und sie ist dazu völlig unbegründet. Seine Angaben über die Verhältnisse in Danzig berühren den Kern der Dinge überhaupt nicht. Weshalb hat er sie dennoch nicht unterlassen? — Es gibt, unseres Erachtens, nur eine Erklärung dafür: Herr Forster hat erleben müssen, wie die letzte Offensive der NSDAP. gegen die Opposition auf halbem Wege schon gestoppt werden mußte, wie die Pfeile, die die NSDAP. abgeschossen hatte, den Schützen selbst trafen, wie eine Welle der Antipathien gegen die NSDAP. die Antwort auf die Offensive war. Herr Forster scheint nun zu versuchen, auf einer anderen Ebene eine neue Offensive gegen die Opposition zu eröffnen. Er richtet seinen Vorstoß gegen die Stellung des Hohen Kommissars und meint wieder die verfassungstreuen Parteien. Mit diesem **Vorstoß hat er nun aber direkt** die Rechtsordnung in Danzig zur Diskussion gestellt und tatsächlich werden jetzt auch in Genf selbst Erörterungen über Danzig gepflogen. Nach dem Hohen Kommissar ist nun auch Präsident Greiser nach Genf abgereist. Die Danziger Rechtsordnung steht also wieder im Mittelpunkt der internationalen Besprechungen. Wir sind gewiß, daß sie auch diesmal siegreich aus dem Streit hervorgehen wird, nicht weil das die Opposition so wünscht, sondern weil das der feierlich dokumentierte Wille der Danziger Bevölkerung ist, und weil Recht Recht bleiben muß.

*

Eine weitere polnische Stimme

Kein Vorstoß des Reiches!

Das bekannte polnische Blatt „Warszawski Dziennik Narodowy" veröffentlichte gestern einen Artikel über „Polen und Danzig". Das Blatt erklärt, daß es zwei polnische Häfen gebe, Gdingen und Danzig. Während Polen auf Gdingen stolz sei, dürfe es nicht vergessen, daß Danzig der natürliche Hafen Polens sei, da er an der Mündung des polnischen Flusses Weichsel liege. Polen ohne Danzig würde keinen Stützpunkt an der Ostsee haben. Um so beunruhigender wäre eine Aktion, die den Zweck haben würde, Danzig von Polen abzusondern und mit dem Reich zu verbinden. Das nationaldemokratische Blatt hat Verständnis für die Reichspolitik gegen Juden und Kommunisten. Man dürfe aber nicht für diese Ziele das Bestehen Polens opfern, und der Verlust von Danzig wäre für Polen die Aufgabe des Bestehens des polnischen Staates. Im Gegensatz zu dem, was die französische Presse schreibt, ist das Blatt nicht der Ansicht, daß Deutschland einen militärischen Angriff auf Danzig vornehmen würde. Das wäre, so schreibt es, zu dumm, denn Polen müßte dann mit der Waffe in der Hand hervortreten, und ein Kriegsstreit zwischen Polen und Deutschland wäre eine Tatsache. Zum Schluß betont das Blatt mit Nachdruck, daß Polen Danzig nie aufgeben würde.

kanischen Union empfehle dies der Versammlung als den einzigen Weg zur Rettung.

Die Ausführungen Litwinows

Als letzter Redner sprach Litwinow, der erklärte, daß jedes Mitglied des Völkerbundes ein gewisses Maß an Verantwortung und Schuld daran, was geschehen sei, tragen müsse, daß aber dieses Maß nicht für alle gleich sei. Litwinow ist der Ansicht, daß die Sowjetregierung die Sanktionsdisziplin treu befolgt habe. Litwinow wiederholte dann die Argumente Edens. Militärische Sanktionen seien als wirkliche Mittel nur dann in Betracht zu ziehen, wenn wenigstens ein Staat oder eine Reihe von Staaten infolge ihrer geographischen Lage und ihrer speziellen Interessen das Hauptrisiko eines militärischen Unternehmens zu übernehmen bereit wären. Solche Staaten gäbe es unter den Mitgliedern des Völkerbundes nicht, und wenn es sie gegeben hätte, würden sie die Anerkennung des Vorrechts beim Eintreten eines Angriffs fordern. Unter diesen Verhältnissen habe sich die weitere Anwendung von wirtschaftlichen Sanktionen als zwecklos herausgestellt. Litwinow besprach ferner die Frage der Reform des Völkerbundspaktes und trat dafür ein, die Artikel 10 und 16 des Paktes mit dem Ziel der verstärkten Wirksamkeit zu präzisieren.

Die italienischen Journalisten ausgewiesen

Bei dem Erscheinen des Negus in der Völkerbundsversammlung am Dienstag ist es — wie gemeldet — zu einem Zwischenfall gekommen. Die Vertreter der italienischen Presse begannen ein Pfeifkonzert, als Haile Selassie die Tribüne zu seiner Rede für energische Maßnahmen des Völkerbundes bestieg. Die anwesende Polizei entfernte die italienischen Journalisten und nahm sie in Haft. Die Journalisten wurden am Mittwoch um 22.15 Uhr aus dem St. Antoniengefängnis entlassen. Sie begaben sich zu Fuß und unter Bewachung von Polizisten in Zivil ins nahegelegene Polizeigebäude, wo u. a. der italienische Gesandte in der Schweiz, Tamaro, und der italienische Generalkonsul in Genf, Speiser, anwesend waren. Um 22.30 Uhr wurden die verhafteten Journalisten endgültig auf freien Fuß gesetzt, nachdem ihnen zur Kenntnis gebracht worden war, daß gegen sie ein Ausweisungsbefehl vom Kanton Genf erlassen worden sei. Sie verließen noch vor Mitternacht Genf mit dem Auto.

Solidaritätserklärung des italienischen Propagandaministers

Der italienische Presse- und Propagandaminister Alfieri hat an den italienischen Konsul in Genf ein Telegramm gerichtet, in dem er den italienischen Journalisten, die „wie Missetäter verhaftet wurden, weil sie ihre grenzenlose Empörung über die schwere Beleidigung ihres Vaterlandes nicht zurückhalten konnten", seinen solidarischen Gruß entbietet.

Leon Blums große Rede in Genf

Die Aussprache über den Abessinienstreitfall und die Völkerbundsreform

In der Vormittagssitzung der gestrigen Völkerbundsversammlung sprach nach dem Vertreter Columbiens der französische Ministerpräsident Léon Blum.

Er wolle zunächst einige Mißverständnisse aufklären. Man behaupte, daß seit einigen Wochen die außenpolitische Handlungsfähigkeit Frankreichs vermindert, daß sie sogar durch innerpolitische Schwierigkeiten geschwächt sei. Man habe fälschlicherweise die jüngste Arbeit als ein Zeichen innerer Zerrissenheit betrachtet, die zum Bürgerkrieg führen müsse.

Der Redner verwies sodann auf die Besetzung der Rheinlandzone und erklärte, daß diese Frage noch nicht erledigt sei. Man habe in Europa gewartet, daß diese von Frankreich eine Erwiderung militärischer Natur finden würde. Frankreich habe aber die Lösung einer gefährlichen Krise nur im internationalen Verfahren gesucht.

Anstatt zu mobilisieren, habe es an die Locarno-Mächte an den Völkerbund appelliert. Ist dies ein Zeichen der Schwäche Frankreichs?

Zweifellos lasse ein unbestreitbarer Text die Besetzung der Rheinlandzone als einen qualifizierten Angriff erscheinen. Wenn man wirklich die französische Grenze oder die Grenze eines mit Frankreich durch einen Garantiepakt verbundenen Staates verletzt hätte, wäre Frankreichs Haltung eine andere gewesen.

Was die Bewegung der Arbeiter in Frankreich betreffe, so vollziehe sich eine große Wandlung. Ein Volk hänge um so mehr an seiner Unabhängigkeit, je mehr es Ursache habe, sie im Lande ohne Gewalt zu verteidigen, und je freier es in einer gerechten Gesellschaft lebe. Die französische Delegation sei aus diesem Grunde imstande, hier einen festen und sicheren Weg zu verfolgen, gestützt auf den Willen der Nation. Das französische Volk wolle den Frieden, und zwar so unbedingt, daß bei den inneren Kämpfen die Frage der Erhaltung des Friedens stets das Hauptargument sei. Frankreich wolle den Frieden für alle Völker und mit allen Völkern ohne Unterschied ihres politischen Systems.

Der französische Friedenswille bedeute nicht, daß man bereit sei, sich einer Macht oder einer vollzogenen Tatsache zu unterwerfen, sondern er gründe sich auf die internationale Moral. Frankreich wolle nicht nur den französischen Frieden, sondern den unteilbaren Frieden Europas.

Deshalb betrachte es die gegenwärtige Situation mit größter Besorgnis. Die Atmosphäre sei schwer. Man sehe die Schatten sich ausbreiten, und das Geheimnis, mit dem gewisse Staaten ihre Rüstungen umgeben, verschärfe noch diese Schatten. Wieder werde ein europäischer Krieg für möglich erklärt.

Von allen Kriegsgefahren sei die schlimmste das Gefühl, daß ein Krieg möglich sei. Im Jahre 1914 habe man die Katastrophe der Angst vorgezogen. Dies dürfte sich nicht wiederholen.

Der Völkerbund habe eine Niederlage erlitten. Er habe sich unfähig gezeigt, den Krieg zu beenden. Aber der Grund liege nicht im Pakt, sondern in der zögernden unsicheren Anwendung des Paktes. Die Folge dieses Fehlers müsse eine Verstärkung der Verpflichtungen aus dem Pakt sein.

Frankreich werde keine Paktänderung annehmen, die dem Völkerbund die Rolle einer praktisch bedeutungslosen Beratungsstelle übertrage.

Frankreich werde seine Treue zum internationalen Gesetz durch Taten beweisen. Es wolle aus der kollektiven Sicherheit eine Realität machen. Er habe bei den bisherigen Gesprächen eine Uebereinstimmung mit den Mächten feststellen können, mit denen Frankreich Garantieverträge geschlossen habe.

Die internationalen Verpflichtungen seien zum Scheitern verurteilt, wenn die Völker nicht bereit seien, bis zum Aeußersten zu gehen. Man müsse selbst die Eventualität eines Krieges hinnehmen, um den Frieden zu retten.

Aber dieses Risiko sei auf die Dauer unerträglich. Deshalb müsse eine gemeinsame Macht den Angreifer in seine Schranken weisen können. Die kollektive Sicherheit müsse mit der Abrüstung verbunden sein. Ein Fortschreiten in der Rüstungsbeschränkung (der Redner wandte hierbei das Wort „Waffenbrüder") sei die Voraussetzung der Bestrebungen der vollkommenen kollektiven Sicherheit, genau so wie die kollektive Sicherheit die Voraussetzung der Abrüstung sei.

In dem Ideal der Verständigung hänge das internationale Leben. Er wolle nicht glauben, daß irgendeine Nation sich dem bewußt entziehe.

Gegenüber dem allgemeinen Willen könne eine Nation nicht abstehen, sich an der Organisation des Friedens zu beteiligen.

Frankreich denke an das Europa von morgen, und sein Ehrgeiz sei, aus den gegenwärtigen Streitfragen einen Beitrag zum wahren, organisierten, unteilbaren, abgerüsteten Frieden abzuleiten. Es gebe nur ein sicheres Mittel, um die Vergangenheit zu liquidieren: Dies sei die Schaffung einer neuen Zukunft. Der Redner stellte die Frage, ob die Mächte bereit seien, daß sich in der Geschichte Europas eine neue Phase eröffne, ob sie die gemeinsame Arbeit für einen entwaffneten Frieden im Schoße eines durch die Prüfung erneuerten Völkerbundes annehmen. Welches seien ihre Absichten, ihre Angebote, ihre Garantien?

Blum begrüßte sodann, daß die Note der italienischen Regierung in diesem Sinne einen Beitrag liefere, und fügte hinzu: Wir wünschen, daß die Antwort Deutschlands auf den britischen Fragebogen auch ihrerseits zum Ausgangspunkt für einen politischen Wiederaufbau Europas dienen könne.

Eden erklärt sich:

Für Aufhebung der Sanktionen und Nichtanerkennung der Annektion

Nach dem Vertreter Kanadas, Massey, der die Aufhebung der Sanktionen befürwortete, da sie gegenstandslos geworden seien, sprach der englische Außenminister Eden. Er führte aus: Wir haben gestern einen Aufruf des Kaisers von Abessinien gehört, der mit einer Würde vorgetragen wurde, die die Sympathie eines jeden von uns erweckt hat. Wenn die britische Regierung Grund zu der Annahme hätte, daß die Beibehaltung der bestehenden Sanktionen oder sogar deren Verstärkung durch andere wirtschaftliche Maßnahmen die Lage in Abessinien wiederherstellen könnte, dann wäre sie für ihren Teil bereit, eine solche Politik zu befürworten, und wenn andere Bundesmitglieder einverstanden sein sollten, sich an ihrer Anwendung zu beteiligen. Nach unserer Meinung könnte nur eine militärische Aktion heute ein solches Ergebnis erzielen. Ich kann nicht glauben, daß in der heutigen Weltlage eine solche militärische Aktion für möglich gehalten werden könnte. In dieser Lage befinden wir uns heute: Die Tatsachen müssen anerkannt werden. In deren Licht kann ich nur mit Bedauern wiederholen, daß

unter den bestehenden Umständen die Fortführung der Sanktionen keinen sichtlichen Zweck verfolgen kann. Gleichzeitig ist die britische Regierung der Meinung, daß die Versammlung in keiner Weise die italienische Eroberung Abessiniens anerkennen

sollte. Außerdem kann die harte Wirklichkeit, wenn sie auch unsere Haltung zu der Fortführung der ergriffenen Maßnahmen bestimmen muß, keine Abänderung der Meinung über die italienische Aktion, die 50 Völkerbundsmitglieder im vorigen Herbst ausgesprochen haben, in sich schließen. Eden ging dann zu Betrachtungen über die Zukunft des Völkerbundes über. Wenn in diesem Fall der Sieg des Rechts über die Gewalt nicht erreicht worden sei, so dürfe man ein solches Ziel für die Zukunft nicht aufgeben. Das ideale System der kollektiven Sicherheit sei so geartet, daß in ihm alle Völker bereit wären, militärisch gegen jeden Angreifer vorzugehen. Wenn dieses Ideal augenblicklich nicht erreicht werden könne, und er sei mit Léon Blum der gleichen Meinung, daß eine schwer gerüstete Welt die Erreichung erschwere, so müßte nicht notwendigerweise die Satzung abgeändert werden, sondern die Methode, um ihr Nachdruck zu verschaffen. Außer dem abessinischen Konflikt bestünden aber noch andere Gründe zur Beunruhigung in der Welt. Eden sagte: Als Mitglieder eines nicht universellen Völkerbundes sind wir uns mehr oder weniger des Bestehens anderer Beunruhigungen bewußt.

Südafrika für Fortführung der Sanktionen

Der Vertreter der Südafrikanischen Union, The Water, richtete einen aufsehenerregenden scharfen Appell an die Mächte. Er betonte, der Verzicht der mächtigsten Mitgliedstaaten, gemeinsame Entscheidungen und Verpflichtungen gemeinsam durchzuführen, bedeute eine Preisgabe der Autorität des Bundes. Die Südafrikanische Union könne keine Erklärung unterzeichnen, die nach ihrer Ueberzeugung auf Generationen hinaus das internationale Vertrauen und die Hoffnung auf den Weltfrieden zerstöre. Das Schauspiel der Macht habe heute die Nationen hypnotisiert. Die fünfzig Mitgliedstaaten hätten Abessinien die Bedingung gestellt, Widerstand zu leisten, hätten aber ihre Verpflichtung nicht erfüllt.

Zur Annexion Abessiniens bemerkte er: Wohin werde es führen, wenn Italien seine Beute behalten dürfe und die Autorität des Bundes zerstört werde? Zum Schluß erklärte er, seine Regierung sei weiterhin bereit, die gemeinsam beschlossene Aktion weiter zu führen, damit der Völkerbund ein Bollwerk der Sicherheit bleibe. Die Regierung der Südafri-

---

Befriedungs-Aussichten in Palästina?

Ausgleichsversuche des Mufti — Ueberlegung der Araber

Wie aus Jerusalem gemeldet wird, hat es den Anschein, daß sich in den Araberunruhen nach einer Dauer von über 70 Tagen ein Umschwung vollziehe. Der Mufti soll sich erneut um einen politischen Ausgleich bemühen, für den bereits hinter den Kulissen mit dem Ziel einer Unterbrechung der Einwanderung für die Dauer von drei Monaten eifrig gearbeitet werde, um dem englischen Ausschuß eine unbeeinflußte Prüfung der Lage zu ermöglichen. Für eine solche vorläufige Lösung scheine die Stimmung im Augenblick günstig zu sein, obwohl die arabischen Freischaren den politischen Führern, einschließlich des Großmuftis, keinen Einfluß mehr einräumen wollen. Es bleibt also die Frage, ob die arabischen Freischärler im Falle einer Einigung mitmachen werden. Sie sind jetzt zu regelrechten Aushebungen übergegangen, wobei sie die arabischen Familien vor die Wahl stellen, ihnen entweder Hilfe oder Geld zur Beschaffung von Munition zur Verfügung zu stellen. Allerdings setzen die letzthin erlittenen in die Hunderte gehenden Verluste an Menschen sowie Munitionsmangel dem Wunsch der Araber nach unbegrenzter Fortsetzung des Kleinkrieges gewisse Grenzen. Immerhin soll bei ihnen der Wille bestehen, den Kampf mindestens bis zum Beginn der neuen Feldbestellung Ende Oktober fortzusetzen. Allmählich setzt sich aber, wie „DNB." erklärt, auch die Erkenntnis durch, daß auf Grund der englischen Taktik, in besonderen Fällen zwar scharf durchzugreifen, im übrigen aber sich den Gegner langsam aber sicher erschöpfen zu lassen, ein Zusammenbruch des Kampfes irgendwann sicher ist und daß jede Wiederholung des Aufstandes für die nächsten 10 bis 20 Jahre ausgeschlossen ist.

Englisches Geschwader vor Haifa

Ein aus 13 Kriegsschiffen bestehendes Geschwader ist vor dem Hafen von Haifa eingetroffen und liegt dort vor Anker. Es besteht aus zwei Kreuzern des zweiten Kreuzergeschwaders, einem Minenleger, einem Flottillenführerschiff, sieben Zerstörern und zwei Minensuchbooten. Von amtlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß dieser Flottenbesuch im Verlaufe der „gewöhnlichen Reisen der Schiffe" erfolge und keinen besonderen Anlaß habe.

Keine Parlamentsferien in Frankreich

Wie aus den Wandelgängen der Kammer verlautet, soll die Regierung die Absicht haben, in diesem Jahre nicht wie gewöhnlich die beiden Kammern in die Ferien zu schicken, sondern die beiden Kammern sollen sich nach Verabschiedung der wichtigsten Vorlagen lediglich auf unbestimmte Zeit vertagen so daß die Präsidenten sie je nach den Umständen wieder einberufen können.

Goldrückfluß zur Bank von Frankreich

Im Finanzausschuß der Kammer erklärte Finanzminister Vincent-Auriol u. a., daß seit der Verabschiedung des Gesetzes über die im Auslande befindlichen Vermögen der Goldrückfluß in die Keller der Bank von Frankreich eingesetzt habe. Täglich gingen etwa 150 Millionen Gold ein. Seit Beginn dieser Woche seien rund 400 Millionen in die Keller der Bank zurückgekehrt.

Beruhigte Streiklage in Frankreich

Künstler halten die Komische Oper besetzt

Die Zahl der Streikenden in ganz Frankreich wird nur noch mit 154 902 angegeben. Nach längeren Verhandlungen ist in der Präfektur in Metz eine Einigung zustande gekommen. Es wurde beschlossen, daß die Räumung der Fabriken am Donnerstag um 6 Uhr beginnen und die Arbeit möglichst bald wieder aufgenommen wird. In Lille ist der Zeitungsstreik durch einen Schiedsspruch des Präfekten beendet worden. In Nizza wurde in der vergangenen Nacht eine vorläufige Einigung im Gaststättengewerbe erzielt. Die Hotels an der französischen Riviera werden am Donnerstag wieder geöffnet. Zwischen dem Personal und der Leitung der Komischen Oper in Paris bestehen seit längerer Zeit Lohndifferenzen, die zu keiner Lösung gebracht wurden. Daraufhin besetzten die Künstler und das gesamte übrige Personal das ganze Theaterlokal nach dem Muster der Streikbewegung. Das Haus ist in den Händen des Personals, das ankündigt, es wolle die Leitung, sowohl die künstlerische wie die geschäftliche, in eigener Regie weiterführen.

Danziger Nachrichten

Der Haupthaushaltsplan für 1936

Zahlen aus dem Etat des Volkstages — Die Ausgaben der Abteilung Propaganda

Die Folge unserer durch das Verbot unterbrochenen Betrachtungen zum neuen Staatshaushaltsplan setzen wir hiermit fort.

Im Haushaltsplan des Volkstages tritt diesmal erstmalig die volle Auswirkung der Kürzung der Abgeordnetenaufwandsentschädigung in Erscheinung. Sie beträgt rund 90 000 Gulden jährlich und sollte der Anfang zu einer großen Sparaktion auf allen Gebieten sein, hat sich aber doch nur auf diese Kürzung beschränkt. Die Hälfte dieser „Einsparung" wird übrigens an anderen Stellen „für Dienstfahrzeuge aller Art" gegenüber dem Vorjahr mehr verbraucht. Bekanntlich haben die Nationalsozialisten den Volkstag von fast jeder parlamentarischen Tätigkeit ausgeschaltet und ihn funktionsunfähig gemacht. Die Räume sind der Benutzung durch die Abgeordneten entzogen und fremden Behörden überlassen. In den Sitzungssälen finden häufig „nationale Veranstaltungen" (meistens von der SS.) statt, für die nach der Hausordnung Benutzungsgebühren nicht erhoben werden. Interessant ist die Steigerung einiger Ausgaben trotz der Funktionseinschränkung des Volkstages. Während bei voller Funktion des Volkstages und beim Vorhandensein einer aus 13 Köpfen bestehenden Beamtenschaft (für 120 Abgeordnete) im Jahre 1930 an Reisekosten für die Verwaltung 370 Gulden benötigt wurden, werden jetzt, wo doch die Verwaltung im wesentlichen nur aus dem Präsidenten und dem Volkstagsinspektor Maaß besteht, für den gleichen Zweck 1000 Gulden benötigt, und während bei fast täglicher Inanspruchnahme des Hauses im Jahre 1930 an Heizungskosten 5000 Gulden erforderlich waren, werden jetzt, wo der größte Teil des Hauses verlassen liegt, 6060 Gulden für Heizung benötigt. Diese Steigerung ist nicht allein auf die Guldenabwertung zurückzuführen. Die Gesamtausgaben des Volkstages werden mit 132 260 Gulden, die Einnahmen auf 8840 Gulden veranschlagt, so daß ein Zuschuß von 123 420 Gulden erforderlich ist.

Die Allgemeine Verwaltung

erfordert im Jahre 1936 einen um 1 785 000 Gulden höheren Zuschuß, was im wesentlichen auf den Wegfall einer Einnahmeposition von 1,8 Millionen Gulden zurückzuführen ist, die zu dem Zwecke in den Etat für 1935 eingesetzt war, um die Ersparnisse zu vereinnahmen, die durch den Personalabbau bei allen Verwaltungen erzielt werden sollten. Wie wir bereits berichteten, ist bei der Allgemeinen Verwaltung die Zahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter gegenüber dem vorigen Etat vermehrt. Hierfür werden 28 000 Gulden, für Ruhegehälter 40 000 Gulden und für Wartegelder 35 000 Gulden mehr erfordert. Diese Mehrausgaben werden ausgeglichen durch Herabsetzung der „Uebergangskosten der Verwaltung" um 86 000 Gulden und um den Wegfall von 23 000 Gulden bei den „Uebergangsbezügen für ausgeschiedene Senatsmitglieder". Aus den Uebergangskosten der Verwaltung werden 13 Beamte (darunter ein Oberregierungsrat, fünf Regierungsräte, zwei Amtsräte u. a.) besoldet, die bei der Allgemeinen Verwaltung gewissermaßen „auf Abruf" geführt werden „bis zu ihrer endgültigen anderweitigen Verwendung".

In Fortfall kommt auch ein Betrag von 32 000 Gulden, der im vorigen Etat für „Kosten für Sachverständige und Gutachterausschüsse des Völkerbundes" eingesetzt war. Schließlich werden auch die Kosten des Delegierten Danzigs für die Eisenbahnangelegenheiten um 60 000 Gulden gesenkt.

Eine besondere Betrachtung verdienen die Ausgaben und Einnahmen der

Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda.

Diese hieß früher „Stelle für Presse- und Werbeangelegenheiten". Ihr standen in den günstigsten Jahren (d. h. zu Zeiten der „marxistischen Mißwirtschaft") höchstens 100 000 Gulden, im Jahre 1930 nur 80 000 Gulden zur Verfügung. Im Jahre 1934 hat sie dagegen 320 000 Gulden ausgegeben und in diesem Jahre veranschlagt sie ihren Bedarf mit 160 000 Gulden. Gleichzeitig erhält sie aus Rundfunkgebühren den Betrag von 350 000 Gulden, für welche sie die Dienststelle „Landessender Danzig" unterhält, wobei noch zu bemerken ist, daß die technische Einrichtung des Rundfunks anscheinend von der Post unterhalten wird, denn sie gibt für „Rundfunkdienst" auch noch den Betrag von 84 000 Gulden aus. Die Ausgaben des Landessenders Danzig werden wie folgt spezialisiert: Personalausgaben 53 000 Gulden, Verwaltungskosten 26 000 Gulden, eigene Sendungen 120 000 Gulden, Uebernahme fremder Sendungen 113 000 Gulden, Materialbeschaffung 44 000 Gulden. Es wäre zu verstehen, wenn die Ausgaben des Landessenders mit den Ausgaben für Rundfunk der Postverwaltung gegenseitig deckungsfähig wären, weil sie artgleich sind. Das ist aber nicht so, vielmehr sind sie mit den Ausgaben der Senatsabteilung für Propaganda und Volksaufklärung (kurz „Abt. Pro." genannt) für „gegenseitig deckungsfähig", also für übertragbar erklärt. Damit wird die Klarheit des Etats wieder unklar und verschwommen, denn die Abt. Pro. weist weder die ihr zur Verfügung gestellten 160 000 Gulden, noch die etwaigen vom Landessender übertragenen Summen in der Ausgabe im Einzelnen nach. Sie ist zwar eine selbständige Abteilung des Senats, also eine Spitzenbehörde, führt aber nicht, wie alle anderen Behörden, ihre Ausgaben nach persönlichen, sachlichen und besonderen Verwaltungsausgaben getrennt auf, sondern erläutert ihre Ausgaben in keiner Weise, obwohl sie wesentlich höher sind, als beispielsweise die des Volkstages, der sogar einen eigenen Etat aufstellen muß.

Die Abt. Pro. wird auch nicht etwa nur vom Senator Bazer nebenamtlich verwaltet, wie man annehmen könnte, weil Herr Bazer nebenamtlicher Senator ist, und sie dürfte ihrem Umfang nach auch nicht so klein sein, daß die Erläuterung ihrer Ausgaben im Etat unterbleiben könnte. Nach dem Beamtenkalender sind bei der Abt. Pro. mindestens fünf Beamte, und demnach wahrscheinlich auch mehrere Angestellte beschäftigt. An der Spitze dieser Senatsabteilung steht nicht nur dezernatsmäßig Senator Bazer, sondern er ist auch als Beamter zum „Leiter der Stelle für Werbung und Volksaufklärung" mit Wirkung vom 1. 7. 1933 befördert, bzw. als solcher angestellt worden. Diese Stellung rangiert (nach dem Beamtenkalender) zwischen den Oberregierungsräten und den Senatsräten. Die Stelle ist aber unter dieser Bezeichnung in keinem der vorliegenden Etats enthalten. Es ist zwar möglich, daß diese Amtsbezeichnung inzwischen durch Streichung oder Beförderung wieder in Fortfall gekommen ist, aber gerade dann wäre ja bei der Allgemeinen Verwaltung, mehr noch bei der Abt. Pro. ein erläuternder Hinweis im Etat notwendig.

Die einzelnen Abschnitte

der Allgemeinen Verwaltung schließen in Einnahme und Ausgabe wie folgt ab:

	Einnahme	Ausgabe
Allgemeine Verwaltung	816 280	3 304 950
Staatsarchiv	6 370	64 010
Delegierter f. d. Eisenbahnangelegenheit.	3 520	99 000
Landessender Danzig	350 000	350 000
Staatliches Rechnungsprüfungsamt	65 820	172 020
	1 241 990	2 389 980

Es wird also ein Zuschuß von 2 747 990 Gulden erfordert, der, wie wir oben bereits erläutert haben, um 1 785 040 Gulden höher als im Vorjahre ist.

Die Schulwanderung mit der Hakenkreuzfahne

Ein Urteil des Obergerichts

Vor dem Strafsenat des Obergerichts wurde am gestrigen Dienstag die Revision verhandelt, die der Hafenarbeiter August Krest aus Langfuhr, Bröseners Weg, gegen einen Entscheid des Amtsgerichts für kleine Strafsachen eingelegt hatte. Der Hafenarbeiter Krest ist der Pflegevater eines neunjährigen Mädchens, der Tochter seiner Schwester. Das Kind wurde im Einverständnis mit dem gesetzlichen Vertreter zu dem Hafenarbeiter Krest gegeben. Es besucht die vierte Klasse der Bezirksmädchenschule in Neuschottland. Am 4. Februar 1936 erließ nun die Schulbehörde eine Anordnung, daß die Klassen 4 bis 8 **möglichst geschlossen eine Filmvorstellung in den U.-T.-Lichtspielen besuchen sollten.** In den U.-T.-Lichtspielen wurde der Film „Der höhere Befehl" gegeben. Es wurde in der Anordnung noch gesagt, daß vorher und nachher Unterricht sein solle. Wenn ein Kind nicht das Geld zum Besuch der Filmvorstellung aufbringen sollte, dann solle gesammelt werden.

Am 15. Februar war für die Klasse 4 der Bezirksmädchenschule Neuschottland ein Wandertag angesetzt. Am Tage vorher fragte das Mädchen den Lehrer, **ob wiederum eine Hakenkreuzfahne mitgeführt würde.** Der Lehrer wies diese Frage als ungehörig zurück und erklärte, das Mädchen müsse am anderen Tage zur Schule kommen.

Zu beiden Veranstaltungen der Schule ist das Mädchen nicht gegangen, worauf der Pflegevater einen Strafbescheid über 4 Gulden bekam.

Für jeden Fall des Fehlens beim Schulbesuch waren 2 Gulden angesetzt. Wenn der Pflegevater die 4 Gulden nicht bezahlen konnte, sollte er **auf zwei Tage in Haft genommen werden.** Der Hafenarbeiter Krest legte Beschwerde gegen den Strafbescheid ein, aber der Einzelrichter, der Amtsrichter Doempke, bestätigte durch Urteil, daß die 4 Gulden zu zahlen sind. Daraufhin erfolgte **Revision beim Obergericht.** Der Hafenarbeiter ließ geltend machen, daß der Film „Der höhere Befehl" für Kinder ungeeignet ist, da er eine Liebesgeschichte enthalte und außerdem eine nationalsozialistische Tendenz enthalte. Er, der Hafenarbeiter Krest, ist kein Nationalsozialist, und es könne ihm nicht zugemutet werden, daß er seine Pflegetochter zu Veranstaltungen schickt, die eine offensichtliche nationalsozialistische Tendenz haben. Der Einzelrichter hatte darauf entgegnet, daß die Angaben des Angeklagten unbeachtlich sind. Welche Kinovorstellungen besucht werden und ob auf Wanderungen eine Hakenkreuzfahne mitgeführt werde, bestimme die Schule. Der Einzelrichter hatte weiter gesagt, daß von einer Verletzung des Art. 107 der Danziger Verfassung nicht die Rede sein könne, wenn im deutschen Danzig von der Schule aus deutsche Kinder, wie die Pflegetochter, in einen vaterländischen Film geführt werden und auf Wanderungen deutsche Kinder einer nationalsozialistischen Fahne folgen. Beide Veranstaltungen gehörten zum Schulunterricht.

In der Revisionsverhandlung vertrat Assessor Friedländer den Rechtsanwalt Dr. Kamnitzer. Er stellte fest, daß die Tatsache des Mitführens der Hakenkreuzfahne und das Vorliegen der nationalsozialistischen Tendenz in dem Film selbst nicht von dem Vorderrichter bestritten wird. Die Danziger Verfassung schreibt vor, daß bei der Erziehung und im Schulunterricht die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden dürfen. Es liegt die Gefahr nahe, daß ein neunjähriges Kind dem Einfluß des Erziehungsberechtigten entzogen wird. Das will die Verfassung nicht. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Koch, meinte, daß es noch zu prüfen wäre, ob die Schulbehörde die Anordnung gegeben habe, die Hakenkreuzfahne auf der Wanderung mitzuführen. Vielleicht hatten die Kinder das aus freien Stücken getan. Aber selbst dann, wenn die Anordnung gegeben sei, wäre das seiner Meinung nach nicht zu beanstanden, weil die Hakenkreuzfahne jetzt deutsche Reichsfahne ist.

Der Strafsenat des Obergerichts hat das Urteil der ersten Instanz, soweit eine Geldstrafe für das Fernbleiben an der Wanderung mit der Hakenkreuzfahne verhängt worden war, aufgehoben. Dieser Fall wird nochmals verhandelt werden. Der Strafsenat ist der Meinung, daß hier noch Feststellungen nach der subjektiven Seite hin gemacht werden müssen. Die Revision in dem Falle des Fernbleibens von dem Kinobesuch wurde verworfen, weil vor, während und nach dem Kinobesuch Unterricht erteilt wurde.

Neue Unfälle auf der Schichauwerft

Ein folgenschwerer Absturz

Von dem Neubau 1857 auf der Schichauwerft ist der Brenner Bruno Buchholz aus der Baumgartschen Gasse aus etwa 7 Meter Höhe abgestürzt. Mit einem schweren Schädelbruch wurde der besinnungslos gewordene Verunglückte in das Krankenhaus gebracht. Bis gestern hatte er das Bewußtsein nicht wiedererlangt, obwohl der Absturz bereits am Sonntagvormittag erfolgte.

Auf dem gleichen Schiffsneubau verunglückte weiter der Schiffbaupolier Fritz Schiemann aus Langfuhr. Er wurde mit einem komplizierten Knöchelbruch ins Krankenhaus gebracht. Die beiden Verunglückten gehörten zu dem Arbeitsbereich eines jüngeren Meisters. Es wird behauptet, daß sich gerade in seinem Dienstbereich die Unfälle häufen.

Zwei große englische Touristen-Dampfer, „Empreß of India" von der Canadian Pacific Line und „Arondora Star" der Blue Star-Linie, ankerten am Mittwoch bis zu den frühen Morgenstunden des heutigen Tages auf der Zoppoter Reede. Die Passagiere, durch den Dampfer „Schwan" und die Motorbarkassen des von früheren Besuchen bereits bekannten „Arondora Star" an Land befördert, besichtigten während des Tages Danzig, schwangen teilweise auch abends das Tanzbein im Kasinohotel. Das erstgenannte Schiff ist übrigens ein ziemlich alter Kasten, nämlich der während des Krieges von den Engländern beschlagnahmte deutsche Dampfer „Prinz Luitpold".

Reiseabenteuer eines Danziger Juristen. Nach Meldungen Berliner Zeitungen ist einem Danziger Juristen in Berlin in einem Stadtbahnhof zwischen Bahnhof Zoo und Potsdam die Brieftasche mit wertvollen Papieren und einem erheblichen Geldbetrag gestohlen worden.

Neuer Preis für Schleie. Der höchstzulässige Kleinverkaufspreis für Schleie ist auf 0,50 Gulden pro Pfund und für Portionsschleie auf 0,55 Gulden pro Pfund festgesetzt worden.

Vor zwei Jahren . . .

Der „Vorposten" vom 31. Mai 1934 berichtet an auffallender Stelle:

„Die Besichtigung der Danziger SA. verlegt.

Wegen Erkrankung des Stabschefs der SA., Reichsminister Röhm, wird die für Sonnabend, den 2. Juni 1934 angesetzte Besichtigung der Danziger SA. verschoben. Der geplante Aufmarsch wird im Laufe des Monats Juni oder Anfang August stattfinden. Bereits gelöste Tribünenkarten behalten ihre Gültigkeit und berechtigen zur Teilnahme an der später stattfindenen Besichtigung auf einem besonders bevorzugten Platz.

Die für diesen Tag herausgegebenen Festabzeichen (Bernsteinnadeln. D. Red.) werden ebenfalls ihre Gültigkeit behalten. Einladungskarten für die Besichtigung und den Kameradschaftsabend gelten für die später stattfindenden Veranstaltungen. Eine besondere Absage an geladene Gäste ergeht nicht."

Die Tribünenkarten für den „besonders bevorzugten Platz" und die Festabzeichen sind bis jetzt noch nicht für ungültig erklärt worden und gelten anscheinend immer noch.

Beschlagnahme der „Danziger Volksstimme"

Wie die Polizei die Beschlagnahme begründete

Der Verlag der „Danziger Volksstimme" erhielt gestern mittag folgende polizeiliche Verfügung:

Die „Danziger Volksstimme" Nr. 127 vom 1. 7. 1936 enthält in den Artikeln:

„Das Ringen um Danzig",
„Die tödlichen Schüsse in Wiesental",
„Die Versammlung auf dem Dachboden",
„Die Jagd auf sozialdemokratische Flugblattverteiler"

Ausführungen, die geeignet sind, die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Freien Stadt Danzig zu gefährden.

Ich habe daher auf Grund des § 3, Artikel II, Abschnitt I der Rechtsverordnung betreffend Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 30. Juni 1933 in der Fassung der Rechtsverordnung vom 20. Februar 1936 — Gesetzblatt Seite 101 ff. — die Beschlagnahme und Einziehung der oben bezeichneten Ausgabe dieser Zeitung angeordnet.

Gegen diese Anordnung steht Ihnen innerhalb einer Woche das Recht der Beschwerde zu.

I. A.: Claß.

Aus der Schutzhaft entlassen

Die 17 Landarbeiter im Werder, die aus Anlaß von Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter durch Landrat Andres in Schutzhaft genommen wurden, sind wieder zu ihren Familien zurückgekehrt.

Ein Opfer des Badens

Neunjähriger Schüler in Zoppot verunglückt

Am Mittwoch, nachmittags gegen 4 Uhr, hat die Ostsee bei Zoppot das erste Opfer dieser Jahreszeit gefordert. Der neunjährige Schüler Bernhard Orlowski aus der Adolf-Hitler-Straße tummelte sich, am Strande in Höhe des Karlikauer Wäldchens badend, in der See. Plötzlich bemerkten Spielgefährten, daß O., in ziemlich seichtem Wasser tauchend, nicht wieder an die Oberfläche kam. Durch die Alarmrufe aufmerksam gemacht, eilte der in der Nähe badende Schupobeamte Raschkowski aus der Gletkauer Straße sofort an die Unfallstelle. Es gelang ihm zwar, den untergegangenen Körper des Knaben ohne größeren Zeitverlust zu bergen und an Land zu bringen, doch erwiesen sich alle Wiederbelebungsversuche vergeblich. Das herbeigerufene Hilfspersonal der Unfallstation und die bedauernswerte Mutter konnten nur noch den Tod des kleinen Schülers feststellen, der, wie man annimmt, nicht durch Ertrinken, sondern durch Hitzschlag und Herzaffektion beim Baden nach überladenem Magen erfolgte.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir der Rettungsgesellschaft und Kurverwaltung dringend nahelegen, mindestens während der Ferienzeit wieder einen Beobachtungs- und Rettungsposten in der Gegend des Karlikauer Wäldchens am Strande zu unterhalten. Insbesondere zum Schutz der vielen dort badenden Kinder aus der dicht bevölkerten Gegend des Reuterweges und der Herderstraße erscheint eine solche Einrichtung erforderlich.

Saison der Einbrüche

Zoppoter Villa des Senators Kluck heimgesucht

In der letzten Zeit sind in Zoppot wieder eine ganze Reihe Einbrüche vorgekommen. Man klaut durch Einsteigen in Wohnungen und Geschäftsräume alles, was nicht niet- und nagelfest ist, wobei es bemerkenswerterweise besonders auf Handwerkszeug jeder Art abgesehen ist.

Begonnen haben die Einbrüche mit einem Einbruch in der Glaserei Ruth an der Kleinen Unterführung der oberen Seestraße, wo Werkzeuge und ein photographischer Apparat im Gesamtwert von etwa 1000 Gulden annektiert wurden. Leider blieben auch kleinere, mit den schlechten Zeiten kämpfende Handwerker nicht von Einbrüchen verschont. U. a. ließen Einsteigdiebe in den Werkstätten der Gebrüder Renz und des Tischlermeisters Gericke in der Adolf-Hitler-Straße viel wertvolles Tischlerhandwerkszeug mitgehen.

Ein sicherlich vorher ausbaldowerter größerer Einbruch betrifft die neuerbaute, erst im Vorjahr bezogene große Villa des Senators Dr. Kluck, die ziemlich einsam und abseits vom Verkehr auf der Anhöhe zwischen Schloßberg und Stolzenfelsallee liegt. Senator Dr. Kluck, der mit Familie außerhalb weilte, mußte bei der Rückkehr in seine Wohnung eine teilweise Ausplünderung derselben feststellen. Vermutlich geschah der Einbruch in der Nacht zum 1. d. M., wie die Diebe aber in die gewöhnlich vom Dienstpersonal und einem großen Hunde bewachte Behausung eingedrungen sind, ließ sich bisher ebenso wenig ermitteln wie der genaue Umfang des angerichteten Schadens.

Polizeibericht vom 2. Juli 1936. Festgenommen wurden 10 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Entziehung, 4 wegen Trunkenheit, 1 zwecks Ausweisung, 1 zur Festnahme ausgegeben. — Gefunden in Danzig: eine Straßenübertrittskarte für Stephanie Blenski; eine schwarze Knabenturnhose; 4 Schlüssel am Ring; eine Hundemaulkorb. — Verloren: ein polnischer Auslandspaß für Michael Stein; ein Danziger Paß für Josef Willer; ein roter Kinderbadeanzug, gez. „Rust"; ein dunkelgrünes Jäckchen; ein Gebiß, bestehend aus 3 Schneide- und Backenzähnen; eine Doublé-Damenarmbanduhr; eine silberne Herrentaschenuhr; eine große braune Lederhandtasche, enthaltend etwa 8,— G. und Kleinigkeiten.

Drei Meldungen

Wie steht es um die Markzuteilung für Danzig-Reisen?

Am Mittwoch, dem 17. Juni, ging folgende Meldung durch die Danziger gleichgeschaltete Presse:

„Der Senat, Abteilung Propaganda, teilt mit:

Die Verhandlungen in Berlin betr. Devisenzuteilung für den deutschen Reiseverkehr nach Danzig sind dahingehend abgeschlossen, daß die zur Verfügung gestellten Beträge bis Monat September einschließlich fortlaufend ohne Unterbrechung bis zur Erschöpfung des Kontingentes gezahlt werden, so daß bis zu diesem Zeitpunkt Stockungen in der Zuteilung von Reisekreditbriefen nicht mehr eintreten können.

Der deutsche Reisende kann bis 180 RM. einmalig erhalten. Die Anforderung kann zweimal wiederholt werden, soweit dann noch Bestände vorhanden sind.

Die Reichsbankstellen sind entsprechend informiert und sollen die eingehenden Anträge schnellstens erledigen.

Da nach den uns vorliegenden Anfragen das Interesse für Reisen nach Danzig außerordentlich stark ist, kann man damit rechnen, daß für die kommenden Sommermonate reichlich Gebrauch von den jetzt gegebenen Möglichkeiten gemacht wird."

Am 23. Juni veröffentlichte die „Danziger nationale Zeitung" folgenden Artikel:

„Durch die Danziger NS.-Presse ging dieser Tage die Nachricht, daß die Zuteilung von Reisegeldern an Reichsdeutsche für Danzig sich nunmehr reibungslos vollziehe und daß größere Mittel als bisher hierfür zu erwarten wären.

Uns liegt ein Schreiben einer reichsdeutschen Bank vom 15. 6. 36 vor, gerichtet an einen Herrn, der im Reich einen Antrag auf Zuweisung von 380 Gulden für die Reise nach Danzig stellte, und worin dem Bewerber folgendes mitgeteilt wird:

„**Von der Deutschen Girozentrale — Deutsche Kommunalbank — Berlin erhalten wir soeben die Mitteilung, daß die Zuteilungen von Zahlungsmitteln für den Reiseverkehr nach Danzig außerordentlich schleppend erfolgen und zurzeit zirka 850 unerledigte Orders, zum Teil noch von Mitte Mai vorliegen. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten kann in absehbarer Zeit mit der Ausführung neuer Aufträge so gut wie nicht gerechnet werden. Wir bitten, hiervon frdl. Vormerkung zu nehmen und uns wissen zu lassen, ob wir den Auftrag in Nota behalten sollen.**

. . . . . Bank-Aktiengesellschaft, Oeffentliche Bankanstalt.

Heil Hitler!
Unterschriften."

Hiernach scheint es also, daß die Zuweisung von Reisegeldern für Danzig nicht so glatt funktioniert, wie es in der NS.-Tagespresse dargestellt wird. Es wäre im Interesse Danzigs dringend erwünscht, daß eine baldige Aenderung eintritt."

Am 24. Juni berichteten die „Danziger Neuesten Nachrichten":

„Wie wir kürzlich berichteten, war es den Bemühungen von Senator Batzer gelungen, eine fortlaufende, rasche Verteilung der von der Deutschen Reichsbank für Reisen nach Danzig zur Verfügung gestellten Beiträge, die vorher nur täglich in beschränkter Höhe ausgegeben wurden, einschl. der bis Ende September festgesetzten Kontingente zu erreichen. Es wurde vereinbart, daß alle schon vorliegenden Anträge auf Bewilligung von Reisekreditbriefen für den Aufenthalt in Danzig und darüber hinaus auch noch möglichst neue Anträge bis zum Verbrauch des Gesamtkontingents bewilligt werden sollten. Wie wir nun von zuständiger Seite hören, war die Nachfrage nach Reisekreditbriefen zum Aufenthalt in Danzig derartig groß, daß bereits jetzt das zur Verfügung stehende Kontingent aufgebraucht ist."

Aus dem Zoppoter Rathaus

In der Zoppoter Stadtverordnetensitzung vom 25. d. M. waren von 28 Mitgliedern 22, die Nationalsozialisten zum ersten Male nicht in Uniform, vertreten. An Stelle der verstorbenen bzw. nach Deutschland gegangenen Stadtv. Steinhardt und Schwechow wurden die listenmäßigen Nachfolger, Dr. Franz Kade und Erich Albrecht, verpflichtet.

Geländeankauf und -tausch

Die ersten vier Vorlagen des Magistrats gelangten debattelos bei teilweiser Stimmenthaltung der Opposition zur Annahme. Sie betrafen einmal den Ankauf eines Wiesenterrains von 13 554 Quadratmeter unterhalb Stolzenfels zum Preise von 25 000 Gulden durch die Stadt. Als hoffentlich auch für die Zukunft stichhaltige Begründung des Erwerbs wurde die Verhinderung einer etwaigen späteren Bebauung dieses Geländes zwischen Nordpark und waldigem Abhang genannt. Ferner wurde zwecks späterer Verbindung der Gletkauer Straße mit der Südstraße im Zuge der geplanten Ostseestraße Langfuhr—Brösen—Glettkau—Zoppot der Austausch des der „Seepreußen" gehörenden Geländes und Grundstücks Südstraße 100 gegen städtisches Baugelände in Karlikau in Größe von 3335 Quadratmeter genehmigt.

Zugestimmt wurde sodann der Feststellung eines Bebauungsplans für das Gelände zwischen Franziusstraße und Heinrichsallee. Hierzu erforderlich wurde ein Geländeaustausch mit der Firma Franzius bezeichnet, deren Inhaber die nationalsozialistischen Amtswalter Gebr. Schlichting sind. Die Gebr. Schlichting treten danach ein Areal von 5657 Quadratmeter ab und erhalten dafür von der Stadt ein günstiger gelegenes städtisches Baugelände in Größe von 2226 Quadratmeter. Die vierte Vorlage, welche um Zustimmung zur Annahme der Erbschaft von einem Viertel des Nachlasses des 1936 verstorbenen Schneidermeisters Borkowski, Zoppot, (Grundstück Schäferstraße 7) ersuchte, wurde mit der Maßgabe sofortiger Zwangsversteigerung der auf 1800 Gulden bewerteten beiden Wohngebäude zwecks Erbauseinandersetzung bewilligt.

Das neue Auto

Die letzte Vorlage der Tagesordnung betraf den Ankauf eines neuen deutschen Personenkraftwagens für die Stadt, der 13 000 Gulden kosten soll (ohne den Einfuhrzoll? Die Red.), wozu aber angeblich nur 4300 Gulden aus städtischen Mitteln erforderlich wären, da Kasino-Gesellschaft und Stadtsparkasse den Rest der Ankaufssumme übernehmen würden. Ein Zentrums-Stadtverordneter erklärte, daß es möglich sein müsse, den alten, vor sieben Jahren von dem Grafen Grabitza angekauften Wagen mit nicht allzu großen Kosten instandzusetzen. Die Notwendigkeit einer abermaligen Autoanschaffung (neben dem neueren Auto des Oberbürgermeisters Temp Die Red.) sei keineswegs einzusehen. Die Sparkasse brauche keinen Wagen, die Kasino-Gesellschaft könne sich aus eigenen Mitteln ein zweckentsprechendes Auto leisten. Oberbürgermeister Temp unterbrach den Redner fortwährend mit Zurufen und Bemerkungen über die „stets nörgelnde" Opposition, worauf Vertreter der SPD. und des Zentrums den Sitzungssaal verließen.

Herr Temp fühlte sich nun bemüßigt, in bereits bei ihm bekannter Manier zu sagen, „endlich wäre nun die Luft rein, man wäre auch lieber unter sich" und was dergleichen Liebenswürdigkeiten noch waren. Die Stadt mache heute bei Neuanschaffungen keine Schulden wie früher, „erziele sogar einen Ueberschuß" (wobei? Die Red.). Die Nationalsozialisten verbäten sich jedes Meckern über zum Wohl der Stadt geleistete Arbeit. Der neue Wagen koste eigentlich der Stadt so gut wie gar nichts (!!), da der alte (vorher als gänzlich unbrauchbar geschilderte) Wagen für 2000 Gulden verkauft sei.

Damit war die Tagesordnung der Sitzung erschöpft.

---

19 städtische Arbeiter klagten

Ein Vergleichsvorschlag des Landesarbeitsgerichts

Im August 1933 wurden zahlreiche städtische Arbeiter, die bei dem Betriebsamt, Wasserwerk, Elektrizitätswerk beschäftigt waren, entlassen, weil sie „ungeeignet" sein sollten, obwohl viele der entlassenen Arbeiter schon lange Jahre im Betrieb tätig gewesen sind. Die Arbeiter haben mit der Einlegung eines Rechtsmittels mehr als zwei Jahre gewartet, **weil sie erst eine grundsätzliche Klärung ihrer Ansprüche** herbeiführen wollten. Das ist nach ihrer Meinung durch die Erörterung des Falles Luck-Schmode vor dem Völkerbundsrat geschehen, so daß sie kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist, im Dezember 1935, die Klage bei dem Arbeitsgericht anstrengten. Der Prozeß führt die Bezeichnung „Partikel und Genossen gegen Danzig". Es sind 19 städtische Arbeiter an diesem Prozeß beteiligt. In der ersten Instanz wurden die Arbeiter mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Vor dem Landesarbeitsgericht wurde in der Verbotszeit abermals verhandelt. Landgerichtsdirektor Großkopf erklärte eingangs der Verhandlung, daß es ihm scheine, daß der Arbeitsrichter von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist. Vielleicht sei dieser Prozeß aber für einen Vergleich geeignet. Es wurde vorgeschlagen, jedem der entlassenen Arbeiter 2500 Gulden zuzubilligen. Dabei soll dieses Geld nicht für eventuelle Leistungen aus der Erwerbslosenfürsorge oder Wohlfahrtsunterstützungen verrechnet werden. Es dürfen also davon keine Abzüge gemacht werden. Das ist Grundbedingung. Obwohl die Arbeiter durch ihren Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Kamnitzer, erklären ließen, daß sie in allererster Linie Arbeit haben möchten, ist es sehr wahrscheinlich, daß sie unter dem Druck der Verhältnisse den Vergleichsvorschlag des Gerichts annehmen werden. Der Senat hat bis zum 10. Juli Zeit, sich zu dem Vergleichsvorschlag zu äußern.

Bund ehemaliger Stahlhelmer

Neue Frontsoldaten-Organisation in Danzig

Uns wird geschrieben:

Wie bekannt, sind im vergangenen Jahre im Reiche und im Anschluß daran auch hier in Danzig die Fahnen des NSDFB. „Stahlhelm" eingerollt worden; der alte, von Seldte gegründete Bund wurde aufgelöst.

Dem Wunsche vieler Kameraden entsprechend, die trotz der Auflösung den alten Kameradschaftsgeist weiterpflegen wollten, ist jetzt hier in Danzig ein „Bund ehemaliger Stahlhelmer" gegründet worden, der am 18. Juni in das Vereinsregister eingetragen wurde.

Der Bund ist völlig unpolitisch und darf zu politischen Zwecken nicht mißbraucht werden. Er hat den Zweck: Die Pflege deutsch-vaterländischer Gesinnung und der alten militärischen Tradition, sowie die Erhaltung des Deutschtums in der Freien Stadt Danzig; sodann die Erhaltung der im Felde begründeten Kameradschaft, den Zusammenschluß der alten Frontsoldaten, ehemaliger Stahlhelmer und des Nachwuchses; schließlich die körperliche Ertüchtigung seiner Mitglieder.

Mitglied des Bundes kann jeder Danziger werden, der unter dem Stahlhelm marschiert ist.

Der Bund wird den Wünschen weiter Kreise der ehemaligen Frontsoldaten nachkommen, die ein von Parteipolitik unbeeinflußtes Zusammenkommen im kameradschaftlichen Frontgeist erstreben.

Die Geschäftsstelle befindet sich bei Pawlowski, Langer Markt 22 III, die Geschäftsstunden werden am Mittwoch und Freitag jeder Woche von 11 bis 13 Uhr abgehalten. Anmeldungen für den Stadtbezirk nimmt außerdem Callwitz, Poggenpfuhl 13, täglich von 10 bis 13 Uhr entgegen.

Unterschlagenes Geld im Spielklub verspielt

Unter den Emporkömmlingen nach dem Umbruch war auch der frühere Besitzer Otto Witt, der in Stangenwalde eine Postagentur zugeteilt erhielt. Er wurde 1934 dort bestellt. Er hat sich als Nationalsozialist recht eifrig betätigt, bis er dann eines Tages im Frühjahr dieses Jahres verhaftet wurde. Er hatte bei seiner Verhaftung noch die gelbe SA.-Hose und die Stiefel an, so daß er mit diesen Kleidungsstücken in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde, denn eine Einlieferung in das Gefängnis war notwendig geworden, weil der Verdacht bestand, daß Witt größere Unterschlagungen vorgenommen habe. Unter der Last des Beweismaterials hat Witt dann auch ein umfangreiches Geständnis abgelegt. So hat er von Beginn dieses Jahres bis zu seiner Verhaftung, die Mitte April erfolgte, 3900 Gulden unterschlagen, also in gut drei Monaten eine recht erhebliche Summe. Dieses Geld hat er zum allergrößten Teil im Spielkasino in Zoppot verspielt. Er war in das Spielkasino gegangen, um das ihm nicht gehörende Kapital zu vermehren. Witt wurde zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Europa im Aether

Die Hauptdarbietungen der Rundfunksender:

Landessender Danzig

Donnerstag, 2. Juli:

15: Spiele für Kinder. — 16.20: Unterhaltungsmusik auf Schallplatten. — 17.30: Schuljugend im Landheim. — 17.40: Heinrich I. und der deutsche Osten, Vortrag zum 1000. Todestag. — 18: Konzert. — 19.45: Zeitfunk. — 20: Wetter, Nachrichten. — 20.10: [illegible] und [illegible] reisen über Meer und Land, bunte Unterhaltung. — 22: Wetter, Nachrichten, Sportberichte. — 22.15: Schicksalsgemeinschaft zwischen Mensch und Tier. — 22.30: Von Athen bis Los Angeles. — 22.45 bis 24.00: Tanzmusik.

Ausländische Sender

Donnerstag, den 2. Juli:

18.00 Beromünster: Gesang (Schumann und Elisabeth Schumann). — 18.45 Prag: Deutsche Nachrichten.

19.00 Stockholm: Volksliedvorführungen. — 19.25 Beromünster: Rundfunkkonzert. — 19.30 Warschau: Unterhaltungskonzert. — 19.35 Wien: Vom Bruder Straubinger bis zur goldenen [illegible] (musikalischer Abend).

20.00 Brüssel franz.: Orchesterkonzert. — Kalundborg: Italienische Violinmusik. Anschl. Klaviermusik. — Straßburg: Deutsche Nachrichten. Anschl. Orchesterkonzert. — 20.05 Kaschau: Unterhaltungskonzert. — Hilversum I: Orgelkonzert. — 20.10 Beromünster: Im Dudelsacktakt. — 20.30 Paris PTT.: Operette.

21.00 Beromünster: Nachrichten. Anschl. Gesangskonzert. — Kalundborg: Konzert. — 21.20 London Regional: Orchesterkonzert. — 21.35 Prag: Kammermusik von Beethoven. — 21.30 Warschau: Solistenkonzert.

22.00 Stockholm: Orgelkonzert. - Wien: Nachrichten. Anschl. [illegible]. — 22.15 Kalundborg: Tänze aus dem alten Wien. — 22.15 Prag: Leichte Musik. — Warschau: Leichte Musik. — 22.45 Deutschlandsender: Unterhaltungskonzert.

Sport · Turnen · Spiel

Bar Kochba-Sportfest mit reichsdeutschen Gästen

Der Deutsche Makkabi-Kreis hatte dem Bar Kochba Danzig die Austragung der leichtathletischen Bezirksmeisterschaften des Makkabikreises Ostpreußen-Danzig übertragen. Die Veranstaltung fand am Sonntag, dem 28. Juni, auf dem Sportplatz in Oliva statt. Dem Veranstalter war es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, einen städtischen oder privaten Platz mit Laufbahn zu erhalten. So mußte der Makkabi-Sportplatz in Eile für ein Leichtathletikfest hergerichtet werden. Die Sprung- und Wurfbahnen waren leidlich, während die Laufbahn viel zu wünschen übrig ließ. Die nicht gleichgeschalteten Sportvereine haben in den letzten Jahren gelernt, zu entbehren und mit kleinen Mitteln ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. So nehmen denn Sportler und Zuschauer auch die ungünstigen Verhältnisse in Kauf. Das Programm wickelte sich reibungslos ab; die Organisation lag in guten Händen.

Neben den Danzigern sah man jüdische Sportler aus Königsberg, Elbing und Allenstein. Auf den ersten Plätzen waren fast durchgehend Danziger, während die Gäste mitunter gute zweite und dritte Plätze belegten. Nur in der Frauenklasse dominierte der Bar Kochba Königsberg. Die Ergebnisse litten unter den bereits erwähnten Bahnverhältnissen. Erwähnenswert scheinen nur die Ergebnisse der Jugendklasse. Hier wurden der Hochsprung mit 1,50 Meter, der Weitsprung mit 5,35 Meter und das Kugelstoßen mit 11,38 Meter gewonnen.

Den Abschluß bildete ein

Fußballspiel Bar Kochba Königsberg gegen Danzig 1:1.

Königsberg entpuppte sich als eine eifrige und flinke Mannschaft. Das Stellungs- und Zusammenspiel reichte an das des hiesigen Bar Kochba nicht heran; aber Königsberg verfügte über einige gute Spieler, die ihre Mannschaft immer wieder nach vorn brachten. Danzig erzielte bis zur Pause ein Tor. In der zweiten Halbzeit brachten die Gäste eine unnötige Härte in das Spiel. Der aufmerksame Schiedsrichter verhängte mehrere Freistöße. Ein Elfmeter brachte den Königsbergern den Ausgleich. Dann verloren die Ostpreußen durch Herausstellung einen Spieler und wurden ganz in die Verteidigung zurückgedrängt. Die Danziger spielten nur noch in der Hälfte der Gäste, konnten aber infolge mangelhafter Stürmerleistung den Sieg nicht erringen.

Dänischer Fußball-Sieg

Im Kampf um den Nordischen Fußball-Pokal trafen sich in Helsingfors die Ländermannschaften von Finnland und Dänemark. Bis zur Pause hatten die Finnen etwas mehr vom Spiel und führten durch ihren Linksaußen Gallin mit 1:0. Nach dem Wechsel stand der Kampf eindeutig im Zeichen der Dänen, die durch Paul Jörgensen den Ausgleich erzielten und durch drei weitere Tore von Kleven, Jörgensen und Kaj Hansen einen schönen 4:1- (0:1-) Sieg errangen. Den nächsten Kampf um den Pokal bestreiten Norwegen und Schweden am kommenden Sonntag.

Blitzschlag in Schmelings Landhaus

Die schweren Gewitter, die am Dienstag niedergingen, haben fast überall erheblichen Schaden und zahlreiche Unglücksfälle zur Folge gehabt. Auch Schmeling ist davon nicht verschont geblieben. In sein Landhaus in Saarow schlug mittags der Blitz ein, und im Nu stand das Strohdach des im westfälischen Stil gebauten Hauses in Flammen. Schmeling und seine Gattin blieben unverletzt und brachten die Wertgegenstände und die zahlreichen Andenken aus der sportlichen Laufbahn des Exweltmeisters in Sicherheit. Das obere Geschoß brannte vollkommen aus.

Wenig Sportverkehr im Baltenverband

In den zurückliegenden vier Wochen waren Danzigs gleichgeschaltete Sportler nur sehr wenig beschäftigt. Das Fußballspiel trat mehr zurück, und an seiner Stelle kam die Leichtathletik mehr ins Vordertreffen. Die Leistungen aber, die hier gezeigt wurden, genügen bei weitem nicht, um hervorgehoben zu werden. So wurde in einem Klubkampf auf dem Gedania-Stadion die einstmals starke Preußenmannschaft von den Gedania-Leichtathleten nach Punkten geschlagen. Im Aller-Staffellauf hatten die Favoriten auch keine Chancen. LSD. war hier tonangebend. Dann kamen am letzten Sonntag die Kreismeisterschaften, bei denen Königsberg allein acht Meister stellte. Danzig kam hier im 100-Meter-Lauf und im Stabhochsprung zu Meisterschaften. Bei den Frauen war es Traute Göppner, die Danzig vertrat.

Dann noch kurz die Fußballspiele: Im Aufstiegsspiel zur Bezirksklasse wurde der Danziger Sportklub von Hansa Elbing ausgeschaltet. Elbing hat somit zwei Vertreter in der Bezirksklasse, nämlich Viktoria und Hansa.

In der Vergleichsrunde wurde Gedania-Danzig Abteilungsmeister. Diese Elf gab in der ganzen Runde nur einen Punkt ab und bewies dadurch am besten die Beständigkeit. Inzwischen wurden die Danziger Preußen im Spiel um den Tschammer-Pokal in Stolp hoch mit 6:0 geschlagen, und der Klub scheidet damit aus dem weiteren Wettbewerb aus.

Auf dem Schupoplatz war am letzten Sonntag der Sportverein Osterode zu Gast und mußte, 5:2 geschlagen, die Heimreise antreten.

Beginn des ersten Internationalen Damenschachturniers in Oesterreich. In Oesterreich wurde am Dienstag im Hotel Panhans am Semmering (Wien) das erste Internationale Damenschachturnier eröffnet. Vertreterinnen von zehn europäischen Ländern, unter ihnen die Deutsche Graf, Hamburg, nehmen daran teil.

Beim Rollhockey-Turnier in Monza, das eine internationale Besetzung aufwies, kam die Berliner Auswahl zu zwei Siegen. Den HC. Novara besiegte sie mit 5:2 (2:2), und über eine Auswahl des Fascio Monza behielt sie sogar mit 11:3 (4:2) die Oberhand.

In Wimbledon, bei den englischen Tennismeisterschaften, stehen nunmehr die letzten Vier im Männer- und Frauen-Einzel fest. Es sind Perry, Budge, Austin und Gottfried von Cramm bei den Männern; Jacobs, Jedrzejowska, Mathieu und Hilde Sperling bei den Frauen.

Die deutsche Zehnkampf-Meisterschaft wird am Sonntag, dem 5. Juli, im Berliner Allianz-Stadion entschieden. Auf dem Programm stehen fünf Uebungen, nachdem die ersten fünf Wettbewerbe bereits bei den Gaumeisterschaften am letzten Wochenende ausgetragen wurden.

Polnische Rennfahrer starten bei den schlesischen Meisterschaften am kommenden Wochenende. Die Mitglieder der polnischen Olympia-Rennmannschaft treffen hier auf die beste ostdeutsche Klasse.

Neu angesetzt wurden die Schlußrunden um den Tschammer-Pokal. Der Wettbewerb der deutschen Fußballvereine wird am 6. September mit der dritten Schlußrunde fortgesetzt. Am 20. September wird die vierte und am 4. Oktober die fünfte Schlußrunde ausgetragen. Das Endspiel kommt am 8. November zur Durchführung.

Nach der Eroberung Abessiniens

Schwierige Probleme der Kolonisation — Regenzeit in Aethiopien

In Abessinien regnet es. Selbst in tropischen Breitegraden wirkt ein solcher ständiger, wolkenbruchartiger Regen sehr abkühlend. Dies ist sogar den offiziellen italienischen Berichten, die einzig zur Verfügung stehen, anzumerken. Nachdem im Anschluß an die Siegesfeiern zuerst einmal bekannt gegeben wurde, was alles nun im neuen Kaiserreich geschehen, wieviel Straßen gebaut, wie schnell das ganze Land erschlossen würde, ist nunmehr nach wenigen Wochen der Siegestrommeln Klang ganz erheblich abgedämpft. Zwischen den Zeilen, gelegentlich sogar ausgesprochenerweise wird es klar, daß die Kolonisation Abessiniens nicht wie Badoglios Vormarsch eine technisch-organisatorische Leistungsprobe, sondern ein Problem ist.

Faßt man zusammen, was nach eigenen italienischen Angaben wirklich geschieht, in Vorbereitung ist und später geschehen soll, so muß als erstes festgestellt werden, daß die am Tage des Sieges als bevorstehend gemeldete „ölfleckartige Ausbreitung“ der Besetzung zum Stillstand gekommen ist. Außer einigen Exkursionen von Addis Abeba aus, wird keine Ausdehnung des besetzten Gebietes gemeldet. Auf eine parlamentarische Anfrage über die Verhältnisse in Abessinien erklärte Eden kürzlich, er habe keine Nachrichten über italienische Truppenbewegungen in der letzten Zeit erhalten. Nach einer etwa drei Wochen alten Schätzung umfasse das von den Italienern besetzte Gebiet etwa die Hälfte des Landes. Es wird sogar zugegeben, daß

die Verbindung auf der Straßenfährte Dessie—Addis Abeba durch „Banditen“ gefährdet

ist, offensichtlich also die Truppen nicht ausreichen und durch den Regen behindert sind, selbst die Verbindung zwischen dem eigentlichen eroberten Gebiet und der Hauptstadt zu sichern. Das Problem der Verkehrswege und Verbindungen ist überhaupt nach wie vor die erste, noch keineswegs gelöste Frage. Zur Zeit erfolgt die gesamte Versorgung der Hauptstadt und ihrer Besatzung nicht etwa aus den überschwänglich geschilderten Reichtümern Aethiopiens, sondern aus Europa über die Bahn Djibouti—Addis Abeba. Diese Bahn gehört einer in der Mehrheit französischen Gesellschaft und ihr Ausgangspunkt ist französisches Hoheitsgebiet. Die Transporte sind daher ein finanzielles und Valutaproblem, das bereits erhebliche Sorgen macht; Sorgen, die durch den Wunschtraum einer asphaltierten Autostraße von Erythräa nach der Hauptstadt nicht behoben werden. Hafengebühren, Transittaxe, Eisenbahnfracht, alles muß in französischen Franken bezahlt werden. Die Aktionäre der Gesellschaft akzeptieren als Dividende weder Theresientaler, noch von italienischer Lire. Dabei ist noch gar nicht eingerechnet, daß die ganze Strecke, trotz der angeblich begeisterten Unterwerfung der Eingeborenen, von Militär bewacht werden muß.

Wirtschaftlich-kaufmännische Kalkulation ist auch sonst nicht sehr beliebt und wohl auch nicht möglich, denn ein kaufmännisches vertretbares Ergebnis des Feldzuges und vor allem jetzt des Besitzes ist kaum abzusehen. Ohne Nachrechnung kann jedenfalls schon jetzt festgestellt werden, daß der Warentransport über den erythräischen Hafen Massaua, die noch zu erbauenden Eisenbahnlinien und Asphaltstraßen quer durch das ganze Hochland sich unmöglich billiger stellt als der Seeweg nach Djibouti und der relativ kurze Bahntransport auf den schon liegenden Gleisen. Ferner ergibt sich aus diesen und anderen Darstellungen, daß trotz einiger Sack abessinischen Kaffees, der in Italien teurer verkauft wurde als brasilianischer Santos, und einem Geparden für den Mailänder Zoo

das eroberte Kaiserreich vorläufig Importland

ist. Man tröstet sich, der Soldat in Abessinien gebe sein Geld infolgedessen für heimische Waren, also für die Stärkung der autark italienischen Wirtschaft aus; ein Ergebnis, das sich aber auch ohne afrikanische Eroberungen erzielen ließ.

Die hochgespannten Erwartungen auf die sofort in Angriff zu nehmende Kolonisation werden zur Zeit auf die wirklichen Möglichkeiten reduziert, d. h. dem Publikum begreiflich gemacht, daß zuerst einmal — Untersuchungen, Studien über solche Möglichkeiten vorgenommen werden müßten. Die Abessinienarmee wird sicherlich auf unbestimmte Zeit im Lande bleiben. Wer von diesen Soldaten dann tatsächlich angesiedelt werden kann, das scheint jetzt bereits ganz ungewiß. Schon berichtet ein Mitarbeiter der „Tribuna“, daß gut die Hälfte des Landes unkultivierbar ist und die andere Hälfte nun auf ihre Kultivierbarkeit geprüft werden müsse. Schließlich muß diese Frage doch kaufmännisch behandelt werden und der Mitarbeiter der „Tribuna“ kommt selbst zu dem Schluß, wenn man etwa 10 000 bis 15 000 Lire pro Hektar investieren müsse, dann gebe es in Italien doch genug kultivierbaren Boden.

Eine in diesem Zusammenhang nunmehr in der Stillstandsperiode der Regenzeit, die wirkliche Kolonisationsuntersuchungen ebensowenig zuläßt, wie die Ausdehnung des besetzten Gebietes, aufgetauchte und derzeit heftig diskutierte Frage ist das Rassenproblem.

Hunderttausende Männer, die man als Soldaten und Arbeiter nach Abessinien schickte, können und wollen nicht als Mönche leben.

Wohl nicht ohne besonderen Anlaß ist mit einmal diese Frage der Rassenvermischung in der Presse aufgetaucht. Mit Argumenten, die nicht zum geringen Teil aus dem Bereich des „nordischen“ Faschismus bezogen wurden, wird bewiesen, daß die Afrikaner — die alle in einen Rassetopf geworfen werden — minderwertig seien, physisch wie geistig, daß ihr Gehirn weniger wiege, ihre und die Entwicklungsmöglichkeit von Mischlingen eine geringe sei und infolgedessen die Mischlinge niemals italienisches Bürgerrecht bekommen dürften. Um die Mischlinge zu verhindern, wird auch vor den, kurz zuvor in recht eindeutigen Kriegsliedern gepriesenen, dunkelhäutigen Frauen gruslig gemacht. Sie seien vor allem schmutzig, primitiv, dienten in Abessinien (nur in Abessinien?) lediglich der Fortpflanzung (Gazetta del Popolo), und überhaupt sei es unzulässig, daß ein „von dreitausendjähriger Kultur erfülltes Blut“ sich mit barbarischem vermenge. Was praktisch geschehen wird, um die aus jedem Feldzug bekannten Vermischungstendenzen zu unterbinden, ist noch nicht bekannt. Vielleicht ist die Gefahr während der Regenperiode nicht so groß. Doch wenn sie zu Ende geht, dann wird nicht nur der Straßenbau, sondern auch diese Frage und sie vor allem aktuell, wozu nun eigentlich das eroberte Reich zu dienen haben wird.

*

Italienische Truppen an der Südgrenze

Nachdem vor einigen Tagen aus dem südlichen Abessinien Unruhen gemeldet wurden, zu deren Bekämpfung eine Autokolonne aus dem Somaliland beordert wurde, haben die Italiener jetzt, wie aus Adis Abeba gemeldet wird, einheimische Truppen an die Südgrenze entsandt. Es wurden die Grenzorte Moyale, Kenya und Somalia besetzt und die italienische Flagge gehißt.

Die letzten Massenprozesse

Der große Sozialistenprozeß in Stettin

Am 15. Juni schloß in Stettin eine Prozeß-Serie gegen sozialdemokratische, freigewerkschaftliche und kommunistische Funktionäre mit hohen Zuchthausstrafen ab. Seit dem 12. Mai tagte der 4. Strafsenat des Berliner Kammergerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Deerberg. Dabei sind die Prozesse noch nicht abgeschlossen.

Ab 30. Juni bis 6. Juli wird weiter gegen vier Gruppen sozialistischer Arbeiter verhandelt. Auf der Anklagebank saßen bisher unbescholtene junge Männer im Alter von 22 bis etwa 40 Jahren, von denen eine Reihe den Krieg im Schützengraben mitgemacht hat. Sie saßen teilweise seit Juli bzw. August 1935 in Untersuchungshaft. Die Anklage lautete auf Vorbereitung eines „hochverräterischen Unternehmens“, und zwar sollen die Angeklagten im Jahre 1934 und 1935 mit Funktionären der SPD. in Kopenhagen in Verbindung getreten sein, Nachrichtenmaterial aus Deutschland nach Kopenhagen geleitet und weiter illegale Propagandaschriften von Kopenhagen nach Deutschland gebracht haben. Sie sollen ferner versucht haben, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Stettin neu zu errichten, ebenso die freien Gewerkschaften und einen kommunistischen Jugendverband. Weiter sollen sie von der Gestapo Verfolgten zur Flucht geholfen und eine Hilfsorganisation für Verhaftete und Verurteilte und deren Angehörige organisiert haben. Die Prozeßführung erfolgte immer in Gruppen und Teilabschnitten gegen die Angeklagten. Die Urteile waren überaus hart. Bisher wurden gegen 33 Angeklagte 80 Jahre Zuchthaus und 4 Jahre Gefängnis verhängt; die geringste Zuchthausstrafe beträgt 2 Jahre, die höchste 5 Jahre.

29 Saarkommunisten vor dem Berliner Sondergericht

Das Volksgericht in Berlin verurteilte 29 kommunistische Angeklagte aus dem Saargebiet. Sieben von ihnen erhielten Zuchthausstrafen im Gesamtausmaß von 60 Jahren, die weiteren Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 1 bis 2½ Jahren verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß es sich um den ersten größeren Fall kommunistischer Betätigung im Saargebiet nach der Rückgliederung handle.

Massenurteil gegen sächsische Sozialisten

Kürzlich standen vor dem Sondergericht in Sachsen im Zwickauer Schwurgerichtssaal 19 Sozialisten, darunter zwei Frauen. Alle befanden sich seit über einem Jahr in Untersuchungs- und Schutzhaft. Sie waren angeklagt, illegale Druckschriften verbreitet und Gelder für die illegale sozialistische Bewegung gesammelt zu haben. Die Angeklagten verteidigten sich damit, daß die Gelder für Schutzhäftlinge und deren Angehörige bestimmt waren. Sie wurden samt und sonders wegen Verbrechens gegen das Gesetz gegen Neubildung verbotener Parteien mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Das Verfahren gegen eine Angeklagte wurde abgetrennt. Sie wurde nach Dresden transportiert, wo ein Massenprozeß gegen sozialistische Arbeiter vor dem Oberlandesgericht stattfindet.

Noch immer keine kirchliche Befriedung

Die Situation der Bekenntniskirche — Beseitigung der Judentaufen?

Die Lage der Bekenntniskirche ist durch die letzten Entwicklungen nicht einfacher geworden. Die Schwierigkeiten sind in erster Linie die, daß nach außen hin eine gewisse Beruhigung des kirchlichen Lebens eingetreten zu sein scheint, in Wirklichkeit aber die Aktionen der Kirchenausschüsse, der staatlichen Organe und Kreise der Partei unverändert geblieben sind.

Dafür ist die Aeußerung des Vorsitzenden des Reichskirchenausschusses Zöllner bezeichnend, der vor kurzem persönlich nach Hessen reiste, um die Verhältnisse dort genauer kennen zu lernen. In einem Rundschreiben an die nationalsozialistische Pfarrerkameradschaft Hessens zeigte sich Zöllner sehr ungehalten über die Ausweisung dreier bekenntnistreuer Pfarrer aus Hessen, die auf Verlangen des hessischen Landeskirchenausschusses durch die Geheime Staatspolizei verfügt wurde. Durch die Ausweisung, so erklärte Zöllner in seinem Rundschreiben, sei das „mühsam betriebene Werk der Aufspaltung der bekennenden Kirche“ gestört worden.

Viel Aufsehen erregte auch ein Vorfall in Berlin, wo die Missionsgesellschaft zur Förderung des Christentums unter den Juden vom Berliner Polizeipräsidenten die Aufforderung erhalten hat, eine Liste der Vorstandsmitglieder einzureichen und sich binnen zwei Wochen aufzulösen. Als die Mission sich hilfesuchend an den Reichskirchenausschuß wandte, wurde geantwortet, daß die Judenmission demnächst an die Innere Mission angegliedert werde. Das Polizeipräsidium wurde ersucht, vorläufig nichts zu unternehmen, da auch die Judentaufe im Zuge der Neuordnung, „im Einvernehmen mit dem Staat“, geregelt würde. Nach der Lage der Dinge kann das nur heißen, daß die Judentaufe dadurch unmöglich gemacht werden wird.

Das Vorgehen gegen die Deutsch-Gläubigen

Dinter, Hauer, Reventlow und Ludendorff

Die Monatsschrift „Die deutsche Volkskirche“, die Dr. Arthur Dinter herausgibt, ist polizeilich verboten worden. Es ist anzunehmen, daß damit auch Dinters Bewegung des „Geist-Christentums“, eine der deutschgläubigen Religionsgruppen, die immer größere Verwirrung im Kirchenkampf anrichten, der Auflösung verfällt.

Als völkischer Prophet ist Dinter im Jahre 1920 mit seinem antisemitischen Roman „Die Sünde wider das Blut“ bekanntgeworden, der gegen „Rassenschande“ und Mischehen Front machte und die Ideen, die das Dritte Reich in den Nürnberger Gesetzen verwirklicht hat, propagierte. Er wurde dann 1924 nationalsozialistischer Abgeordneter im thüringischen Landtag. Bald darauf trat er als Gauleiter von Thüringen in den obersten Führerkreis der Partei ein. Auf dem Parteitag von 1928 kam es zum Bruch mit Hitler, der sich die Dinterschen Versuche, die ganze nationalsozialistische Partei zum „Geist-Christentum“ zu bekehren, verbat und den unbequemen Gauleiter, der die religiöse Frage in gefährlicher Weise anschnitt, beseitigte. Dinter trieb seither sein Wesen als Außenseiter, ohne ein Rebell zu sein. Auch nach der Machtergreifung wurde er toleriert, weil er sich der Ideologie der Bewegung unterordnete.

Die sichtbarste Wirkung Dinters bestand darin, daß seine Doktrin auf die Deutschen Christen in Thüringen und durch diese auf den Reichsbischof Müller abfärbte. Aus diesen Kreisen Kreisen ist die „nationalkirchliche Bewegung“ hervorgegangen, die die evangelische Landeskirche Thüringens noch heute beherrscht und sich der neuen halbstaatlichen Reichskirchenregierung in Berlin nicht unterordnet.

Nach der Maßregelung Dinters, Hauers und Reventlows und anderer Verkündiger von Heilslehren ist die Ausnahmebehandlung, die dem von dem Ehepaar Ludendorff geleiteten „Tannenbergbund“ gewährt wird, bemerkenswert; sie wird mit einer Rücksicht auf die militärische Vergangenheit erklärt.

Roosevelt, der „Bolschewist“

Seine erste Programmrede zur Präsidenten-Neuwahl

MTP. Philadelphia, Ende Juni.

Roosevelts erste große Wahlkampfrede war, obwohl man viel erwartete, eine wirkliche Sensation: Wer geglaubt hatte, der Präsident sei des Kampfes müde, sei enttäuscht von den viel Rückschlägen, die seine Pläne und Unternehmungen erlitten, konnte feststellen, daß das Gegenteil der Fall ist: Roosevelt wirft sich mit einer Vehemenz und Jugendlichkeit in den Wahlkampf, die selbst seine Freunde überrascht. Man mag über Roosevelt denken, wie man will, es bleibt das Phänomen einer motorischen Kraft, das in der modernen Geschichte der USA. wohl ohne Beispiel ist.

Dieser Mann fasziniert auch als Redner. Weniger durch den Wohllaut seiner Stimme und den kunstvollen Bau seiner Sätze. Er spricht ein schweres, ganz unamerikanisches Oxford-Englisch, seine Stimmbänder sind nicht die stärksten, es kostet ihn zweifellos eine große physische Kraftanstrengung, um eine zweistündige Rede zu halten, aber das alles wird verdeckt und überstrahlt von einer Leidenschaftlichkeit und inneren Durchdrungenheit, die sich unmittelbar auch auf den Zuhörer übertragen. Die hunderttausend Menschen, die sich im riesigen Franklin-Field-Stadion von Philadelphia versammelten und der Rede Roosevelts lauschten, waren nach den ersten zehn Minuten hingerissen.

In der Tat war es sensationell, zu erfahren, daß Roosevelt offensichtlich fest entschlossen ist, seine Wirtschaftspolitik, falls er zum zweiten Male zum Präsidenten gewählt wird, mit noch weitaus größerer Energie durchzusetzen als bisher. Er sprach wie ein Sozialist, fast wie ein Kommunist: schwerste Angriffe auf den Kapitalismus in seiner heutigen Form, wütende und ironisch-bittere Attacken gegen die Tyrannei der politischen und wirtschaftlichen Diktatoren in der Welt im allgemeinen und in den USA. im besonderen, eine Kriegserklärung an die Privilegien der Reichen. Roosevelt erinnerte in diesem Zusammenhang mit besonderer Betonung an das Jahr 1776, in dem sich der amerikanische Kontinent endgültig von der Vorherrschaft europäischer Mächte löste: das Jahr 1936 müsse der Beginn des Endes der Tyrannen im eigenen Lande werden.

Kein Zweifel, daß sich der Präsidentschaftskandidat Roosevelt mit dieser ersten Programmrede, deren innerpolitische Bedeutung und Wirkung gar nicht überschätzt werden kann, in einer Weise festgelegt hat, die für jeden Kenner amerikanischer Verhältnisse erstaunlich ist: Roosevelt, der vor vier Jahren auszog, um die Wirtschaft Amerikas durch Reformen zu sanieren, die allen Klassen und Schichten der Bevölkerung Vorteile bieten sollten, scheint heute auf einem viel radikaleren Standpunkt angelangt: er wird zum Fürsprecher der Massen und zum Agitator gegen die besitzende Klasse, der er vorwirft, durch ihren hemmungslosen Wirtschaftsindividualismus die ökonomischen Fundamente des Landes unterwühlt zu haben. Das ist kein geringfügiger Vorwurf, die Konsequenzen werden sich bald zeigen. Es ist kein Zweifel, daß Roosevelts Gegner, der Gouverneur Landon, nunmehr mit der Parole operieren wird, daß Roosevelt ein Bolschewist sei.

Zweikampf straffrei

Neue Bestimmungen im kommenden deutschen Strafrecht

In dem neuen Entwurf des neuen deutschen Strafrechtes fallen die Strafbestimmungen über den Zweikampf fort. Der Zweikampf soll grundsätzlich straflos bleiben. In der Begründung wird unter anderem auf die Ehrenordnung der SA., die Schieds- und Ehrengerichtsordnung der SS. sowie den Erlaß des Chefs der Heeresleitung „Wahrung der Ehre“ verwiesen, nach denen Ehrenhändel mit der Waffe ausgetragen werden können. Danach gibt es für die Wehrmacht, die SA. und SS. Fälle, in denen sie die Ehrenwahrung mit der Waffe für Pflicht halten. Andererseits könne aber niemand deshalb abgewertet werden, weil er eine andere Form der Ehrenwahrung für die richtige hält. Als weitere Folgerung aus diesem Grundsatz wird die Tatsache gezogen, daß Bestimmungsmensuren der Studenten zwar keinen Zweikampf darstellen, aber dennoch straflos seien, weil sie eine Sportart darstellten. Alle beim Zweikampf ordnungsgemäß Mitwirkenden sollen grundsätzlich straflos bleiben.

Nach dieser Neuordnung werden also Zweikämpfe auch mit tödlichem Ausgang straffrei sein.

Aus dem Dritten Reich

Der bayrische Innenminister Wagner hat kürzlich in einer Rede mitgeteilt, die Polizei habe dieser Tage ein „Kommunistennest“ entdeckt, das sich aus Leuten zusammensetze, die schon einmal in Schutzhaft gewesen seien. Er habe sich nun entschlossen, daß Leute, die man zum zweiten Male der Gegnerschaft gegen den Staat überführe, nie mehr aus dem Konzentrationslager entlassen werden würden, sondern dort den Rest ihres Lebens zubringen müßten.

*

Bei einer Eisenbahnfahrt in Franken hatte sich ein Mann zu zwei Jüdinnen gesetzt, den die Fahrgäste für einen SA.-Mann gehalten hatten, weil er Schaftstiefel und eine dunkelbraune Hose trug. Als sich herausstellte, daß der Mann Jude war, kam es zu einer Anzeige. Es wurde festgestellt, daß die Hose, die früher hellbraun gewesen war, schon 1933 auf Verlangen des Kreisleiters dunkelbraun gefärbt worden, daß sie aber dann durch den Gebrauch wieder heller geworden sei. Das Gericht sah mindestens grobe Fahrlässigkeit als vorliegend an. Der Angeklagte erhielt wegen „groben Unfuges“ sechs Wochen Haft.

*

Bei der Firma Neufeld & Kuhnke in Kiel, die für die Marine mechanische Arbeiten ausführt, wurde ein junger Arbeiter verhaftet, der während seiner Arbeit die Melodie der „Internationale“ gesummt hatte. Ein Nazi, der das hörte, zeigte ihn an. Der junge Arbeiter ist verhaftet worden, saß vier Tage in Schutzhaft und befindet sich jetzt im Konzentrationslager. Er ist der einzige Ernährer seiner Mutter und zwei kleinerer Geschwister.

*

Das Sondergericht Nürnberg verhandelte drei Tage gegen 20, meist weibliche „Ernste Bibelforscher“ aus Fürth. Fünfzehn von ihnen wurden für schuldig befunden, Zusammenkünfte zum Zwecke der Verbreitung und Erhaltung ihrer Ideen veranstaltet, Zeitschriften und Bücher teils aufbewahrt, teils verbreitet und mündliche Agitation getrieben zu haben. Es wurden Strafen von drei Monaten Gefängnis bis zu einem Jahr Gefängnis verhängt.

*

Wie gemeldet wird, sind von den 90 Mitgliedern, die der „Stoßtrupp Adolf Hitler 1923“ zählte, nur noch 36 „bei der Fahne“.

*

Die gegenwärtigen Roggenvorräte betragen 650 000 Tonnen weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Weizenvorräte sind um 500 000 Tonnen geringer.

DIE SCHÖNE VERSCHWÖRERIN

ROMAN VON HERBERT ADAMS

COPYRIGHT BY WILHELM GOLDMANN VERLAG LEIPZIG

„Eine Panne", echote er. „Das hatte ich mir schon gedacht. Eben sprachen wir noch davon. Vera hatte Sorgen, du möchtest dich verletzt haben."

„Nicht die Spur", sagte Peter, froh, daß sein Märchen so gut aufgenommen wurde.

„Haben Sie einen anderen Wagen ausprobiert?" fragte Vera.

„Nein, ich fuhr mit Freunden."

„Sie wollen das Auto, das Sie neulich ausgesucht haben, wohl nicht nehmen?"

„Aber doch. Morgen werden wir unsere Probefahrt nachholen, wenn es Ihnen recht ist?"

„Mir recht ist?" rief sie eifrig. „Oh, Peter, wie gern fahre ich mit!" Sie stockte und machte ein bestürztes Gesicht. „Bitte, verzeihen Sie, Bill nennt Sie immer Peter, darum fuhr mir der Name so heraus."

„Hoffentlich passiert Ihnen das noch recht häufig", erwiderte er lächelnd. „Also morgen mittag?"

Bruder und Schwester verständigten sich mit einem schnellen Blick. Das stand ja gar nicht so schlecht, noch war das Spiel nicht verloren. Man verabredete sich und suchte einen geeigneten Ort für den Lunch aus. Dann warf Peter ahnungslos die Brandbombe.

„Einesteils", sagte er, „habe ich mich über meinen Unfall gefreut. Du darfst dein Geld auf keinen Fall in die Honduras-Gesellschaft stecken."

„Warum nicht?" fuhr Bill auf, überrascht und enttäuscht von dieser plötzlichen Wendung.

„Weil die ganze Geschichte ein großer Schwindel ist."

„Aber — aber — das ist doch nicht möglich", stammelte Bill. „Woher weißt du das? Wer hat dir das gesagt?"

„Mein Freund Bickerton, ein Amerikaner, ein verläßlicher Kerl, hat sich den ganzen Besitz angesehen. Es ist ein Malariasumpf."

„Großer Gott!" sagte Bill, der seine gewöhnliche Fassung völlig verloren hatte. „Wir müssen das alles aufklären, die Möglichkeiten sind doch so wundervoll!"

„Er behauptet das Gegenteil! De Squeira ist ein Schwindler. Ich bin nur froh, daß ich dir dein Geld retten kann."

Bill zog die Augenbrauen hoch und sah gar nicht besonders dankbar aus. Peter verstand den Grund dafür falsch.

„Es ist doch noch nicht zu spät?" fragte er besorgt.

„Ich fürchte, doch." Langsam und gequält kamen diese Worte von Bills Munde. Er dachte angestrengt nach.

„Du hast schon eingezahlt?"

„Sieh mal, Peter, alter Junge, das habe ich für meine beste Chance gehalten. Du hast die Papiere auch gesehen und warst doch auch dafür. Auf dein Urteil habe ich mich blindlings verlassen. Als du nicht kamst, wie verabredet, wollte ich auf keinen Fall die Sache aus der Hand geben und habe eine Anzahlung gemacht."

Das war eine grobe Lüge, aber Peter noch einen Vorwurf zu machen, war schon fast genial.

„Das wirst du zurückbekommen", beruhigte ihn Peter. „Wir müssen zusammen dagegen angehen."

„Natürlich müssen wir alles versuchen, aber — Vera, würdest du uns einen Augenblick allein lassen?"

Vera ging hinaus. Bills Aufregung war gut gespielt, zum Teil war sie übrigens wirklich echt.

„Es war Veras Geld!" ächzte er, als sie allein waren. „Wie ich dir schon gesagt habe, waren es unsere letzten Spargroschen. Vielleicht können wir sie retten, aber du weißt, was ein Rechtsanwalt kostet. Wie sollen wir das bezahlen?"

„Beruhige dich, Bill", sagte Peter. „Ich werde solange euer Bankier sein."

„Was willst du damit sagen? Ich weiß, du meinst es gut, aber das kann ich nicht annehmen. Es ist sehr edel von dir, aber nicht du hast schuld, obwohl ich überzeugt war, daß es eine gute Sache war, weil du dich dafür interessiertest. Du verstehst von diesen Dingen weit mehr als ich. Wenn es nur nicht für Vera so hart wäre! Nein, ich kann es nicht annehmen."

„Mein lieber Bill, es kann sich doch nur um ein oder zwei Wochen handeln." Allmählich wurde Bill Mason, wenn auch widerstrebend, dahin gebracht, einen Scheck über fünfhundert Pfund anzunehmen, und man kam überein, Vera nichts davon zu sagen. Bills Stimmung stieg wieder. Der große Schlag war zwar wieder mißglückt, aber das Leben war doch nicht so grausam, wie es den Anschein hatte. Jetzt hieß es, Vera behilflich zu sein!

Nachdem er sich von ihnen verabschiedet hatte, ging Peter zum Büro eines Privatdetektivs namens Silvester Duggan, den ihm sein Bankier empfohlen hatte.

„Ich habe zwar keine hohe Meinung von derlei Leuten", hatte der Bankier gesagt, „aber Duggan ist tüchtig, er wird Ihnen gute Dienste leisten."

Duggan war ein großer Mann mit hageren Gesichtszügen, die ihm eine gewisse Aehnlichkeit mit Conan Doyle verliehen, wie man ihn auf Bildern sieht, und er tat alles, um diese Aehnlichkeit hervorzuheben.

Peter verpflichtete ihn zu schweigen, und erzählte dann die Geschichte von seiner Gefangennahme und Freilassung. Der Detektiv hörte aufmerksam zu und machte sich Notizen über ihm wichtig erscheinende Einzelheiten. „Wenn ich meine Meinung sagen darf", bemerkte er schließlich, „ist es sehr schade, daß Sie Ihnen den Scheck zurückgegeben haben. Wie Sie ihnen sehr richtig gesagt haben, wären sie bei dem Versuch, den Scheck einzulösen, erwischt werden und säßen längst hinter Schloß und Riegel."

„Ich halte ihre Festnahme gar nicht einmal für wünschenswert", sagte Peter. „Ueberlegen Sie nur, die eine hat ihr Geld durch Gaunereien ihres Vormundes verloren und glaubte, in meinen Gewinnen bei ihr verlorenes Vermögen erhalten."

„Das ist alles sehr schön, Sir, aber wenn jeder, der Geld verliert, gleich das Recht hätte, zur Selbsthilfe zu greifen —"

„Das weiß ich sehr wohl", unterbrach ihn Peter. „Ich möchte aber nur, daß Sie Nachforschungen nach den Mädchen anstellen. Das andere überlassen Sie ruhig mir."

Duggan zückte die Achseln. „Sehr wohl, Sir. Welche Anhaltspunkte haben wir? In den Büchern stand der Name Olive Shelton. Das dürfte die Eigentümerin des Wochenendhauses sein, ich werde das schnell festgestellt haben. Dann ist da dieses Taschentuch, ein kleines, schwarzes Ding. Die Spitze ist handgenäht, der gestickte Anfangsbuchstabe ist aber ein C, kein O." In seinen großen, ungeschickten Händen hielt er das niedliche Ding. „Kann ich es hier behalten?"

„Nein", sagte Peter. „Ich möchte es wieder mitnehmen, aber Sie können sich den Buchstaben abzeichnen."

„Endlich bleibt noch der Wagen, die Limousine, mit der Sie fortgefahren worden sind. Sie trägt die Nummer RM 9574. Auch da werde ich den Eigentümer feststellen können."

„Und wie steht es mit den Handschellen?" fragte Peter.

„Wie meinen Sie das, Sir?"

„Wo kann man Handschellen kaufen? Man kann doch nicht in das erste beste Warenhaus gehen und zu der Verkäuferin sagen: ‚Fräulein, bitte, ein Paar Handschellen für Herren, Größe acht.' Wo bekommt man so etwas? Es kann doch auch nur wenige Geschäfte geben, in denen man Handschellen kaufen kann. Der Verkäufer erinnert sich vielleicht noch an den Kunden."

„Wahrscheinlich stammen sie aus einem Geschäft für Theaterbedarfsartikel", meinte Duggan. „Ich will mal sehen, was da zu machen ist, aber da fällt mir noch etwas anderes ein. Sie sagten, die junge Dame hätte ungefähr einundzwanzig Jahre alt sein können?"

„Vermutlich waren sie alle etwa in diesem Alter, aber bestimmt kann ich das nicht behaupten."

„Wenn die Geschichte wahr ist, müßten also ihre vier Vermögensverwalter Veruntreuungen begangen haben. Vielleicht kann man das aus den Zeitungsmeldungen feststellen. Ist Ihre Wohnung noch genau in demselben Zustande, wie in der Nacht, als man Sie weggeholt hat?"

„Genau so."

„Dann möchte ich Sie dahin begleiten, Sir, wenn Sie gestatten. Vielleicht ist irgend etwas liegen geblieben. Ein geschultes Auge entdeckt manches, was andere nie entdecken würden. Ich werde auch mit dem Portier sprechen, ob ihm etwas verdächtig vorgekommen ist. Schön, schön, ich glaube, Ihnen versprechen zu können, in aller Kürze schon die Namen Ihrer Entführerinnen angeben zu können." Im Vorgefühl seines Erfolges rieb er sich fröhlich die Hände. „Wo kann ich Sie in der nächsten Zeit erreichen?"

„In dieser Woche im St. Michaelshof, in der nächsten in Ellton Park, Warwickshire, bei Mister Gilbert Summers."

12

Während Peter Grey mit seinem Detektiv über seine Entführerinnen redete, hielten die jungen Damen, für die er sich aus einem begreiflichen Grunde so stark interessierte, in Carolines Wohnung einen Kriegsrat ab. Drei von den Verschwörerinnen waren anwesend, Judy Barrett, Bunty Macrae und Caroline selbst. Nancy hatte noch in den Arkadia-Sälen zu tun, mußte aber jeden Augenblick kommen.

Der Vorhang vor dem Fenster war geschlossen, Mister Grey hätte sonst hineinsehen und sie entdecken können. Er hätte sie zwar nicht erkannt, aber ein schlechtes Gewissen macht vorsichtig. Durch die Lücken an der Seite konnte man über den Hofraum bis in seine Wohnung sehen, die sie beinahe mit großem Erfolg heimgesucht hatten.

„Es hilft mir alles nichts", sagte Caroline, „ich muß das Räuberleben wieder aufgeben. Auf bestimmten Gebieten wird eben doch immer der Mann die Oberhand behalten."

„Das bedaure ich gar nicht", sagte Judy. „Ich bin vermutlich ein Feigling. Wäre unser Plan geglückt, so hätte ich keine ruhige Minute mehr gehabt und einen Schüttelfrost bekommen, wenn ich von weitem einen Schutzmann gesehen hätte."

„In dieser Beziehung sind wir leider noch nicht über den Berg", erwiderte Caroline. „Vermutlich gibt es ein Gesetz gegen Entführung von Millionären, und selbst wenn man das Gestohlene am Chausseegraben wieder ablädt, entgeht man nicht der Bestrafung."

„Was steht darauf?" fragte Bunty.

„Ungefähr zehn Jahre Zuchthaus, denke ich. Für mich würde das auf lange Zeit die Frage lösen, wovon und wo ich leben soll."

„Du kommst zu mir", sagte Judy.

„Damit warten wir zunächst noch etwas", antwortete Caroline, „und sehen, wie die Geschichte sich weiter entwickelt. Das Allerschlimmste ist, daß ich mir so schäbig vorkomme."

„Sie hat immer noch Gewissensbisse wegen des Millionärs", spottete Judy, „und was hatte er für hübsche Augen!"

„Es waren gar nicht einmal die Augen allein", erklärte die Haupträdelsführerin. „Hinzu kam sein anständiges Benehmen, sein Anerbieten, uns helfen zu wollen. Ich bin genau so froh wie ihr, daß alles überstanden ist."

„Sollte mich sehr wundern, wenn es das wäre", sagte da Judy. „Er versucht doch bestimmt, herauszubekommen, wer wir sind."

„Das schon, aber der Versuch ist unnütz. Er hat es mir auch selbst gesagt, ich glaube, davor brauchen wir keine Angst zu haben. Aber es ist ein etwas unbehagliches Gefühl, so in seiner Nähe zu wohnen, ich habe schon an Daphne Summers telegraphiert, ob ich nicht ein oder zwei Tage früher zu ihr kommen kann, dann kann ich ihm zunächst aus dem Wege gehen. Für euch beide dürfte es keine Gefahr geben; er hat euch kaum gesehen. Bunty fällt zwar schon eher auf wegen ihrer Größe, aber von ihr hat er eigentlich am wenigsten zu sehen bekommen. Unsere Verkleidungen waren doch ausgezeichnet."

Während sie noch sprach, öffnete sich die Tür, und Nancy trat ein. Sie sah sehr erregt aus und warf einen Briefumschlag auf den Tisch.

„Das könnt ihr teilen", rief sie. „Ich habe es verdient."

Die andern sahen sich überrascht an, weil sie sich so merkwürdig benahm. Ihr Gesichtchen war stark erhitzt, ihre Augen hatten einen leuchtenden, aber gar nicht glücklichen Schimmer. Sie sprach so seltsam abgerissen.

„Was ist dir, Kind?" fragte Caroline. „Ist etwas passiert?"

„Sieh nach", kam kurz die Antwort.

Die drei sahen sich überrascht an. Nancy war empfindlicher als Bunty, ihre große Schwester, manchmal war sie auch etwas verstimmt, aber grob oder mißtrauisch war sie nie gewesen. Es mußte ihr etwas Ungewöhnliches zugestoßen sein. Ihre Schwester trat an den Tisch und nahm den Umschlag auf, aus dem sie eine Anzahl zusammengefalteter, dünner Papiere nahm.

(Fortsetzung folgt.)

Amerikana

Kidnapping an einem Affen ist im Zoo von Cleveland (Ohio) verübt worden. Die Zoodirektion erhielt von den Gangstern die Mitteilung, daß das geraubte Schimpansenbaby getötet würde, wenn es nicht mit 5000 Dollar ausgelöst würde. Die Zoodirektion zahlte den Preis.

Der Geistliche Ph. Ph. Lawrence aus Hamburg (Arkansas) vermag die ganze Bibel rückwärts zu zitieren.

Die Stadtverwaltung von Bronx hat eine Konkurrenz verboten, bei der der schönste Nabel preisgekrönt werden sollte.

Der Farmer Thomas Brew hält sich seit Wochen nur in der nördlichen Seite seines Hauses auf, das auf der Grenze zwischen Maine und Neubraunschweig liegt. Sowie er die Südseite betritt, wird er verhaftet, weil er von USA.-Detektiven wegen einer in USA. begangenen Scheckfälschung verfolgt wird, in Kanada (Nordseite) aber nicht verhaftet werden kann.

Die Siedlung Gambetta im Staate Wyoming besteht aus 330 alten Pullmanwagen, die zu Wohnungen umgearbeitet sind.

Gegen Einwurf von einem Dollar in einen Automaten kann in Newyork jeder heiratslustige Mann eine Liste der Mädchen erhalten, deren Alter, Größe und sonstige Eigenschaften er auf einer Tabelle des Automaten mit einem Zeiger einstellt.

Boxkämpfe der „Baby-Kategorie" bilden eine Attraktion im Vergnügungsviertel von Los Angeles. Die „Kämpfer" dürfen nicht älter als viereinhalb Jahre sein.

Jeder Einwohner von Sheridan (Wyoming), der mindestens 25 Bäume eigenhändig gepflanzt hat, hat Anspruch auf einen Orden.

Ein Prozeßbericht aus Newyork meldet: Der Polizist Tim Austin wurde zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er seinem neugeborenen Sohn, der mit einem Affenschwanz auf die Welt gekommen war, diesen mit dem Dienstrevolver abschoß und dabei auch ein Fenster zertrümmert hatte.

Bei einem Wettkochen in San Franzisko wurde festgestellt, daß das beste englische Roastbeef von dem chinesischen Koch Sung-fin hergestellt wurde. Darauf hat Sung-fin um einen Posten bei der Gesandtschaft nachgesucht.

Hemden mit aufgemalter Krawatte werden neuerdings in den Seebädern von Florida getragen.

Paul Ronaldson, Lagerhausbesitzer in Buffalo, hat in Krankenhäusern schon mehr als 7000 Blinddärme in Spiritus zusammengekauft.

Frau Elvina Franklin aus Leavenworth (Mississippi) hat ihr zehntes Kind bekommen; im Privatberuf ist sie „Dame ohne Unterleib" auf Jahrmärkten.

Eine Chikagoer Bank hat drei neue Nachtwächter gesucht, die gut bellen können, damit Diebe und Einbrecher irregeführt werden.

(MTP.)

Die Gefangene im Männergefängnis

In einem Skandalprozeß in Paris stand ein junges Mädchen wegen Zuhälterei vor Gericht. Sie hatte ein bewegtes Leben hinter sich und trug — mit Erlaubnis der Polizei — Männerkleider, was in gewissen Fällen nicht als Verbrechen gilt. Aber ihre Freundin und sie waren des Diebstahls angeklagt, und in den Prozeßakten wird ihr Beruf als „Zuhälter" angegeben. Als man sie vorführen lassen wollte, kam aus dem Pariser Frauengefängnis, Petite Roquette, die Meldung, daß dort eine Insassin dieses Namens nicht geführt würde. Und erst da kam es heraus, daß man das Mädchen unter ihrem angenommenen männlichen Namen in ihren Männerkleidern auch ins Männergefängnis gesteckt hatte.

Der Feldzug der 8000 Frauen

MTP. London, Ende Juni.

London zittert, London ist verlegen, London lächelt, London weiß nicht genau, was es davon halten soll. Wovon, und was ist los? Achttausend alte Jungfern, im blühenden Alter von 55 bis 65 Jahren, sind aus allen Teilen des Landes zusammengekommen, haben sozusagen einen Marsch auf London veranstaltet und weilen nun in der Hauptstadt des Königreiches, um zu protestieren und zu kämpfen. Eine nette Invasion, eine hübsche Ueberraschung für die Season!

Englische Damen gesetzteren Alters sind, wie man auch auf dem Kontinent weiß, eine große Kuriosität. Sie sind ebenso lebhaft im Temperament und ungeniert in ihrer Haltung wie jugendlich im Aussehen, was die Kleidung betrifft. Es gehört nun einmal zur englischen Tradition, daß man, je reifer man wird, desto farbenfreudiger sich kleidet. Man weiß auch, wenn ältere englische Damen sich irgend etwas in den Kopf gesetzt haben, so kann keine Macht der Welt sie daran hindern, ihre Pläne auszuführen.

Nun, die 8000 unverheirateten Misses, die jetzt in London weilen, sind nicht zum Spaß gekommen. Sie wollen nichts Geringeres als die Gewährung einer allgemeinen Staatspension für jede unverheiratete englische Frau, die das 55. Lebensjahr erreicht hat. Nach einem Gesetz aus dem Jahre 1925 hat jeder lebendige Brite und jede Britin, deren Wocheneinkommen weniger als 2½ Pfund beträgt, von seinem 65. Lebensjahr an das Recht auf eine Staatspension von wöchentlich rund einem halben Pfund (etwa 13 Danziger Gulden). Das ist ein sehr schönes Gesetz, aber den unverheirateten Frauen ist eben die Altersgrenze zu hoch. Die temperamentvolle Miß Florence White, die Führerin des „Jungfernmarsches" auf London, erklärt: „Bisher sind nur ungefähr 175 000 unverheiratete Frauen in den Genuß der Pension, mindestens 600 000 aber gehen leer aus, weil sie sich im Alter zwischen 55 und 35 befinden. Aber eine Frau, die 55 Jahre geworden ist, verheiratet sich nicht mehr. Was soll aus ihr werden? Der Staat ist dazu da, um ihr zu helfen. Wir werden nicht eher ruhen, bis wir unsere Forderungen durchgesetzt haben."

Man kann sich darauf verlassen, daß die temperamentvollen Misses in der Tat ihre Forderungen durchsetzen werden. Die Frauen haben schon vieles in England durchgesetzt, besonders die älteren, und die Erinnerung an die Sufragettenkämpfe der Vorkriegszeit klingen noch manchem alten Parlamentarier böse in den Ohren. Damals halfen weder Polizei noch Gefängnis. Nun, diesmal sieht es friedlicher aus. Aber wie vor 30 Jahren verstehen es auch diesmal die Frauen, sich zu organisieren, fulminante Versammlungen abzuhalten und die Oeffentlichkeit für sich zu interessieren. Die erste Kundgebung der 8000 alten Jungfern in der King's Way Hall war überfüllt. Die Frauendelegierten am Vorstandstisch sahen sehr eindrucksvoll aus: sie trugen nämlich alle die gleichen heliotropfarbenen Kleider und Hüte und große Heliotropsträuße im Gürtel. Unter dem Zeichen dieser sanften Blume wollen sie sich das Unterhaus gefügig machen. Es wird ihnen gelingen. E. W.

Heiratsschwindler heiratet zwei Schwestern. Lipu Corbea aus Bukarest heiratete in dieser Stadt die junge Ina Mannlescu, die ihm ein großes Vermögen in die Ehe brachte. Bald erfuhr er, daß Ina noch eine Schwester in der Provinz hätte, Ileana mit Namen, und unter dem Vorwand, Ileana mit einem Geschäftsfreund verheiraten zu wollen, reiste er zu ihr, stellte sich als dieser Geschäftsfreund vor und — heiratete Ileana, die ebenfalls sehr vermögend war. Erst als beide Schwestern hinter den Schwindel kamen und als der Betrüger schon längst mit dem Gelde außer Landes weilte, fand man heraus, daß er unter verschiedenen Namen bereits 19 Frauen in Bukarest und Umgebung geheiratet hatte.

Bewegter Monat in der polnischen Politik

—m. Warschau, Ende Juli.

Der abgelaufene Monat hat in Polen wirtschaftspolitische Entscheidungen von großer Tragweite gebracht. Er spiegelte die Bewegungen und Gärungen im Lande in einer Reihe von großen politischen Prozessen wieder, die teilweise recht dramatisch verliefen und lebhaftes Echo in der Bevölkerung fanden. Die Innenpolitik der Regierung bereitet größere Aktionen erst für einen späteren Zeitpunkt vor, tastete die Möglichkeiten dafür aber bereits in einigen aufschlußreichen Vorstößen ab. Auch außenpolitisch befindet sich Polen — wie ganz Europa — in einem Zeitraum des Uebergangs, der die rührige und elastische Diplomatie des Außenministers Beck aber keineswegs müßig sieht. In der Anpassung an die Linksschwenkung in Frankreich wie an den afrikanischen Sieg Italiens und auch in der Vorbereitung für verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten in Mitteleuropa ist die polnische Politik manchen anderen Staaten im Laufe des Juni wieder ein gutes Stück voraus gekommen.

*

Die amtliche Warschauer Wirtschaftspolitik hat unter der Führung des Finanzministers Kwiatkowski jetzt wenigstens für eines ihrer wichtigsten Arbeitsgebiete, für die öffentlichen Investitionen, einen Plan auf lange Sicht aufgestellt. Am 1. Juli soll dieser Vierjahresplan Kwiatkowskis in Wirkung treten. Der Gleichklang des Namens mit den russischen Fünfjahresplänen darf nicht zu dem Mißverständnis Anlaß geben, als ob es sich hier ebenfalls um eine Gesamtregelung der volkswirtschaftlichen Produktion handeln würde. Das polnische Programm ist weit bescheidener, hat dafür aber den Vorzug der leichteren Durchführbarkeit. Es faßt die vorhandenen und noch aufzubringenden öffentlichen Mittel für die Finanzierung von Notstandsarbeiten systematisch zusammen und will sie von Jahr zu Jahr vorsichtig vermehren. Insgesamt sollen bis zum 1. Juli 1940 1800 Millionen Zloty dafür aufgebracht werden, im ersten Jahr aber nur 340 Millionen. Die Zahl der Erwerbslosen, die man so in Arbeit zu bringen hofft, soll im zweiten Jahr bereits 200 000 betragen. „Für die soziale Not zu wenig, für die vorhandenen finanziellen Mittel zu viel," so hat der konservative Fürst Radziwill diesen Plan kritisiert. Aber der Finanzminister ist zuversichtlich; er glaubt, die rechte Mitte zwischen Zu-wenig und Zu-viel gefunden zu haben, und setzt sein Vertrauen auf die in der Weltwirtschaft deutlich, in Polen wenigstens in Ansätzen festzustellende Besserung der Konjunktur.

Dieser internationale Aufschwung kann vor allem dem polnischen Export Hilfe bringen. Dagegen rechnet man in Warschau nicht mehr mit Entlastung vom Ausland in Form von Kapitalzufuhr. So ist denn auch die Politik, welche den Kapitalimport anlocken und fördern sollte, die Offenhaltung des internationalen Zahlungsverkehrs, endgültig aufgegeben worden. Nach der vor zwei Monaten eingeführten Kontrolle des Devisen- und Valutenhandels ist die polnische Regierung einen Schritt weiter gegangen und hat grundsätzlich die Ueberweisung von Zinsen- und Tilgungssummen für die ausländischen Anleihen des Staates und der Selbstverwaltung, aber auch für sonstige sog. Finanzschulden bis auf weiteres eingestellt. Diese Beträge werden auf Sperrkonten bei der Notenbank gutgeschrieben und können nur durch Ankauf von polnischen Waren mobilisiert und ins Ausland überführt werden. Die Methode ist aus dem Vorgehen des Deutschen Reichs und einer Reihe von anderen europäischen Staaten bereits bekannt. Das Finanzministerium hofft, die polnische Zahlungsbilanz damit um jährlich mindestens 100 Millionen Zloty zu entlasten, den Goldvorrat der Bank von Polen vor weiteren Abzügen zu sichern, dadurch auch den Zloty stabil zu erhalten und auf weite Sicht die auswärtige Kapitalbeschaffung durch Anreiz zur inneren Kapitalbildung zu ersetzen.

*

Wie sehr das Land vorläufig noch durch die Wirkungen der Wirtschaftskrise politisch aufgewühlt ist, haben die eingangs erwähnten großen Sensationsprozesse unzweideutig klargestellt. In Oberschlesien wurde das Strafverfahren gegen eine illegale deutsche Organisation durchgeführt, die sich „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterbewegung" nannte, ihre Mitglieder auf Adolf Hitler vereidigte, die Rückkehr der polnischen Wojewodschaft Schlesien zum Reich durch eine neue Volksabstimmung propagierte, aber von den offiziellen deutschen Stellen nach ihrer Aufdeckung in jeder Weise abgeschüttelt wurde. Die Angeklagten waren fast durchweg arbeitslose Proletarier, welche durch die Behauptung angelockt wurden, wer zu Hitler halte, bekomme im Reich Brot und Lohn. Sie haben diesen Glauben bitter büßen müssen, da sie wegen Geheimbündelei, versuchten Landesverrats und ähnlicher Straftaten Gefängnis bis zu je 10 Jahren erhielten. Zwei von ihnen haben während der Voruntersuchung oder der Hauptverhandlung Selbstmord verübt, ein dritter starb in der Haft an einem Herzschlag als Folge der Erregung. Die Auswirkung des Prozesses ist nach übereinstimmenden Berichten aus Oberschlesien in der Zerstörung der Illusionen zu sehen, daß der dortigen deutschen Bevölkerung in ihren sozialen und national-kulturellen Nöten eine Hilfe von jenseits der Grenze kommen könnte. Viele deutsche Familien wandern schon seit dem Vorjahr wieder ab. Wenn im nächsten Jahr der Genfer Uebergangsvertrag für das oberschlesische Abstimmungsgebiet außer Kraft tritt, wird die Einordnung der Wojewodschaft Kattowitz nicht nur in den polnischen Staatsverband, sondern auch in das polnische Volkstum bereits viel weiter gediehen sein, als noch vor wenigen Jahren — zur Zeit des internationalen Minderheitenschutzes — vorauszusehen war.

Auch andere nationale Minderheitenfragen Polens kamen wieder im Gerichtssaal zur Sprache. In Radom fanden blutige Zusammenstöße ihr juristisches Nachspiel, die in der kongreßpolnischen Kleinstadt Przytyk zwischen Polen und Juden vorgekommen waren. Die vier Anhänger des polnischen Rechtsradikalismus, welche laut Anklageakt im Verlauf dieser Ereignisse ein jüdisches Ehepaar ermordeten, erhielten aber vom Gericht wegen Mangels an Beweisen einen Freispruch. Dagegen wurden mehrere Juden, welche aus Revolvern auf ihre Gegner geschossen hatten, zu sechs bis acht Jahren Kerker verurteilt, da die Richter nicht anerkannten, daß Notwehr vorlag. Der soziale Hintergrund der judenfeindlichen Bewegung — Konkurrenz neuer Mittelstandsschichten in Form von antisemitischer Boykottpropaganda — wurde durch die Beweisaufnahme in bedenkliches Licht gerückt. Ein dritter Prozeß in der Posener Kreisstadt Lissa zeigte, wie die rechtsradikale Agitation sich auch gegen die Regierung und ihre Anhängerschaft wendet und die Gewaltmethoden gegen Amtsgebäude und Träger der Staatshoheit richtet. Noch krasser trat das in einem abenteuerlichen Vorfall zutage, dessen Schauplatz die galizische Stadt Myslenice war. Dort erschien nächtlich ein nationaldemokratischer Unterführer der Gegend, auch im übrigen Polen als verstiegen-reaktionärer Schriftsteller bekannt, ein gewisser Dobrzynski, mit einer Gruppe von Gefolgsleuten, „eroberte" unter Gesang die Polizeiwache und das Landratsamt, erlaubte sich schwere Tätlichkeiten sowohl in diesem Amtsgebäude wie im Judenviertel und rückte und rückte dann von herannahenden Polizeiverstärkungen in die Wälder aus. Der Innenminister General Sladkowski hat bei dieser Gelegenheit scharf durchgegriffen und außer der Verfolgung der Schuldigen auch die Verbringung einiger rechtsnationaler Führer der Provinz als moralisch mitverantwortlich in das ostpolnische Konzentrationslager angeordnet.

*

In einer Programmrede vor dem Sejm hat General Sladkowski als Ministerpräsident auch bereits gewisse Andeutungen gemacht, wie er sich die positive Zusammenfassung seiner politischen Freunde zu einer neuen Regierungspartei denkt. Er hat eine Verbreiterung des früheren Pilsudski-Lagers sowohl nach links, zu den Sozialisten hin, wie nach rechts, zu den Nationaldemokraten, abgelehnt und auch scharfe Worte gegen die emigrierten Führer der demokratischen Bauernpartei gesprochen. Aber der organisatorische Aufbau der künftigen Regierungspartei, der von dem ehemaligen Notenbankpräsidenten Oberst Koc geleitet wird, ist damit noch nicht geklärt. Der Armeeführer, General Rydz-Smigly, welchem sich Sladkowski und Koc bedingungslos unterordnen, hat inzwischen an einer großen Bauernkundgebung in Galizien teilgenommen, wo ihm Entschließungen für die Wiederkehr der emigrierten demokratischen Führer überreicht wurden, die er auch entgegennahm. Ebenso sprach sich der neue Propagandachef des Kabinetts für einen Ausgleich mit der gemäßigten Linken aus, während andererseits die demokratischen Bauern gesinnungsmäßig und programmatisch wieder eng mit den sozialistischen Arbeitern verbunden sind. Die Abgrenzungen der politischen Fronten sind also noch in Bewegung. Eine Auseinandersetzung zwischen führenden Regierungsmitgliedern und den konservativen Sprechern des Großgrundbesitzes und der Großindustrie im Senat, in welcher von der Ministerbank beinahe klassenkämpferische Töne angeschlagen wurden, ist daher auch noch nicht das letzte Wort über die weiteren Beziehungen zwischen der Staatsführung und den besitzenden Klassen.

*

Die wichtigste außenpolitische Aktion Polens im abgelaufenen Monat war die Aufhebung der Sanktionsmaßnahmen gegen Italien, mit denen der Außenminister Beck den Regierungen anderer Staaten gerade so viel zuvorkam, um den Italienern eine Freude zu machen, ohne die Engländer zu verärgern. In Rom hatte man diese Initiative wohl eher von der neuen französischen Regierung erwartet, die sich aber aus grundsätzlichen Erwägungen dabei mehr zurückhielt. Die polnischen Beziehungen zum neuen Linkskabinett des verbündeten Frankreich haben darunter nicht gelitten, und es scheint, daß man sowohl in Paris wie in Warschau auch sonst an der bisherigen nüchternen, aber positiven Handhabung dieses Bündnisses festhält. Polen hat einen neuen Botschafter nach Frankreich entsandt, der im Gegensatz zu seiner Vorgänger selbst aus dem Lager der Linken stammt. Der bürgerliche Außenminister der Regierung Blum, der Radikale Delbos, sprach in seiner Antrittsrede von der Suche nach neuen Wegen zur Belebung der Zusammenarbeit mit Polen; er hat dann auch bereits sehr gründlich mit Beck in Genf konferiert. Die Vorstellung, daß Warschau einseitig an Berlin gebunden wäre, muß daher nach wie vor durch den Hinweis auf die Fortdauer der Bindungen mit Frankreich berichtigt werden. Die polnische Politik bleibt auch unverändert völkerbundtreu, eine Tatsache, die für ihre Haltung in den Danziger Fragen formell ausschlaggebend ist. Die letzten Vorstöße gegen den Völkerbundskommissar Lester haben in der Warschauer Presse bezeichnenderweise nicht ein einziges Wort der Zustimmung gefunden. Polen wird die Abwehr Genf überlassen, aber man weiß, daß es in Genf seine Rechte als Ratsmacht voll in Anspruch nimmt und daher auch seine Pflichten als solche nicht vernachlässigt.

Aus aller Welt

Schwerer Unfall der SS.-Leibstandarte

4 Tote, 6 Schwerverletzte

Der Musikzug der SS.-Leibstandarte befand sich am Mittwoch auf der Heimkehr von einer Konzertreise im Westen des Reiches. Zwischen Burg und Genthin durchfuhren die Wagen eine stark ansteigende Strecke. Aus der entgegengesetzten Richtung kam von Genthin her ein Lastwagen mit Anhänger, der auf der durch einen niedergegangenen Wolkenbruch schlüpfrig gewordenen Asphaltstrecke ins Schleudern geriet. Der Fahrer konnte den schweren Zug nicht mehr zum Halten bringen und fuhr gegen einen Baum. Hier rutschte der Anhänger so unglücklich über die Straße, daß er mit voller Wucht die Seitenwand des zweiten Autobusses der SS.-Leibstandarte in ihrer ganzen Länge aufriß. Zwei Personen des Musikzuges waren sofort tot, zwei weitere verstarben kurz nach ihrer Einlieferung im Burger Kreiskrankenhaus. Außerdem befinden sich im Krankenhaus zur Zeit noch sechs Schwerverletzte und eine Anzahl von Leichtverletzten.

Der erste Autobus, der die Höhe bereits überwunden hatte, bemerkte von dem Unfall nichts, und erst in Berlin erfuhren die Insassen von dem schweren Unglück.

Das Einsturzunglück in der Hermann-Göring-Straße

48. Verhandlungstag

Die Beweisaufnahme im Berliner Baunglücks-Prozeß erreichte am Mittwoch einen neuen Höhepunkt mit der Vernehmung des Regierungs- und Baurates Schuppan vom Berliner Polizeipräsidium. Dieser Zeuge äußerte sich über die Entwickelungsgeschichte des Baues der Nordsüd-Westbahn sowie über die nach dem Einsturz auf wissenschaftlicher Grundlage durchgeführten Vermessungsarbeiten zur Ermittlung der Einsturzursache. Im Anschluß daran äußerte sich Baurat Schuppan über seine Eindrücke an der Unglücksstelle und erklärte, daß sich ein klares Bild erst dann gewinnen ließ, als der östliche Rettungsstollen bis zur Sohle heruntergetrieben war und die Träger 239—248 freigelegt und vermessen werden konnten.

Unwetter in Dänemark

Blitzschlag und Ueberschwemmungen

Ueber der Insel Seeland und einem Teil Nordjütlands entlud sich am Dienstag in der Nähe von Hellern bei Kopenhagen ein Unwetter. Dabei schlug ein Blitz in das Leitungsnetz der elektrischen Bahn, so daß auf den Vorortstrecken alle Züge stehen blieben und der Verkehr erst nach 1½ Stunden wieder aufgenommen werden konnte. — Durch Blitzschlag wurde in Kopenhagen der Straßenbahnverkehr in Mitleidenschaft gezogen. Um 19 Uhr schlug ein Blitz in den Rathausturm und brachte das Glockenspiel zum Schweigen. Von dem starken, teilweise wolkenbruchartigen Regen — die Niederschlagsmenge in Kopenhagen betrug 17½ Millimeter — wurden in verschiedenen Teilen der Stadt Ueberschwemmungen verursacht. In einer Schwimmhalle wurden die Kellerräume von den Wassermassen, die die Kanalisationsrohre nicht fassen konnten, überschwemmt. Das flüssige und schlammige Wasser drang bald in alle Gänge und zwang etwa 150 Badegäste zu eiliger Flucht.

Bei Allborg in Nordjütland war das Unwetter von einem Wirbelsturm begleitet. In der Umgegend der Stadt wurde von einem Blitz ein auf dem Felde beschäftigter Arbeiter erschlagen.

Schwere Gewitter und Wolkenbrüche über Berlin

Berlin und Vororte wurden am Mittwochnachmittag von Gewittern heimgesucht, die zum Teil außerordentlich schwer waren. Zahlreiche Blitzschläge und Wolkenbrüche richteten in verschiedenen Stadtteilen verheerenden Schaden an. Sämtliche Wachen der Berliner Feuerwehr hatten den ganzen Nachmittag über Ausnahmezustand. Weite Strecken des Straßenbahnnetzes konnten wegen Ueberschwemmungen nicht befahren werden und einzelne U-Bahnabschnitte mußten ebenfalls zeitweise wegen Ueberflutung außer Betrieb gesetzt werden. Erst gegen 19 Uhr ließen die Unwetter nach.

Doppelmord

Der Milchhändler Maibach und seine Ehefrau wurden am Mittwochvormittag in Bad Homburg erschlagen in ihren Betten aufgefunden. Die Tat wurde vermutlich mit einem Beil ausgeführt. Maibachs Haus liegt außerhalb des Ortes. Der 20jährige Sohn ist mit seinem Fahrrad verschwunden. Man nimmt an, daß er der Mörder ist. Erst am Dienstag hatte es wieder schweren Streit zwischen ihm und den Eltern gegeben.

Aus dem Osten

Paßschwierigkeiten

Keine Teilnahme deutscher Sänger aus Polen an dem Sängertreffen in Elbing

Am Sonnabend berichtete das „Pommereller Tageblatt", daß der Männergesangverein Dirschau zu dem Sängerfest nach Elbing fahren würde, da in letzter Stunde die Genehmigung für die Ausstellung von 50 Pässen eingetroffen sei. Der erste Antrag auf Erteilung von Freipässen war ganz abgelehnt worden. Die Wojewodschaft war in letzter Stunde vom Ministerium angewiesen worden, einen Sammelpaß für 50 Personen auszustellen. Da Freipässe beantragt waren, war die Ueberraschung um so größer, als von jedem Teilnehmer eine Paßgebühr von 80 Zloty gefordert wurde, insgesamt also 4000 Zloty. Die Aufbringung dieser Summe war eine Unmöglichkeit. Die Fahrt nach Elbing mußte unterbleiben.

Eisenbahnunglück bei Wreschen

Drei Tote, fünf Verletzte

In der Nähe von Wreschen (Wojewodschaft Posen) ist am Mittwoch ein Personenzug entgleist. Dabei wurden der Lokomotivführer, der Heizer und ein Postbeamter getötet, während ein Eisenbahnbeamter und vier Fahrgäste verletzt wurden.

„Sing mit Kamerad" beschlagnahmt

Eine polnische Maßnahme

Nachdem erst vor kurzem die polnischen Behörden das Liederbuch der Deutschen in Polen „111 Lieder" beschlagnahmt hatten, wurde nunmehr auch die Beschlagnahme des Liederbuches der Jungdeutschen Partei „Sing mit, Kamerad"" angeordnet. Die bei den Ortsgruppen sowie in den deutschen Buchhandlungen vorhandenen Exemplare des Liederbuches wurden von der Polizei beschlagnahmt. Die beschlagnahmten „111 Lieder" sind in einem Danziger Verlag erschienen.

„Eichendorff"-Schule

Das Schulkuratorium in Posen hat den Namen Eichendorff-Schule für die deutsche Privatschule in Dirschau abgelehnt. In der Begründung heißt es u. a., daß der Name des für die Schule gewählten Patrons nicht der Bestimmung der Schule für allgemeine Schulerziehungszwecke entspreche. Als Patron könnten nur hervorragende Persönlichkeiten gewählt werden, die sich entweder um die Idee der deutsch-polnischen Verständigung und das Zusammenleben der beiden Völker bei Schätzung des gegenseitigen kulturellen Wertes beider Völker verdient gemacht hätten, oder aber Persönlichkeiten aus der Literatur oder dem kulturellen Leben.

Die deutsche Privatschule ist nun gezwungen, einen neuen Namen für die Schule zu wählen.

30 000 Zloty unterschlagen

Jan Rychert ist in sämtlichen Gdingener Nachtlokalen ein bekannter und gern gesehener Gast, da er stets ansehnliche Zechen macht. Seit einigen Tagen hat er nun seine Besuche bei den Kabaretts und Tanzdielen eingestellt. Den Grund sollte man bald erfahren. Man sah ihn nämlich unter polizeilicher Begleitung zum Bahnhof gehen, um eine kleine Reise nach Neustadt ins Gefängnis anzutreten. Gleichzeitig wurde bekannt, daß Rychert eine längere Freiheitsstrafe abzusitzen hat, da er seinen Arbeitgeber durch Unterschlagungen um über 30 000 Zloty geschädigt hat.

Der lebende Tote

Auf dem Wehlauer Standesamt erschien die 61jährige Henriette Adelberg und teilte dem Standesbeamten mit, daß ihr 82 Jahre alter Mann an Altersschwäche gestorben sei. In Anbetracht des hohen Alters hatte der Standesbeamte keine Bedenken und stellte der Frau die Urkunden aus. Von hier begab sich die Frau zum Lebensversicherungsvertreter und verlangte die Auszahlung des Sterbegeldes in Höhe von 250 Reichsmark, die sie jedoch nicht erhielt, da der Vertreter die Versicherungspapiere verlangte. Der Vertreter traf kurz darauf eine Hausgenossin der Adelberg und kam dabei auch auf den Tod des Adelbeg zu sprechen. Die Frau war sehr erstaunt und erklärte, sie hätte soeben den Adelberg aus dem Gasthaus kommen sehen. Nun ging der Vertreter in das angebliche Sterbehaus und traf tatsächlich den Adelberg wohlauf. Die Adelberg hatte außerdem beim Pfarramt das Begräbnis und beim Tischler den Sarg bestellt.

DANZIGER
GEGR. 1821
SPARKASSEN-ACTIEN-VEREIN
MILCHKANNENGASSE 33-34
Bestmögliche Verzinsung von
Gulden-Reichsmark-Dollar und Pfund

Wirtschaft-Handel-Schiffahrt

Der ehrliche Makler

Der Meinungsaustausch zwischen Präsident Greiser und Minister Roman

Bei dem Besuche des polnischen Handelsministers Roman in Danzig fand, wie schon berichtet, im Roten Saal des Danziger Rathauses ein vom Danziger Senat veranstaltetes Essen statt. Die dabei gehaltenen Reden sind in mehr als einer Beziehung aufschlußreich.

Die Ansprache des Danziger Senatspräsidenten hebt vor allem, in einem beinahe beschwörenden Tone die Wichtigkeit Danzigs für den polnischen Außenhandel hervor, die es im eigenen Interesse Polens erheische, daß Danzigs Lebensraum erhalten werde. Besondere Bedeutung gewinnen diese Ausführungen des Danziger Senatspräsidenten noch dadurch, daß neue Zahlen über die Passivität der Danziger Handelsbilanz im Verkehr mit Polen gegeben werden.

Der wirtschaftliche Kern der Rede und der Grund, weshalb man ihr besondere Beachtung schenken muß, steckt im wesentlichen in folgenden Ausführungen:

„Wenn Danzig es als seine wirtschaftspolitische Aufgabe betrachtet,

ein ehrlicher Makler zwischen der polnischen und der Weltwirtschaft

zu sein, so muß es naturgemäß heute, wo die außenwirtschaftlichen Probleme für Polen im Hinblick auf das von der polnischen Regierung aufgestellte neue Wirtschaftsprogramm eine besondere Rolle spielen, in die Lage versetzt werden, bei der Ausgestaltung des polnischen Außenhandels und bei der Förderung der devisenschaffenden Ausfuhr noch mehr als bisher tätig mitwirken zu können.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf einige interessante Tatsachen hinweisen, die die Bedeutung Danzigs für die Außenwirtschaft Polens in charakteristischer Weise illustrieren. An Hand der durch die Guldenbewirtschaftung gegebenen statistischen Kontrolle ist feststellbar, in welchem Umfange Danzig polnische Waren für seinen eigenen Bedarf bezieht.

Im abgelaufenen Jahre, d. h. von Juni 1935 bis Juni 1936, hat die Bank von Danzig für die Wareneinfuhr aus Polen für den Danziger Eigenbedarf 112,5 Millionen Zloty zugeteilt. Nach der polnischen Außenhandelsstatistik im letzten Jahre marschiert England mit 181 Millionen Zloty an der Spitze als Abnehmer polnischer Waren, nach ihm das Deutsche Reich mit 140 Millionen Zloty. Unmittelbar hinter diesen beiden großen Staaten folgt Danzig mit 112,5 Millionen Zloty, und nach ihm erst im weiten Abstand die anderen Staaten. Danzig ist also tatsächlich trotz der Kleinheit des Staatsgebietes der drittgrößte Abnehmer polnischer Waren.

Da umgekehrt die Ausfuhr Danziger Waren nach Polen nur auf etwa 70 bis 75 Millionen Zloty geschätzt werden kann, ist also die polnische Handelsbilanz gegenüber Danzig mit 25 bis 30 Millionen Zloty aktiv.

Danzig ist somit mit diesem Betrage von 25 bis 30 Millionen Zloty einer der wichtigsten Devisenbringer für Polen,

und zwar in baren freien Devisen im Gegensatz zu anderen Staaten, mit denen Polen nur im Verrechnungswege Geschäfte tätigt.

Danzig kann aber nur dann in diesem Umfange weiterhin ein Devisenbringer bleiben, wenn sein Wirtschaftsleben, insbesondere sein Hafenverkehr, nicht einer zunehmenden Verkümmerung entgegengeht, sondern die Möglichkeit behält, durch eine Belebung seiner Wirtschaft seinen eigenen Interessen und damit auch unmittelbar dem wirtschaftlichen Interesse Polens zu nützen. Gerade für die Wirtschaftspolitik Polens im Verhältnis zu Danzig scheint mir daher das Wort Goethes zu gelten: „Soll es reichlich zu dir fließen, reichlich andere laß genießen."

Auch in anderer Hinsicht ist die Freie Stadt Danzig für Polen ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Ich meine in seiner Stellung als

Finanzplatz.

Von den kurzfristigen Krediten aus dem Ausland, die von den polnischen Banken in Anspruch genommen werden, stammen, nach amtlichen polnischen Ziffern, rund 75 Millionen Zloty aus Frankreich, 55 Millionen Zloty aus England, 45 Millionen Zloty aus Deutschland und 20 Millionen Zloty aus Danzig. Alle anderen, insbesondere westeuropäische Staaten, wie Holland, Belgien und die Schweiz, folgen als Kreditgeber erst in weitem Abstand hinter Danzig.

Danzig ist also im Verhältnis zu anderen großen Staaten ein nicht zu verachtender Bankier für Polen. Danzig diese Stellung als Finanzplatz und führender Markt für den Zlotyhandel zu erhalten, liegt daher im eigensten Interesse der Kreditwirtschaft Polens.

Aus diesen Darlegungen scheint uns vor allem hervorzugehen, daß es bisher nicht gelungen ist, die neue politische Annäherung an Polen wirtschaftlich in befriedigendem Maße zu untermauern. Wenn der Senatspräsident unter Hinweis auf die Rolle Danzigs als Kunde Polens, der längst nicht so viel nach Polen verkauft wie er daraus bezieht, also unter Appell an die egoistischen Außenhandelsinteressen Polens den Hafenverkehr vor weiterer Verkümmerung geschützt wissen will, so offenbart dies, daß es bisher noch nicht gelungen ist, eine befriedigende Regelung der Hafenfrage zu erwirken und die Danzig abgeneigten Tendenzen des polnischen Außenhandels zu überwinden. Insbesondere der hochwertige Einfuhrverkehr ist immer mehr nach Gdingen abgewandert, so daß einer [illegible] Beteiligung Gdingens mit 93,3 Prozent am polnischen Gesamtimport heute nur noch eine wertmäßige Beteiligung Danzigs von 6,7 Prozent gegenübersteht, ein Zahlenverhältnis, das für die heutige Lage des Danziger Hafens Bände spricht und mit Recht Anlaß zu den größten Bedenken gibt. Mit diesem Appell beabsichtigt der Danziger Senatspräsident anscheinend, den Hafenverhandlungen, über die es in letzter Zeit völlig still geworden ist, neuen Impuls zu geben.

Der im Anfang der von uns zitierten Ausführungen des Senatspräsidenten enthaltene Wunsch, daß Danzig in die Lage versetzt werden möge, noch mehr als bisher tätig bei der Ausgestaltung des polnischen Außenhandels mitwirken zu können, ist ebenso wie der am Schluß befindliche Appell, Danzig seine Stellung als Finanzplatz und Markt für den Zlotyhandel zu erhalten, angesichts der Danzig-polnischen Uebereinkommen über die Beseitigung der Auswirkungen der polnischen Devisenwirtschaft auf Danzig nicht ohne aktuelles Interesse. Es ergibt sich nämlich hieraus, daß die Danziger Regierung selbst Zweifel darüber hegt, ob das kürzlich mit Polen geschlossene Abkommen ein geeignetes Instrument darstellt, um Danzigs Stellung im polnischen Auslandshandel zu mehren und zu stärken und Danzigs Bankwesen durch Hebung seines Arbeitsgebietes zu stützen.

Die Erwiderung des polnischen Handelsministers auf die Ansprache des Danziger Senatspräsidenten, die sich nach obigen Betrachtungen als eine Darlegung fast des gesamten Komplexes der Danziger Schwierigkeiten und Wünsche darstellt, war von bemerkenswerter Zurückhaltung. Minister Roman führte zu den vom Senatspräsidenten angeschnittenen Wirtschaftsproblemen lediglich folgendes aus:

„Herr Präsident, Sie haben eine Reihe statistischer Zahlen angeführt, die ihre Begründung in der Tatsache eines einheitlichen Wirtschafts- und Zollgebietes haben. Ich kann

hier schwerlich in eine nähere Besprechung dieser Angaben eintreten,

möchte jedoch feststellen, daß Danzig als Vermittler im polnischen Handel bedeutende Vorteile schöpft, die die Grundlage seiner Mittel, seines Wohlstandes und seiner Entwicklungsmöglichkeiten bilden."

In einem weiteren Abschnitt der bemerkenswert kurzen Rede, auf deren politische Wendungen wir an anderer Stelle eingehen, führte Minister Roman weiter aus:

„Der Danziger Hafen ist durch seine geographische Lage seit Jahrhunderten mit seinem natürlichen Hinterland, das die Republik ist, verbunden, und seine Entwicklung ist abhängig von einer entsprechenden Gestaltung der Verhältnisse der Zusammenarbeit. Sie, Herr Präsident, haben mit Recht die Rolle Danzigs im Wirtschaftsleben Polens als die eines „ehrlichen Maklers" bezeichnet.

Die polnische Regierung würde wünschen, daß das Wirtschaftsleben des Danziger Hafens diese Aufgabe wirklich erfüllt.

Ich kann Sie, meine Herren, meinerseits als Minister Polens für Industrie und Handel auch versichern, daß die Arbeit und wirtschaftliche Initiative Danzigs, als Vermittlers in dem Außenhandel Polens, von mir gehörig verstanden und weiterhin meine volle Unterstützung finden wird."

Diese Ausführungen lassen offensichtlich erkennen, daß Polens Erwartungen in bezug auf die Rolle Danzigs als Makler für die polnische Wirtschaft noch nicht in vollem Umfange entsprochen worden ist. Beruhigend wirkt demgegenüber die Zusicherung voller Unterstützung der Arbeit und wirtschaftlichen Initiative Danzigs als Vermittler im polnischen Außenhandel. Wir glauben, daß das beste Mittel, um die noch bestehenden Unklarheiten zu beseitigen, eine sachliche öffentliche Erörterung der Problemkreise sein dürfte. Erst wenn Danzigs Handel und Wirtschaft wissen, was Polens offizielle Kreise von ihm erwarten, erst dann kann die Grundlage für eine derartige Einstellung geschaffen werden.

Nach Beendigung des Aktes im Rathaus begaben sich die Danziger und polnischen Teilnehmer nach Zoppot zu dem im Kasinohotel stattfindenden Empfang der Warschauer Zentral-Einfuhr-Kommission, die zum dritten Male in Danzig und Zoppot tagte, um die Richtlinien für die polnische Einfuhr des nächsten Quartals im Zusammenhang mit der polnischen Devisenbewirtschaftung festzusetzen. In Zoppot sprachen auf dem Empfang Handelskammerpräsident Schnee, Direktor Waito aus Polen als amtierender Präsident der Zentral-Einfuhr-Kommission, sowie später Senatspräsident Greiser und Handelsminister Roman, ohne daß dabei jedoch neue Gesichtspunkte eröffnet wurden.

Aus Polen

Die Wirtschaftslage Polens wird von der Bank Gospodarstwa Krajowego (Staatl. Landeswirtschaftsbank) für den Monat Mai folgendermaßen gekennzeichnet: Die ungünstigen Erscheinungen auf dem Geldmarkt, die unter dem Einfluß der gesteigerten Hortung im April auftraten und die Notwendigkeit der Einführung der Devisenbeschränkungen nach sich zogen, verschwanden allmählich im Berichtsmonat. Der Abfluß der Einlagen aus den Kreditinstituten hielt im Mai zwar noch an, hörte jedoch am Monatsende auf. In vielen Instituten machte sich eine neue Einlagensteigerung bemerkbar. Die aus den Banken zurückgezogenen Kapitalien verstärkten in großem Maße die private Investierungstätigkeit, in der Hauptsache im Wohnungsbau, außerdem wurden sie zu Sachwertanlagen in Immobilien und Waren verwandt, was sich in einer wesentlichen Steigerung des Wirtschaftsverkehrs auswirkte und die Industrieproduktion erhöhte, die ihrerseits wieder einen gesteigerten Kreditbedarf zur Folge hatten, dessen Befriedigung aber auf gewisse Schwierigkeiten stieß, da infolge der ungünstigeren Einlagensituation, die Banken gezwungen waren, eine höhere Kassenbereitschaft zu unterhalten. In der ersten Junihälfte machte sich eine deutliche Entspannung bemerkbar. Die stärkere Bau- und Investierungstätigkeit sowie die gesteigerte Wareneindeckung des Handels und der Verbraucher wirkte sich anregend auf die Industrieproduktion aus, besonders bei Produktionsgütern. Eine erhebliche Besserung weist weiter die weiterverarbeitende Eisen- und Metallindustrie sowie die Holz- und Mineralindustrie auf. Ein verhältnismäßig hoher Beschäftigungsstand behauptete sich auch in der chemischen Industrie, in der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie. Die Zahl der amtlich gemeldeten Arbeitslosen ist — in Verbindung mit den öffentlichen Arbeiten — im Mai um mehr als 60 000 Personen zurückgegangen. Ein erhöhter Bezug von Industrieerzeugnissen fand in der Landwirtschaft statt, deren Finanzlage sich zweifellos gebessert hat. Eine Besserung tritt insonderheit bei den Kleinlandwirten auf, die Hauptlieferanten von Viehzuchtprodukten sind, deren Preise sich auf einem ziemlich günstigen Niveau behauptet haben und teilweise sogar gestiegen sind. Eine Steigerung des Handelsverkehrs machte sich im Mai in ziemlich erheblichem Ausmaße bemerkbar, sowohl im Groß-, als auch im Einzelhandel. Mit der steigenden Tendenz der Warenpreise steigerten sich in den Saisonbetrieben die Bestrebungen der Arbeiterschaft nach Lohnerhöhungen.

Wirtschaftskonferenz in Gdingen. Auf Wunsch des Industrie- und Handelsministers Roman hatte die Industrie- und Handelskammer in Gdingen eine Konferenz einberufen, um dem Vizepremierminister Kwiatkowski die aktuellen Forderungen für die Entwicklung des Hafens in Gdingen vorzutragen. Auf der Konferenz erstatteten führende Gdingener Wirtschaftler Referate über die Probleme einer Entwicklung des Handels, der Industrialisierung sowie über Arbeiterfragen im Gdingener Hafengebiet. In der Aussprache ergriff auch Vizepremierminister Kwiatkowski das Wort, der eingehend die Arbeiten der Regierung für den Ausgleich des Staatshaushalts sowie für die wichtigsten laufenden Wirtschaftsprobleme darlegte. Auch unterrichtete der Vizepremierminister die Versammelten über die Richtlinien des Entwurfs einer Reform der Gebührensätze für Industrieunternehmen, durch die den Betrieben die größten Vergünstigungen gewährt werden sollen, die die größte Anzahl von Arbeitern beschäftigen. Minister Kwiatkowski betonte weiter, daß man in der Oeffentlichkeit den Willen zur positiven Arbeit propagieren und sich vom Pessimismus lösen müsse. Diese erforderliche optimistische Einstellung hätte sich in Gdingen schon bisher deutlich [illegible] und müsse auch weiterhin das Wirtschaftsleben Gdingens begleiten.

Polen senkt Zollerstattung

Im „Dziennik Ustaw" vom 25. 6. veröffentlicht der Finanzminister eine Verordnung, die eine beträchtliche Herabsetzung der Zollerstattung bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte bringt. In der neuen Verordnung, die am 1. August in Kraft tritt, wird bestimmt:

Bei der Ausfuhr im Inlande gewonnener standardisierter Getreidearten, Hülsenfrüchte, Oelsamen, Mühlenerzeugnisse, polierter Erbsen und Malz wird für die aus dem Auslande eingeführten und zur Erzeugung dieser Waren verwendeten Düngemittel, Hilfsstoffe, Werkzeuge und Maschinen eine Zollerstattung nach folgenden Sätzen anerkannt: 1. Für 100 Kilogramm Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Buchweizen (tatarischer Buchweizen) 5,00 Zloty; 2. für 100 Kilogramm Erbsen (T.St. des Einfuhrzolltarifs), Speisebohnen, Pferde-(Sau-)bohnen, Linsen, Wicken, Peluschken, Ackerbohnen sowie Mischungen von Wicken und Peluschken mit Hafer oder Gerste 5,00 Zloty; 3. für 100 Kilogramm Oelsamen von a) Raps, Rübsen, Senf und Mohn 5,00 Zloty, b) Flachs 8,00 Zloty, c) Hanf 6,00 Zloty; 4. für 100 Kilogramm Mehl: Weizen-, Roggen- und Gerstenmehl, das nach dem Verbrennen aufweist: a) bis 0,8 Proz. Asche 9,00 Zloty, b) über 0,8 bis 2,5 Prozent Asche 7,00 Zloty, c) über 2,5 bis 3,6 Prozent Asche 4,00 Zloty; 5. für 100 Kilogramm Gerstengrütze (T. St. 28, P. 2 des Einfuhrzolltarifs) 9,00 Zloty; 6. für 100 Kilogramm Buchweizengrütze (T. St. 28, P. 3 des Einfuhrzolltarifs) 9,00 Zloty; 7. für 100 Kilogramm Hafergrütze und Haferflocken (T. St. 28, P. 5 und 227 des Einfuhrzolltarifs) 8,00 Zloty; 8. für 100 Kilogramm polierte Erbsen, auch in Hälften (T. St. 29 des Einfuhrzolltarifs) 7,00 Zloty; 9. für 100 Kilogramm Malz (T. Sp. 35 des Einfuhrzolltarifs) 3,00 Zloty. Bedingung für die Zuerkennung der Zollerstattung ist, daß die Partei zu diesem Zwecke eine Ausfuhrbescheinigung des Ministeriums für Industrie und Handel erlangt.

Deutschland streicht Goldklausel

Neues Gesetz hebt Reichsgerichtsurteil auf

Durch ein neues Gesetz wird die Goldklausel in allen Anleihen beseitigt, die auf Währungen lauten, die seit der Emission der Anleihen abgewertet wurden. Künftig werden diese Anleihen im Nominalwert der devalvierten Währung eingelöst werden. Dieses Gesetz gilt hauptsächlich für Anleihen, welche die deutsche Industrie in den Vereinigten Staaten aufgenommen hat. Kein Gericht kann die Durchführung dieses Gesetzes verhindern.

Durch dieses Gesetz ist das kürzliche Dollarbondsurteil des Reichsgerichts mit rückwirkender Kraft kassiert worden. Dieses Urteil vom 28. Mai 1936 hatte entschieden, daß die deutschen Inhaber von in Amerika aufgenommenen Dollarbonds deutscher Anleiheschuldner Anspruch gegen den Schuldner auf Basis des Golddollars besitzen, so weit sich die Anleihestücke am 5. Juni 1933 in deutschem Besitz befunden haben. Angesichts der durch dieses Urteil hervorgerufenen Diskriminierung der im ausländischen Besitz befindlichen deutschen Dollarbonds, die auch nach dem Reichsgerichtsurteil zum Kurs des Papiers honoriert werden, hat die Reichsregierung jetzt durch das neue Gesetz diese Diskriminierung beseitigt, in dem künftig auch deutsche Dollarbonds nur zum Papierdollarkurs honoriert werden sollen. Die Wirkungen dieses Gesetzes auf die Haltung der ausländischen Finanzkreise gegenüber Deutschland sind unschwer abzuschätzen.

Danzigs Hafen im Mai. Infolge unseres Verbots war es uns leider nicht möglich, in der gewohnten ausführlichen Form den Mai-Hafenverkehr Danzigs zu besprechen. Wir bringen deshalb jetzt nachträglich nur die hauptsächlichsten Zahlen. Im Mai 1936 gingen über den Danziger Hafen in der Einfuhr 64 550,0 To. in der Ausfuhr 355 934,9 To. Gegenüber dem Mai 1935 (Einfuhr 72 513,9 To., Ausfuhr 356 369,1 To.) ist danach bei der Einfuhr eine wesentliche, bei der Ausfuhr eine geringe Abnahme zu verzeichnen. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres betrug die seewärtige Einfuhr über den Danziger Hafen 284 460,0 To., die seewärtige Ausfuhr 1 838 676,7 To. Im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres ist die Einfuhr um 57 503,3 To., die Ausfuhr um 74 581,6 To. gestiegen.

Vorzeitige Schuldenzahlung der Sowjets. Die russische Regierung hat der schwedischen Allmänna Svenska Elektr. AB. in Västeraas mitgeteilt, daß sie ihre ratenweise bis 1948 verfallenen Schuldverschreibungen von 7,3 Mill. $ zum 1. Oktober d. J. einlösen wird.

An den Börsen wurden notiert:

Devisen

Danziger Devisenkurse vom 1. Juli. Von der Bank von Danzig sind folgende Notierungen in Danziger Gulden festgesetzt worden. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 26.47 — 26.57; Berlin 100 Reichsmark (verkehrsfrei) 213.03 — 213.87; Warschau 100 Zloty (verkehrsfrei) 99.80 — 100.20; Paris 100 Franken 34.93 — 35.07; Zürich 100 Franken 172.46 — 173.14; Brüssel 100 Belga 89.07 — 89.43; Amsterdam 100 Gulden 359.00 — 360.44; Stockholm 100 Kronen 136.53 — 137.07; Kopenhagen 100 Kronen 118.17 — 118.63; Oslo 100 Kronen 133.04 — 133.56; Newyork 1 Dollar 5.2715 — 5.29.25. — Banknoten: 100 Reichsmark (Münzgeld-Reiseverkehr) 208.00 — 212.00; 100 Zloty (Reiseverkehr) 99.80 — 100.20; 1 Pfund Sterling 26.32 — 26.48; 100 schwedische Kronen 135.73 — 136.53; 100 dänische Kronen 117.32 — 118.22; 100 norwegische Kronen 132.24 — 133.04; 100 französische Franken 34.83 — 35.03; 100 Schweizer Franken 171.50 — 172.50; 100 Belga 88.97 — 89.51; 100 holländische Gulden 357.30 — 359.46; 1 Dollar USA. 5.254 — 5.286. — 100 Registermark kosten 120 Gulden.

Warschauer Devisen vom 1. Juli. Belgien 89.30 — 89.48 — 89.12; Holland 359.85 — 360.57 — 359.13; London 26.50 — 26.57 — 26.43; Newyork 5.27¾ — 5.29¾ — 5.26¾; Newyork Kabel 5.28 — 5.29¼ — 5.26¾; Oslo 133.15 — 133.48 — 132.82; Paris 35.01 — 35.08 — 34.94; Prag 21.95 — 21.99 — 21.91; Stockholm 136.60 — 136.93 — 136.27; Schweiz 172.90 — 173.24 — 172.56. Tendenz uneinheitlich.

Danziger Effektenbörse vom 1. Juli. Keine Notierungen.

An den Produkten-Börsen

Danziger Produkten-Notierungen. (Letzte amtliche Notierung vom 3. Juni für 100 Kilo.) Weizen 130 Pfd. ohne Handel; Roggen 120 Pfd. 15.60—15.75; Roggen 118 Pfd. 15.50; Gerste, feine ohne Handel; Gerste mittel 16.60—17.00; Gerste 114/15 Pfd. 16.50; Futtergerste 110/11 Pfd. 16.25; Futtergerste 105/06 Pfd. 15.85; Hafer 15.00—17.00. Alles andere ohne Notierung.

Danziger Getreidemarkt vom 1. Juli. Gestern war eine leichte Abschwächung der Preise zu verzeichnen. Es wurden gezahlt: für neue Sommergerste 14.50 Zloty, alte Sommergerste 15.75 Zloty, Roggen 15 Zloty, neue Wintergerste 16 Zloty.

Danziger Mehlpreise vom 1. Juli. Weizenmehl 33 Gulden per 100 Kilogramm frei Bäckerei, Roggenmehl 25 Gulden per 100 Kilogramm frei Bäckerei.

Posener Produkten vom 1. Juli. (Richtpreise): Roggen 13.75—14.00, Tendenz ruhig; Weizen 20.25—50, ruhig; Gerste a) 16.00—16.25, b) 15.75—16.00, ruhig; Hafer 15.75—16.00, (Stand.) 15.25—50, ruhig; Roggenmehl 21.75—22.00, ruhig; Weizenmehl 34.50—36.25, ruhig; Roggenkleie 9.00—9.50; grobe Weizenkleie 9.25—75, mittlere 9.75—11.00; Winterrübsen 40—41; Senfkraut 32—34; Folgererbsen 20—22; Viktoriaerbsen 21—25; Leinölkuchen 16—16.25; Rapskuchen 14—14.25; Sonnenblumenkuchen 16.50—17.00. Allgemeintendenz ruhig.

Berliner Produktenbörse vom 1. Juli. Weizen, märk., 1000 Kilo [illegible]; Roggen, märk., 1000 Kilo 183; für je 50 Kilo: Viktoriaerbsen 25—3[illegible]; kleine Speiseerbsen 32—35.50; Futtererbsen 21—26; Peluschken 22—[illegible]; Ackerbohnen 20—22; Wicken 21—22; Blaue Lupinen 19.50—20; Gelbe Lupinen 32—33.50; Serradella 41—45; Leinkuchen 17.30; Trockenschnitzel 9.82; Sojaschrot 15.50; Kartoffelflocken 20.30.

Posener Viehmarkt vom 1. Juli. Auftrieb: Ochsen 31, Bullen 103, Kühe 391, ferner Schweine 1395, Kälber 605 und Schafe 270, insgesamt 2795 Tiere. — Ochsen: 1) nicht notiert, 2) 54—58, 3) 46—50, 4) 40—44; Bullen: 1) nicht notiert, 2) 50—56, 3) 44—48, 4) 40—44; Kühe 1) nicht notiert, 2) 54—60, 3) 44—50, 4) 16—20; Färsen: 1) nicht notiert, 2) 54—58, 3) 46—50, 4) 40—44; Jungvieh: 1) 42—44, 2) 38 bis 40; Kälber: 1) 76—84, 2) 66—70, 3) 60—64, 4) 50—56; Schafe: 1) 64—68, 2) 54—60; Schweine: 1) 100—102, 2) 94—98, 3) 90—92, 4) 80—86, 5) 80—90. Marktverlauf ruhig.

Pierpont Morgans Schuld

Das Ergebnis über die Untersuchung über die Tätigkeit des Bankhauses Morgan im Weltkrieg

Der Skandal um die Kriegsgeschäfte des amerikanischen Multimillionärs Morgan ist in mühseliger Arbeit und gründlicher Untersuchung von einem Ausschuß des Senates aufgedeckt. Ueber die Verhandlungen haben wir berichtet. Das Ergebnis der zweijährigen Arbeit liegt jetzt vor. Der Ausschuß kommt zu dem Ergebnis, daß Morgan durch seine Finanzoperationen vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg der Bundesregierung praktisch die Entschlußfreiheit genommen und Washington indirekt auf die Sache der Alliierten festgelegt habe. Der Ausschuß erklärt, daß das Haus Morgan durch Finanzierung und Förderung von Geschäften mit England und den anderen Alliierten eine „weitreichende Geschäftsaufblähung in fast allen Teilen der amerikanischen Wirtschaft" herbeigeführt habe. Das Resultat sei die Schaffung eines riesigen Industrieapparates um das Jahr 1916 herum gewesen, in dem große Kapitalien konzentriert worden sein, der aber

von der Kaufkraft der Alliierten völlig abhängig

gewesen sei. Die so entstandene Lage habe die Gefahr einer Wirtschaftskrise und einer daraus sich entwickelnden Panik für den Fall in sich getragen, daß die Kaufkraft der Alliierten sich eines Tages erschöpfen sollte. Diese Gefahr habe die Bundesregierung so unentrinnbar in schwere Verantwortung verwickelt, daß die Verfolgung eines wirklich neutralen Kurses zwischen den Alliierten und den europäischen Zentralmächten für Washington unmöglich geworden sei.

Der Munitionsausschuß kommt dann im einzelnen zur Kreditpolitik des Hauses Morgan und stellt fest, daß dieses auf die Bundesregierung „beträchtlichen Einfluß" ausgeübt habe, um die Aufnahme von Handelswechseln einzelner kriegführender Länder durch die Federal Reservebank durchzusetzen. Zu Kriegsbeginn hätten die Bundesbehörden die Gewährung von Anleihen und Darlehen an die Kriegführenden verboten; später aber sei in einer geheimen Anordnung, die nur dem Bankhaus Morgan und der National City Bank mitgeteilt worden sei, ein künstlicher Unterschied zwischen den Kreditsuchern gemacht worden, der die Gewährung von Krediten an einzelne Kriegführende möglich gemacht habe. Der Ausschuß deutet an, daß dieses auf den Einfluß Morgans zurückzuführen sei. Weiterhin habe

die Morgan Company im August 1915 plötzlich und ohne alle Begründung dem englischen Pfund seine Unterstützung entzogen

und damit einen empfindlichen Sturz des Pfundes verursacht, der seinerseits starke Beunruhigung über das Schicksal der amerikanischen Kriegsausfuhr nach England hervorgerufen habe. Es sei sehr wohl möglich, daß dieser Pfundsturz „bewußt in die Wege geleitet worden ist, um auf die Währungs- und Anleihepolitik der Vereinigten Staaten einen Druck auszuüben".

Mit dieser Erklärung ist einem Großkapitalisten eine direkte Mitschuld am Eintritt Amerikas in den Weltkrieg nachgewiesen.

Prozeß gegen die Simson-Werke beginnt

Am 22. Dezember vorigen Jahres wurden, wie noch in Erinnerung sein dürfte, die Suhler Simson-Werke, eines der wichtigsten und größten Unternehmen der Waffenindustrie, das nach dem Versailler Friedensvertrage allein zu Waffenlieferungen für die Reichswehr zugelassen war, durch den Gaustatthalter Sauckel von Thüringen aus dem Eigentum der jüdischen Familie Simson in eine neue Firma „Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeug-Werke" entschädigungslos überführt, weil die Firma an ihren Waffenlieferungen angeblich zu viel verdient habe.

Um nun die Berechtigung zu diesem Vorgehen, das auf diese Firma beschränkt blieb, nachzuweisen, hat man jetzt gegen den ehemaligen Inhaber der Firma, Artur Simson, und vier leitende Angestellte, den Fabrikdirektor Walter Baetz, den Oberingenieur Max Guthke, den Betriebsleiter Richard Klett und den Werkmeister Ernst Münch einen großangelegten Prozeß aufgezogen. Im Eröffnungsbeschluß wird Baetz und Guthke vorgeworfen, durch Vortäuschungen und unzulässige Manipulationen, durch Lieferung minderwertigen Materials usw. das Reich zum Vorteil der Simson-Werke betrogen zu haben. Simson selbst wird der Anstiftung und der Mittäterschaft, Münch der Beihilfe beschuldigt. Baetz ist weiter des Betruges zum Schaden seiner Firma angeklagt, da er private Ausgaben in erheblicher Höhe in Rechnung gestellt haben soll.

Die Verhandlung hat am Mittwoch vor dem Landgericht in Meiningen begonnen. Der Prozeß soll in Suhl weitergeführt werden. Von den Angeklagten ist Arthur Simson, der sich seit Februar d. J. im Auslande befindet, zur Verhandlung nicht erschienen. Ebenfalls nicht erschienen ist der Angeklagte Münch, der am frühen Morgen des Verhandlungstages, wie der Vorsitzende mitteilt, „einen schweren Anfall von Verfolgungswahn" erlitten hat und in die Landesheilanstalt eingeliefert werden mußte. Gegen ihn wurde die Verhandlung abgetrennt.

Auf Antrag des Oberstaatsanwalts wurde vor Eintritt in die Verhandlung wegen Gefährdung der Staatssicherheit die Oeffentlichkeit für die gesamte Dauer des Prozesses ausgeschlossen.

General v. Reichenau in China. Die chinesische Regierung gibt offiziell bekannt, daß der deutsche General v. Reichenau nach Nanking gekommen sei, um Marschall Tschiang Kaishek persönlich ein Geschenk Hitlers, ein Schwert, zu überreichen. Nach Meldungen aus japanischer Quelle soll im Mai zwischen der chinesischen Regierung und dem Deutschen Reich ein Vertrag über Heereslieferungen im Werte von 100 Millionen chinesischen Dollars unterzeichnet worden sein. Ueber die Einzelheiten der Lieferungen verhandle gegenwärtig General v. Reichenau in Nanking. Nach einer Meldung aus Schanghai dementiert ein Mitglied der chinesischen Regierung die Nachricht, daß ein deutsch-chinesisches Abkommen abgeschlossen worden sei über den Austausch chinesischer Waren gegen deutsches Kriegsmaterial.

Die Ueberraschungsvisiten des polnischen Ministerpräsidenten. Aus Warschau wird berichtet: Ministerpräsident Slawoj-Skladkowski hat dieser Tage unangemeldet morgens gegen 8 Uhr das Bürolokal des Feuerwehrverbandes der Republik Polen aufgesucht, um mit dem Stellvertreter des Hauptinspekteurs des Verbandes eine Besprechung abzuhalten. Der Ministerpräsident traf jedoch den Stellvertreter nicht an. Von den 25 Beamten des Büros traf der Ministerpräsident nur drei bei ihrer Beschäftigung an. Angesichts dessen beschloß der Ministerpräsident, die Zahl der Beamten um ein Viertel abzubauen.

Weitere Verfahren gegen Franziskanerbrüder. In den Massenverhandlungen gegen Mitglieder des Franziskaner-Ordens wurde gestern wieder gegen zwei Angeklagte wegen widernatürlicher Unzucht verhandelt. Das Verfahren gegen den ersten Angeklagten, den 35jährigen Bruder Genisius, wurde auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt; der zweite, der 25jährige Bruder Arno, wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft.

Das Oberhaus über Duff Coopers Rede

Im Oberhaus fand am Mittwoch eine Aussprache über die Rede des Kriegsministers Duff Cooper in Paris statt. Die verschiedenen Sprecher hielten die Ausführungen zur gegenwärtigen Zeit, in der mit Deutschland Verhandlungen schwebten, für unklug. Die Rede erwecke, wie einer der Lords hervorhob, den Eindruck, daß Deutschland im Völkerbund nicht willkommen sei. Lordsiegelbewahrer Lord Halifax gab in Erwiderung auf die Diskussionsreden dem Wunsch Englands nach Freundschaft mit Frankreich und Deutschland Ausdruck.

Als Ergebnis der litauischen Sejmwahlen werden nunmehr im litauischen Regierungsanzeiger die Namen der 49 Abgeordneten veröffentlicht, und zwar 46 Nationallitauer und drei Memelländer.

Konferenz der Locarno-Mächte

Mitte Juli in Brüssel

Wie aus Genf berichtet wird, soll zwischen dem 16. und 20. Juli eine offizielle Zusammenkunft der Locarno-Mächte in Brüssel geplant sein, „um den Stand der Locarno-Fragen festzustellen".

In französischen Kreisen wird übereinstimmend versichert, daß Italien ebenfalls daran teilnehmen werde. In der Rede des französischen Ministerpräsidenten wird die Stelle besonders hervorgehoben, die ausspricht, daß Frankreich die Rheinlandbesetzung noch nicht als erledigt betrachtet.

Mandschukuo hebt Exterritorialitätsrechte auf. Der mandschurische Außenminister Tschangyentsching hat im Namen seiner Regierung die einseitige Aufhebung der Exterritorialitätsrechte für alle Ausländer, die diese Vorrechte noch genießen, verkündet. Mit dem 1. Juli war der Verzicht Japans auf Exterritorialität in Mandschukuo rechtskräftig geworden.

Danziger Nachrichten

Zarte Rücksichten

Anläßlich des Besuches der „Leipzig" konnte man in Zoppot beobachten, daß einige als hundertzehnprozentig bekannte Nationalsozialisten nicht die von ihnen sonst gezeigten Hakenkreuzflaggen aus den Fenstern ihrer Wohnungen wehen ließen. Zunächst ein allgemeines Gemunkel und Geraune: sie seien auch bereits des Nationalsozialismus überdrüssig geworden. In einigen dieser Fälle konnten wir jedoch feststellen, daß diese Pgs. durch einen sehr eigennützigen Beweggrund zu dieser veränderten Haltung veranlaßt wurden.

Sie alle haben in ihren Fenstern das bekannte Plakat hängen: „Möblierte Zimmer zu vermieten". Sie zeigen damit an, daß sie auch gerne einige Sommergäste aufnehmen möchten. Doch diese strömen aus mannigfachen und sattsam bekannten Gründen in dieser Saison nicht sehr stark in unser Weltbad. Und so bekamen es selbst die verdienten Nazis mit der Angst zu tun, keine Sommergäste zu bekommen.

Was tun? Man überlegt! Verhältnismäßig wenig reichsdeutsche Gäste kommen und werden kommen, von denen wiederum viele nicht nationalsozialistisch eingestellt sind, oder für die wenigstens die Hakenkreuzflagge kein besonderer Anreiz bietet, dort, wo sie aushängt, Sommerquartier zu nehmen. Für die polnischen Gäste, die Zoppot aufsuchen, sind sie aber zum mindesten keine besondere Empfehlung, insbesondere nicht für die jüdischen Gäste. Und manch strammer Nazi hat an Stelle gar keiner Gäste, gern jüdische Gäste.

Also rollt man seine Fahne für die Sommersaison ein und ist bemüht, in weniger sichtbarer Weise sich als guter Pg. zu bewähren. Auf jeden Fall eine zarte Rücksicht auf die möglichen Empfindungen der Gäste, um selbst keinen materiellen Schaden zu erleiden. Wären sie doch ähnlich rücksichtsvoll gegen die Ueberzeugungen und Empfindungen ihrer Volksgenossen, mit denen sie vorgeben eine Volksgemeinschaft bilden zu wollen, es stände mit unserm deutschen Danzig weitaus besser.

Die Verfassung muß beachtet werden

Eine Anordnung Senators Boeck für die Schulen

Vom Senat, Kultusabteilung (gez. Boeck), ist unter dem 24. Juni d. J. folgende Anordnung an die Schulen herausgegeben worden:

„Von den Oppositionsparteien ist in der letzten Zeit verschiedentlich der Vorwurf erhoben worden, der Unterricht in den Danziger Schulen halte sich nicht im Einklang mit der Danziger Verfassung. Ein Beweis für eine Verletzung der Danziger Verfassung durch einen Lehrer oder ein anderes Organ der Schulverwaltung hat bisher nicht geführt werden können. Um jedoch von vorneherein jede Möglichkeit auszuschalten, der Schulverwaltung den begründeten Vorwurf von Verfassungsverletzungen im Bereich des Schulwesens machen zu können, mache ich es den Danziger Lehrern und Lehrerinnen nochmals zur Pflicht, bei der Gestaltung des Unterrichts die Vorschriften der Danziger Verfassung zu beachten. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß im Unterricht das neue Deutschland, das der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler aufgebaut hat, behandelt wird. Diese Behandlung muß jedoch in sachlicher Form erfolgen und darf nicht zur Beschimpfung Andersdenkender führen."

Auf diese Verfügung wird noch zurückzukommen sein.

(Für einen Teil der Auflage wiederholt.)

Wild gewordene Bullen

In Klein-Kleinau wurde auf der Wiese des Landwirtes Ernst Janzen der Landarbeiter Ernst Lohnert von einem Bullen angegriffen und verletzt. Mit einem Rippenbruch und Verletzungen am Schlüsselbein wurde L. in das Krankenhaus in Tiegenhof gebracht.

Auf der Wiese der Gutsverwaltung Anker in Gnojau kam es zu einem regelrechten Stierkampf, bei dem ein Bulle und 14 Mann in Aktion traten. Dort griff der Bulle zuerst ein Pferd an, dann den Melker Zinakowski. Der Melker konnte sich retten, doch wurde das Pferd so schwer verletzt, daß es nach wenigen Minuten verendete. 14 Mann brachten es schließlich fertig, den wildgewordenen Bullen in den Stall zu treiben.

Finnländische Kriegsschiffe kommen nach Gdingen

Am 3. Juli wird in Gdingen die Ankunft von einigen Kriegsschiffen aus Finnland erwartet, und zwar des Küstenschiffes „Ilmarinen" und zweier U-Boote. Diese Schiffe verbleiben in Gdingen bis zum 6. Juli. Der Besuch der finnischen Flotte in Gdingen hat einen unoffiziellen Charakter.

Familientragödie

Im Dorfe Bolkow, in der Nähe von Posen, hat der 33jährige frühere Lehrer Petrykowski mit einem Hammer seine 32jährige Schwägerin, daraufhin sein 9jährige Tochter ermordet und danach seinen Bruder Lucian erschossen. Der Mörder ermordete dann weiter das 18jährige Dienstmädchen und beging dann durch einen Schuß in den Mund Selbstmord.

Messe in Gdingen. In Gdingen ist am 28. Juni, am Vorabend des Festes des Meeres, die regelmäßig stattfindende Messe eröffnet worden. Sie ist in diesem Jahre ausschließlich dem Bauwesen und dem Fischereiwesen gewidmet. In der Abteilung „Bauwesen", die auf die weitere Förderung der starken Bautätigkeit in Gdingen zugeschnitten worden ist, sind die größten Firmen Polens vertreten. Sie gewähren einen guten Einblick in die Fortschritte auf diesem Gebiete. Sehr bemerkenswert sind die Stände der Holzfirma „Paged" wie auch einer Reihe von Produzenten verschiedener Baumaterialien. Auf der Ausstellung sieht man auch moderne Wochenendhäuschen sowie verschiedene Erzeugnisse für den Wassersport.

Eine kleine Tragödie

Das Polizeigefängnis als Zuflucht

Vor dem Amtsgericht für Strafsachen rollte eine kleine Tragödie ab. Als Hauptperson wirkte ein Kellner mit, der durch einen polizeilichen Strafbefehl wegen öffentlicher Trunkenheit zu einer Geldstrafe von vier Gulden verurteilt war. Der Richter, Land- und Amtsgerichtsrat Doempke, wollte den Angeklagten zur Rücknahme des Einspruches bewegen, der Kellner wünschte jedoch eine richterliche Entscheidung.

Am 25. Mai hatte der Kellner großen Kummer, den ihm seine Frau verursacht hatte. Obwohl er nur drei kleine Gläser Bier konsumiert hatte, taumelte er wie ein Trunkener durch die Straßen. So stark war sein seelischer Schmerz. Der Kellner war sich darüber klar geworden, daß, falls er zu seiner Wohnung zurückkehren würde, es einen großen Krach geben, oder sogar zu Gewalttätigkeiten kommen würde. Diesen Exzeß wollte er vermeiden und sich die Sache erst einmal beschlafen. Nur die Frage nach dem Wo machte ihm Schwierigkeiten.

Kurz entschlossen ging er nach dem Polizeigefängnis nach dem Karrenwall und verlangte seine Einlieferung für 24 Stunden. Aber der Aufsichtsbeamte wies ihn zurück. Darauf wankte er erneut auf den Straßen herum. Da lief ihm ein Hauptwachmeister der Schutzpolizei in den Weg. Auch an diesen stellte er das Ansinnen, ihn einzusperren. Freundlich schlug ihm der Hauptwachtmeister vor, sich auf dem Grüngürtel schlafen zu legen. Als der Kellner dann drohte, sich vor das nächste Auto oder die Straßenbahn zu werfen, lieferte der Schupo ihn ins Polizeigefängnis ein.

Der Vertreter der Anklage sah in dem Verhalten einen Grad der Trunkenheit, der geeignet war, die Leichtigkeit des Verkehrs zu beeinträchtigen. Der Einzelrichter, Land- und Amtsgerichtsrat Doempke, sprach den Kellner frei. Er sah den Tatbestand der öffentlichen Trunkenheit nicht für erfüllt an und führte das merkwürdige Verhalten auf die seelischen Erschütterungen des Angeklagten zurück.

Unser Wetterbericht

Veröffentlichung des Observatoriums der Freien Stadt Danzig

Bewölkt, Regenschauer, kühler

Allgemeine Uebersicht: Die Randbildungen der noch über den britischen Inseln liegenden Zyklone bedecken heute Südskandinavien und das südliche Ostseegebiet. Oestlich der Oder strömt weiter sehr warme Luft aus dem Binnenlande nordwärts, während im Westen, bei ansteigendem Druck, kühlere Luft ostwärts drängt. Die starken Gewitterstörungen dauern daher an und breiten sich ostwärts aus. Gestern abend herrschten in ganz Deutschland westlich der Oder verbreitete Gewitter.

Vorhersage für morgen: Bewölkt, Gewitter und Regenschauer, nach Südwest und West umspringende und etwas auffrischende Winde, kühler.

Aussichten für Sonnabend: Wolkig, teils aufheiternd, vereinzelt noch Schauer.

Maximum des letzten Tages: 30,2 Grad; Minimum der letzten Nacht: 19,4 Grad.

Danziger Schiffsliste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Schwed. D. „Tiiu", 2. 7. von Malmö, Pam; schwed. D. „Heros", 3. 7. fällig, Artus; estl. D. „Vega", 3. 7. fällig, Artus; schwed. D. „Freden", 2. 7. von Kiel, Polko; dtsch. D. „Baumwall", 3. 7. fällig, Lenczat; dtsch. D. „Andromeda", 1. 7. von Rotterdam via Gdingen, Wolff & Co.

Danziger Standesamt vom 30. Juni 1936

Sterbefälle: Witwe Anastasia Willich geb. Richter, 73 J. — Schausteller Walter Wooßmann, 45 J. — Witwe Auguste Radomski geb. Marowski, 78 J.

Bowlenwein konkurrenzlos billig . . Flasche **2.25, 1.90**

Woytkaler

Danzig, Hundegasse 15 . **Langfuhr,** Adolf-Hitler-Straße 64

Wasserstandsnachrichten der Stromweichsel

vom 2. Juli 1936

	1. 7.	2. 7.		1. 7.	2. 7.
Thorn	+0,81	+0,73	Montauerspitze	+0,31	+0,28
Fordon	+0,84	+0,77	Pieckel	+0,26	+0,23
Culm	+0,68	+0,61	Dirschau	—0,19	—0,16
Graudenz	+0,84	+0,80	Einlage	+2,08	+2,12
Kurzebrack	+0,99	+0,94	Schiewenhorst	+2,36	+2,36
Krakau	—3,06	—3,01	Nowy Sacz	+1,16	+1,12
Zawichost	+1,27	+1,20	Przemysl	—2,22	—2,26
Warschau	+0,92	+0,94	Byczkow		
Plock	+0,84	+0,73	Pultusk		

Nach 28 Jahren

Die Klage des Postaushelfers

In der vorigen Woche verhandelte das Arbeitsgericht unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Birk zum dritten Male in dem Prozeß des Postaushelfers Klosske aus Schönbaum gegen den Senat. 28 Jahre lang war K. bei der Postagentur Schönbaum als Aushelfer beschäftigt gewesen. Im Jahre 1934 wurde seine Wiedereinstellung abgelehnt, und zwar auf Betreiben des Ortsgruppenleiters der NSDAP. in Schönbaum. K. versuchte auf dem Klagewege zu seinem Recht zu kommen, da er seine Ausschaltung aus dem Postdienst als eine politische Maßregelung betrachtete. Es war nämlich von ihm gefordert worden, seinen 30jährigen Sohn, der 1934 Kristagskandidat der Sozialdemokratie war, zu veranlassen, aus der SPD. auszutreten und SA.-Mann zu werden. Dann werde er, der Vater, wieder eingestellt werden. Wir haben darüber bereits ausführlich berichtet.

Zur letzten Verhandlung waren drei Zeugen geladen, außerdem war ein Gutachten einer Reichspostdirektion eingegangen, denn das Arbeitsgericht hatte die politische Seite ausgeschaltet und untersuchte nur die Frage, ob auf Grund der 28jährigen Aushelfertätigkeit des K. ein fortlaufendes Arbeitsverhältnis entstanden sei, welches einen Rechtsanspruch begründe. Die Vernehmung der Zeugen, Postinspektor Dameran, Postmeister a. D. Klank und Postagent Millbrandt nahm längere Zeit in Anspruch und alle drei Zeugen bekundeten, daß ihrer Meinung nach ein fortlaufendes Arbeitsverhältnis bei K. nicht bestanden habe, da die Post rechtlich nicht verpflichtet gewesen sei, den Kläger immer wieder einzustellen, sondern dieses nur aus moralischen Gründen getan habe. Der Zeuge Klank bekundete noch, daß während vieler Jahre niemand aufzutreiben war, der Klosske ersetzen konnte. **Dieser sei immer absolut ehrlich und tüchtig gewesen.** Erst der „neuen Zeit" ist es vorbehalten geblieben, diesen ehrlichen und tüchtigen Mann auszubooten. Auf die Fragen des Vertreters des Klägers, des Volkstagsabgeordneten W. Godan an den Zeugen Milbrandt bestritt dieser eine Entlassung aus politischen Gründen, und versuchte jetzt den K. als einen Mann hinzustellen, der den erhöhten Anforderungen des Postdienstes nicht mehr gewachsen sei. Das Gericht wies die Klage des K. kostenpflichtig ab. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß auf Grund der Zeugenaussagen erwiesen sei, daß es sich nicht um ein fortlaufendes Arbeitsverhältnis gehandelt habe und daher der Kläger keine rechtlichen Ansprüche auf Beschäftigung habe. Im übrigen habe ja auch der Zeuge M. bekundet, daß K. nicht mehr fähig sei, weiterhin dieses Amt zu bekleiden.

Die Klage wurde für berufungsfähig erklärt. Höchstwahrscheinlich wird sich jetzt das Landesarbeitsgericht damit beschäftigen.

Flugzeug abgestürzt

In Landwarrowo bei Wilna ereignete sich eine Flugzeugkatastrophe. Das Flugzeug, welches dem Wilnaer Aeroklub gehört, stürzte ab und wurde zertrümmert. Der Flieger und der Mechaniker erlitten schwere Verletzungen und mußten ins Krankenhaus überführt werden.

Jossele Kolodny im Arlosoroff-Klub. Der Vortragskünstler und humoristische Wortführer ostjüdischen Lebens, Jossele Kolodny, kam zu zwei Abenden zum ersten Male nach Danzig. Ihm ging ein guter Ruf als Meister der ostjüdischen Vortragskunst voraus. Er konnte allein in Warschau einige hundert Abende mit immer sich steigerndem Erfolg geben. Kolodny verfügt über ein angenehmes, modulationsfähiges Organ, eine schöne, weiche Kabarettstimme und ist ein Meister der mimischen Ausdrucksmöglichkeiten. Seine Vortragskunst ist geschliffen, seine Gesten berechnet, gut ausgearbeitet und gefeilt. Ausgezeichnet das Vortragsstück „Das Schneiderle", das den Höhepunkt künstlerischer Prägung ostjüdischer Tragikomik war. Der Abend wurde zum Erlebnis.

Von Schönbaum nach San Franzisko

Ein nicht alltäglicher Aufstieg

In San Franzisko starb im Mai d. J. im Alter von 86 Jahren Max Schmidt, der in Schönbaum a. d. W. am 17. Februar 1850 als Sohn eines Arztes geboren wurde. Max Schmidt sollte auch Arzt werden, ging aber zur See, blieb dann 1871 in San Franzisko hängen, wo er ohne eigene Mittel eine kleine lithographische Anstalt gründete, die dort das Pionierunternehmen dieses Faches wurde, und aus der sich ein ganz bedeutendes Unternehmen, die Schmidt Lithograph Co. entwickelte. Es wird in der amerikanischen Fachzeitschrift „Shears" dem Verstorbenen nachgerühmt, daß er sich einen großen Freundeskreis schuf, und daß er nie darauf ausging, Geld um des Geldes willen zu verdienen, sondern auch seinen Mitarbeitern und seinen Fachgenossen, selbst wenn sie Konkurrenten waren, das übrige zukommen ließ. Er war als Persönlichkeit hoch geschätzt, und seine Lebensgeschichte so interessant, daß schon vor 14 Jahren seine Biographie erschien, von Elford Eddy geschrieben: „The log of a Cabin boy" (etwa: „Was ein Kabinenjunge schuf").

Der Schiffsverkehr im Danziger Hafen

Eingang. Am 1. Juli: Holl. MSch. „**Albula**" (149) von Königsberg, leer, Bergenske, Raiffeisen-Becken; dt. MS. „**Capella**" (67) von Königsberg, leer, Pam, Danzig, Der Rote; dt. D. „**Nordsee**" (522) von Königsberg, leer, Artus, Marinekohlenlager; dt. MS. „**Adrian**" (684) von Kolberg, leer, Pam, Kaiserhafen; holl. MS. „**Kolente**" (104) von Gdingen, leer, Bergenske, Freibezirk; norw. D. „**Jaederen**" (493) von Drontheim mit Gütern, Bergenske, Stettenspeicher; norw. MSch. „**Batavia**" (497) von Fredrikstad mit Gütern, Bergenske, Schienkopf-Speicher; schwed. D. „**Blenda**" (178) von Gotebora mit Gütern, Pam, alter Weichselbahnhof; dt. D. „**Weser**" (571) von Königsberg, leer, Stillert, neuer Weichselbahnhof.

Am 2. Juli: Norw. D. „**Bestmanreed**" (343) von Lurvik mit Heringen, Behnke u. Sieg, Ballastkrug; D. „**Moewe**" (145) von Königsberg mit Gütern, Reinhold, Freihafen; dän. D. „**London**", leer, Wieler u. Hartmann, Strohdeich; dt. MS. „**Luebbert**", leer, Pam, Marienbild; schwed. D. „**Trio**" (882) von Oskarshamn, leer, Behnke u. Sieg, Weichselmünde.

Ausgang. Am 1. Juli: Poln. D. „**Wilno**" (1121) nach Gdingen, leer, Pam, Becken Weichselmünde; dt. D. „**Sehn**" (1119) nach Oporto mit Gütern, Bergenske, Danziger Holzkontor; dt. MS. „**Claus**" (65) nach Nykjoebing, Falster, Oelkuchen, Pam, Marinekohlenlager; dt. D. „**Queriee**" (360) nach Stettin, leer, Artus, Marinekohlenlager; franz. D. „**St. Robert Morn**" (1900) nach Boulogne mit Kohlen, Afotra, Alldag; dt. D. „**Vitraell**" (120) nach Hamburg mit Gütern, Prowe, Hafenkanal; schwed. MS. „**Elis**" (63) nach Aarhus mit Getreide, Kreft, Marinekohlenlager; dän. MS. „**Edith**" (52) nach Randers mit Getreide, Kreft, Marinekohlenlager; poln. D. „**Lublin**" (686) nach Hull mit Gütern, Rothert u. Kilaczycki, Hafenkanal; schwed. D. „**Gudrun**" (441) nach Abus mit Kohlen, Artus, Weichselbahnhof; dt. D. „**Nordsee**" (522) nach Stettin, leer, Artus, Marinekohlenlager; dt. D. „**Priamus**" (363) nach Rotterdam mit Gütern, Wolff, Hafenkanal; dt. D. „**Butt**" (408) nach Antwerpen mit Getreide und Gütern, Nordd. Lloyd, Weichselmünde; schwed. D. „**Graveland**" (378) nach Hull mit Holz und Gütern, Bergenske, Kaiserhafen.

Am 2. Juli: Schwed. D. „**Ketanvik**" (715) nach Trelleborg mit Kohlen, Pam, Becken Weichselmünde.

Der Schiffsverkehr im Gdingener Hafen

Vom 30. Juni bis 1. Juli

Eingang: Dt. D. „**Hedice**" (478) von Elbing, Bergenske; norw. D. „**Henry**" (336) von Memel, Behnke und Sieg; dän. D. „**Henry**" (860) von Kopenhagen, Pam; poln. D. „**Warszawa**" (1534) von Le Havre mit 1 Passagier und 12 To. Stückgut, Polbrit; poln. D. „**Slask**" (738) von Rotterdam mit 2 Passagieren und 585 To. Stückgut, Zegl. Polska; schwed. D. „**Kiell**" (674) von Göteborg, Mew; schwed. D. „**Malva**" (254) von Sborehamn mit 673 To. Schrott, Rummel und Burton; ital. D. „**Dante**" (3024) von Porto Ferrajo, Polrob; poln. D. „**Lech**" (790) von Danzig mit 5 Touristen, Polbrit; norw. D. „**Jaederen**" (493) von Stavanger mit 143 To. Heringen und 153 To. Schrott und Eisen, Bergenske; poln. D. „**Buck**" (503) von Rotterdam mit Waren, Zegluga Polska.

Ausgang: Dän. MS. „**Erna**" (113) nach Danzig, Reinhold; poln. D. „**Lublin**" (686) nach Danzig mit 4 Touristen, Polbrit; schwed. D. „**Egon**" (291) nach Danzig mit 18 To. Stückgut, Behnke und Sieg; dän. D. „**Halldan**" (854) nach Danzig mit 2 To. Stückgut, Reinhold; schwed. D. „**Balkurian**" (765) nach Karlshamn mit 1650 To. Kohle, Pam; dän. MS. „**Allan**" (49) nach Danzig, Rummel und Burton; amerik. D. „**City of Omaha**" (377) nach City of Omaha, Pam; finn. D. „**Karhu**" (372) nach Helsingfors mit 790 To. Kohle, Mew; dt. D. „**Hedice**" (478) nach Boulogne mit 1070 To. Kohle, Bergenske; schwed. D. „**Biking**" (809) nach Munkedal mit 1850 To. Kohle, Polrob; dän. MS. „**Sleadu**" (204) nach Lerwick mit 100 To. leeren Kisten, Pam.

Abfahrten der regelmäßigen Schiffahrtslinien

Nach **Kiel**: „Lothar" 4. 7. „Baltrover"* 7. 7. „Gerhard" 11. 7. „Eberhard" 15. 7. — Nach **Stettin**: „Möwe" 7. 7. — Nach **Memel**: „Anna Greta" 8./10. 7. — Nach **Riga**: „Anna Greta" 8./10. 7. „Magnus" 16./17. 7. — Nach **Reval**: „Capella"* 1./3. 7. „Ciesżyn"* 8./11. 7. „Magnus" 16./17. 7. — Nach **Kotka**: „Capella" 1./3. 7. „Martha Ruß" 10. 7. „Eichenburg" 13. 7. — Nach **Wiborg**: „Baumwall" 3. 7. „Martha Ruß" 10. 7. „Ciesżyn"* 8./11. 7. „Eichenburg" 13. 7. — Nach **Helsingfors**: „Capella"* 1./3. 7. „Baumwall" 3. 7. „Ciesżyn"* 8./11. 7. „Martha Ruß" 10. 7. — Nach **Abo und Raumo**: „Baumwall" 3. 7. — Nach **Yxpila, Waja und Uleaborg**: „Johannes C. Ruß" 3. 7. — Nach **Stockholm**: „Tora" 3./4. 7. „Marieholm"* 7. 7. — Nach **Norrköping**: „Tora" 3./4. 7. — Nach **Gothenburg u. Malmö**: „Egon"* 1./2. 7. und 14./16. 7. „Blenda" 3./4. 7. „Ludwig" 7./9. 7. „Iwan" 7./10. 7. „Blenda" 3./4. 7. „Ludwig" 7./9. 7. „Iwan" 7./10. 7. — Nach **Helsingborg**: „Egon"* 14./16. 7. „Ludwig" 7./9. 7. „Iwan" 7./10. 7. — Nach **Kopenhagen**: „Sleipner"* 2./4. 7. und 9./11. 7. — Nach **Odense und Aarhus**: „Erna" 9./10. 7. — Nach **Ostnorwegen**: „Balzac"* 8. 7. „Batavia"* 15. 7. — Nach **Westnorwegen**: „Jaederen" 1./4. 7. „Ursa" 15./19. 7. — Nach **Hamburg**: „Lothar" 4. 7. „Tczew"* 8. 7. „Gerhard" 11. 7. „Eberhard" 15. 7. — Nach **Bremen**: „Leander"* 14./16. 7. — Nach **Rotterdam**: „Phoebus" 1./3. 7. „Martha Halm" 4./6. 7. „Waarien" 4./8. 7. „Kodumaa"* 6./8. 7. „Bussard"* 10./15. 7. „Niobe" 9./11. 7. „Wiborg" 13./16. 7. „Buck" 3./4. 7. „Chorzow"* 10./11. 7. — Nach **Amsterdam**: „Irene" 3./6. 7. „Martha Halm" 4./6. 7. „Ariadne" 10./13. 7. — Nach **Antwerpen**: „Slask"* 3./4. 7. „Bravore" 30. 6. — 4. 7. „Kodumaa"* 6./8. 7. „Montan" 5./10. 7. „Ellavore" 8./11. 7. „Hel" 10./11. 7. „Bussard"* 10./15. 7. — Nach **Dünkirchen, Rouen, Nantes**: „Normanville" 13./19. 7. — Nach **Dünkirchen, Le Havre, Bordeaux**: „Magnus" 16./17. 7. — Nach **Gent**: „Bravore" 30. 6. — 4. 7. „Egeran" 4./8. 7. „Ellavore" 8./11. 7. — Nach **Brüssel**: „Korsborg" 10./14. 7. — Nach **London**: „Keret" 2./9. 7. „Baltrover"* 7. 7. „Lech"* 13./14. 7. — Nach **Hull**: „Lublin"* 13./15. 7. „Lwow"* 6./8. 7. „Jern" 7./12. 7. — Nach **Leith und Grangemouth**: „Minorca" 1./4. 7. „Hague" 9./11. 7. — Nach **Goole**: „Linda" 3./6. 7. „Tora Ahrens" 15./17. 7. — Nach **Aberdeen**: „Minorca" 1./4. 7. — Nach **Sunderland**: „Cora" 1./4. 7. — Nach **Manchester, Preston**: „Marianne" 1./3. 7. — Nach **Garston**: „Gunny" 10./20. 7. — Nach **Manchester und Liverpool**: „Hindsholm" 3./8. 7. „Katholm" 8./14. 7. — Nach **Tyne Dock und Alb. Edw. Dock**: „Erika" 12./17. 7. — Nach **Belfast und Dublin**: „Dunmore Head" 15./17. 7. — Nach **Glasgow**: „Oria" 25./27. 7. — Nach **Preston, Garston**: „Harald" 2./8. 7. — Nach **Garston, Bristol, Cardiff**: „Stör" 23./26. 7. — Nach **Portugal, Spanien, Kanarische Inseln, Marokko**: „Tanger"* 14./17. 7. „Melilla"* 30. 7.—1. 8. — Nach **Span. Mittelmeerhäfen, Marseille, Italien**: „Gallia" 14./15. 7. — Nach **Levante, Algier, Alexandria, Jaffa, Haifa, Piraeus, Istanbul u. a.** „Vikingland" 8. 7. „Erland" 18. 7. — Nach **Rio de Janeiro, Buenos Aires, Santos**: „Mercator" ca. 18. 7. „Salta" ca. 20. 7. — Nach **Golf von Mexiko**: „Tortugas" ca. 18. 7.

* Gelegenheit für Passagiere.

Fünfzig Jahre Arbeitersänger. Der frühere Krankenkassenangestellte Johannes Pett konnte während der Verbotszeit der „Danziger Volksstimme" auf eine fünfzigjährige Mitgliedschaft in Arbeitergesangvereinen zurückblicken. Am 11. Juni 1886 trat Johannes Pett in den Malergesangverein ein, gehörte später dem Arbeitergesangverein „Sängergruß" und dann dem Buchdruckergesangverein an. Zurzeit wirkt der Jubilar in der Freien Sängervereinigung Langfuhr mit.

Silberhochzeit. Der Maurer Artur Grenz und seine Ehefrau Johanna geb. Puttkammer feierten am 1. Juli den Tag der Silberhochzeit.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Adomat; für Inserate: Anton Fooken, beide in Danzig. Druck und Verlag: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A. Fooken, Danzig, Am Spendhaus 6

Extra billiger Verkauf!

Herren-Socken Paar 1.50, 1.10, 0.98, **0.38**
Damen-Strümpfe, künstliche Seide 2.50, 1.95, 1.45, **0.98**
Knöchelsöckchen, in riesiger Auswahl 1.50, 0.95, 0.68, **0.29**
Damen-Polo-Blusen 1.55, **1.15**
Herren-Polo-Hemden 2.95, **1.85**
Kinder-Polo-Hemden von **1.25**
Herren-Mako-Hemden, Größe 4 2.50, 1.95, 1.75, **1.35**
Herren-Mako-Hosen Größe 4 2.40, 1.95, 1.65, **1.25**
Bade- u. Turnhosen 1.35, 0.95, 0.75, **0.56**
Bade-Anzüge 1.75, 1.50, 0.95, **0.78**
Bade-Anzüge, reine Wolle 5.95, **4.50**
Bade-Mäntel 18.-, 15.-, 12.-, 9.50, **6.95**
Badekappen von **0.95**
Frottier-Handtücher 1.50, 1.10, 0.78, **0.45**
Damen-Schlüpfer, Trikot 1.50, 0.95, **0.58**
Kinder-Schlüpfer, Größe 0 **0.28**
Damen-Unterzüge, künstliche Seide 5.50, 4.50, 3.50, **2.85**
Herren-Sport-Hemden 4.50, 3.50, **2.85**
Herren-Oberhemden 6.50, 5.50, 4.25, **3.45**
Selbstbinder, elegante Neuheiten 2.90, 1.90, 1.10, **0.58**
Herren-Kragen, moderne Formen 1.20, 0.90, 0.60, **0.38**
Sportgürtel, Doppelschnalle **0.90**
Sportmützen 2.90, 2.20, 1.75, **1.20**
Klubmützen 5.50, 4.50, 2.50, **1.90**
Herren-Arbeits-Hosen von **2.90**
Herren-Stoff-Hosen von **4.90**
Herren-Strand-Hosen von **5.90**

Ferner Leinen-Joppen, Sport-Joppen u. Windjacken, sowie Knaben-Hosen in Stoff und Leinen, Arbeiter und Berufskleidung. Sämtliche Textil- und Baumwollwaren.

Also auf ins billige Kaufhaus

Martin Goldstein

nur Altstädtischer Graben 95

Stellengesuche

Staatlich geprüfte Kindergärtnerin (Fröblerin) sucht sofort für 1—1½ Monate Stellung nur für den Nachmittag. Angebote unter 3043 an die Exped.

Offene Stellen

Portier zur Bedienung der Zentralheizung gegen 2-Zimmer-Wohnung kann sich melden. Angebote mit Angabe bisheriger Tätigkeit und Beruf u. 3040 an die Expedition.

Suche **Bürokraft** mit Stenographie und Schreibmaschine vertraut. Angeb. unter 2037 a. d. Exped.

[illegible]

Zoppot! Für Juli und August **eleg. möblierte Zimmer** für 1—2—3 Personen frei. Fließ. Wasser, mit oder ohne erstklassige Pension. Knops, Eissenhardt-Str. 19, Tel. 511 63

Möbliertes Zimmer und Lagerkeller zu vermieten. Hakergasse 37, 1 Tr.

Kl. frdl. möbl. Zim. sep., billig zu verm. Franz. Kellergasse 2 Türe 1, 2 Tr.

Renoviert, leer. Zim. (sep.) m. Küchenben. f. 10 G. sof. z. verm. Große Gasse Nr. 21.

Gut möbl. Zimmer sep., gelegen, in ruhig. Familie, Nähe Bahnhof, frei. Paradiesg. Nr. 11, 2 Tr. rechts.

Wohn.-Gesuche

Suche Stub. u. Küch. [illegible] Miete 15 bis 20 Gulden. Ang. u. 2041 an die Exp.

Eisschrank, Kinderwagen, [illegible] Kinderbettgestell zu verk. Hundegasse Nr. 112, Hinterhaus 1 Treppe

Nie dagewesen! [illegible]

Verkaufe: Ia Reiseschreibmasch. 75 G., Radio-Anlage 25 G., Ia Smoking auf Seide, Sommer-Anzug, [illegible] billig. [illegible] 196, pt.

Ankäufe

Gute Anzüge und Damengarderobe zu günstig. Preisen zu kaufen gesucht. Angebote unter 2036 an die Expedition.

Nähmaschine zu kaufen gesucht. Angebote unter 2035 an die Expedition.

Ein gut erhaltenes Schaukelpferd zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis u. 2030 an die Exp.

Große gebr. Kisten kauft laufend Gebr. Dickerowski, G. m. b. H., Danzig, Hopfengasse 102, Tel. 257 75.

2 elegant möblierte Zimmer mit allem Komfort im Zentrum der Stadt zu [illegible] gesucht. Angebote unter 2039 an die Expedition.

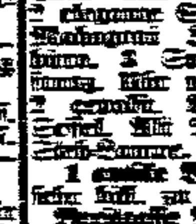
Verschiedenes

[illegible]

Verkäufe

Gut. Nähmaschine [illegible]

[illegible]



Fahrräder in Danzig gebaut kaufen Sie preiswert in der Fahrradfabrik **F. Schütz** Schidlitz, Karthäuser Str. 100, Telefon 28012

Zu vermieten

[illegible]

Originalmethode Toussaint-Langenscheidt (evtl. kleiner T.-L.) **Englisch** neuere Ausgabe, sofort zu kaufen gesucht. Angeb. u. 2034 an d. Exped.

Bilder vom Volkssport-Tag sind in der Geschäftsstelle der „Danziger Volksstimme" ausgestellt und zu haben. Stück 30 P

für **30** Pfg. zahlen Sie als Abonnent der **„Danziger Volksstimme"** für eine kleine Gelegenheitsanzeige in nebenstehender Größe. Ausgenommen von dieser Vergünstigung sind Geschäftsanzeigen

[illegible]

Empfehlenswerte Firmen

Kohlenmarkt

Vogtländischer Gardinen-Vertrieb nur Kohlenmarkt 13
Gardinen - Dekorationen - Bettdecken
Diwan- und Tischdecken - Läuferstoffe - Teppiche

Breitgasse

Bekleidungshaus Breitgasse 28
Herren- und Damen-Mäntel, Herren-Anzüge, Einsegnungs- und Kinder-Anzüge, Hosen, Herrenartikel
Auf Wunsch Zahlungserleichterung!

Kranter-Drogerie Breitgasse 114
Lacke / Farben / Pinsel
Deckenbürsten von 2.75 an
Waschseifen enorm billig

Altst. Graben

DAMENHÜTE in großer Auswahl, allerbeste Verarbeitung
Modernste Strohgeflechte zu billigsten Preisen von 4.50, 3.95, 3.50
Spezialität: Große Weiten in Frauenhüten. Umarbeitungen werden sachgemäss ausgeführt.
Martha Rosenbaum (Inhaber E. Held) Altst. Graben 91

Häkergasse

Schuhe für wenig Geld stets von **Winterfeld** Häkergasse (neben Lankoff)

Jeder weiß, Schuhe zu niedrigem Preis, kauft man stets im **Schuhhaus Preis** Häkergasse 7

Hundegasse

FAHRRÄDER Bereifung, Beleuchtung, Ersatzteile, Sprechapparat., Musikplatten kaufen Sie stets billig bei **Treman,** Hundegasse 37 (Ecke Melzergasse)